

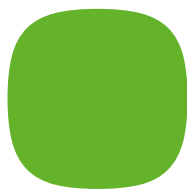
WZB | Mitteilungen

Quartalsheft für Sozialforschung

2|25

Juni 2025

wzb.eu



Migration

Gesundheit

Gesellschaft

Geschlecht

Titelfoto:
50 Milliarden Zugvögel schätzungsweise sind jährlich weltweit unterwegs.
Hier Störche im Anflug auf Andalusien.
Foto: © Malte Jaeger/laif, alle Rechte vorbehalten.

Sachfragen



Ein kurzes Editorial zum Thema „Migration“ zu schreiben, ist eine echte Herausforderung. Denn das Thema ist ungemein vielschichtig. Das spiegeln auch die vielfältigen Beiträge in diesem Heft wider.

Am WZB widmet sich die Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung der Erforschung der Migration in ihrer gesamten Breite, von den Bedingungen in Herkunfts- über Transit- bis hin zu Zielländern. Wir sind stolz auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit in dieser Abteilung, von Soziologie, Politologie, Ökonomie und Anthropologie. Auch von der großen Konferenz der Abteilung, die mit dem Abstand von zehn Jahren auf die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015 schaute, berichtet dieses Heft. Dass die Themen Migration und Integration viele Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens berühren, zeigt sich auch darin, dass sie am WZB in ganz verschiedenen Forschungseinheiten eine Rolle spielen. So geht es in diesem Heft um Bildung, um zivilgesellschaftliche Netzwerke, um Staatsbürgerschaft, um die digitale Ökonomie und um das Klima, immer mit Bezug zur Migration.

Der hinter uns liegende Bundestagswahlkampf hat gezeigt, wie Migration gezielt eingesetzt werden kann, um Ängste zu mobilisieren und die Gesellschaft zu spalten. Noch ist offen, wie gut es Regierung und Parlament in der neuen Legislaturperiode gelingen wird, Sachfragen über Emotionen zu stellen. Mir als Arbeitsmarktökonomin ist jedenfalls klar: Die deutsche Wirtschaft braucht Migration, um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen, der sich im nächsten Jahrzehnt deutlich verschärfen wird. Die Babyboomer gehen in Rente, gleichzeitig möchten viele Beschäftigte weniger Stunden arbeiten. Die Gewinnung von ausländischen Fachkräften, die Anerkennung von Abschlüssen, der Umgang mit fehlenden Sprachkenntnissen, die gesellschaftliche Integration – das sind zentrale Herausforderungen der kommenden Jahre.

A handwritten signature in black ink that reads "Nicola Fuchs - Schündeln".

Nicola Fuchs-Schündeln

Präsidentin

Inhalt 2|25

Juni 2025

Editorial

3 Sachfragen

Nicola Fuchs–Schündeln

Titelthema

6 Die Wahrnehmung von Erfolg

Migration folgt nicht nur wirtschaftlichen Kriterien

Julia Stier und Irene Pañeda–Fernández

10 Klimakrise und Migration

Zukunftsentscheidungen von Westafrikanern in Deutschland

Daniel Meierrieks und Irene Pañeda–Fernández

15 Handfeste Gründe

Geschlechtsspezifische Gewalt und Migrationsabsichten von Frauen in Afrika

Irene Pañeda–Fernández

19 Wo du hingehst, will ich auch hingehen

Wie sich soziale Netzwerke auf Migrationsentscheidungen auswirken

Tamara Bogatzki

22 Die Last des Verfahrens

Was die psychische Gesundheit von Schutzsuchenden stärkt

Emily Frank und Jan Paul Heisig

26 Überzeugung im Gepäck

Wie sich die Haltung zur Abtreibung durch Migration ändert – oder auch nicht

Alessandro Ferrara, Yasemin Soysal und Alicia Vignali

31 Digitale Nomaden

Neue Mobilität schafft neue Konflikte

Eliška Drápalová, Kai Wegrich und Maria José Lee Ocampo

35 Leicht ist nur der Einstieg

Einblicke in das Leben der südasiatischen Fahrer*innen von Essenslieferdiensten
Tobias Kuttler, Didem Özkiziltan Wagenführer und Debarun Dutta

40 Die Trennung der Eltern und der Bildungsweg der Kinder

Befunde aus der Migrationsgesellschaft
Alessandro Ferrara und Heike Solga

44 Pässe und Abschlüsse

Staatsbürgerschaft als Booster für den Bildungserfolg

Franziska Riepl

48 Zehn Jahre nach der „Flüchtlingskrise“

Eine Konferenz am WZB fragte nach Folgen und Perspektiven der Fluchtzuwanderung

Jonas Wiedner

52 It's Not Immigration, Stupid!

Zuwanderung treibt Menschen weniger um, als öffentliche Debatten vermuten lassen

Heiko Giebler und Karoline Estermann

56 Sicherheitsempfinden beeinflusst Wahlen

Das Dilemma der Progressiven in der Migrationspolitik

Jeyhun Alizade

60 Wirkungsvolle Proteste

Wie antirassistische Demonstrationen Wahlen beeinflussen

Meret Stephan und Lennart Schürmann

63 Digitale Kontrolle

Biometrische Internetfahndung fordert die Demokratie heraus

Alissa Theresa Steer

Aus dem WZB

- 67** Veranstaltungen
- 68** Personen
- 70** Vorgestellt
- 72** Nachlese

Zu guter Letzt

74 Arbeit neu denken

Die Verbesserung der Welt muss bei uns selbst beginnen

Marie-Simone Kadurira

Das WZB

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten insgesamt 470 Menschen, darunter 200 deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung in den Disziplinen Soziologie, Politologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte und darüber hinaus betreiben. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte – Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Sie können die Printausgabe der WZB-Mitteilungen kostenfrei abonnieren. Schreiben Sie einfach eine E-Mail an: presse@wzb.eu.

Die Wahrnehmung von Erfolg

Migration folgt nicht nur wirtschaftlichen Kriterien

Armut, Arbeitslosigkeit und die Suche nach einem wirtschaftlich besseren Leben gelten oft als die Gründe, die Menschen aus Westafrika zum Auswandern bewegen. Julia Stier und Irene Pañeda-Fernández haben Menschen vor und nach der Migration befragt und stellen fest: Die Entscheidungen hinter diesem Schritt sind viel komplexer. Migration ist ein vielschichtiger sozialer Prozess.

Julia Stier und Irene Pañeda-Fernández

Aus der Casamance, einer Region im Süden Senegals, brechen besonders viele Menschen auf und migrieren ins Ausland. In einem qualitativen Interview erklärte uns Mama-dou Ndiaye, der mit Migrationswilligen und Rückkehrer*innen arbeitet: „Ich habe mich gefragt, warum unsere Region solch ein Aufbruchgebiet ist. Meine Antwort ist sehr simpel: Weil es dort so viele Migranten gibt, die erfolgreich waren. Es ist ein Modell. Und solange es dieses Modell gibt, gibt es Leute, die weggehen, die Häuser, schöne Häuser bauen, die regelmäßig Geld an ihre Eltern schicken.“ Die Konsequenz ist, dass es einen sozialen Druck auf junge Männer gibt: „Die Frau von nebenan, die das Kind ihrer Nebenfrau oder Nachbarin gesehen hat, das das alles gemacht hat. Wird sie ihr Kind in Ruhe lassen? Nein! Sie wird alles tun, was sie kann, um sicherzustellen, dass auch ihr Kind weggeht.“ Dieses Beispiel zeigt, dass Vorbilder eine wichtige Rolle für Migrationswünsche und -entscheidungen spielen.

Migration ist ein sozialer Prozess. Menschen treffen die Entscheidung auszuwandern in ei-

nem sozialen Kontext. Sie haben nicht nur Informationen über mögliche Zielländer, Migrationsrouten, Visaverfahren, sondern kennen häufig auch Menschen, die bereits ausgewandert sind. Solche Vorbilder beeinflussen ihre Überlegungen. Eine entscheidende Rolle spielt hier die subjektive Wahrnehmung: Potenzielle Migrant*innen ahmen häufig das Verhalten ihrer Vorbilder nach. Auch Theorien der evolutionären Anthropologie zum Prestige zeigen, dass Menschen dazu neigen, die Personen nachzuahmen, die sie als erfolgreich wahrnehmen. Um zu verstehen, warum Menschen sich für Migration entscheiden, ist es daher wichtig, ihre Wahrnehmung der Vorbilder besser zu verstehen.

In neueren, hauptsächlich qualitativen Studien in der Migrationsforschung wird anerkannt, dass Wahrnehmung für Migrationsentscheidungen sehr wichtig ist. In der quantitativen Migrationsforschung hingegen spielt die subjektive Wahrnehmung potenzieller Migrant*innen bisher nur eine marginale Rolle. Daher

liegt der Fokus unserer Studie auf der subjektiven Wahrnehmung von Migrationserfolg. Wir untersuchen, was Menschen vor und nach ihrem Wegzug aus Westafrika als Erfolg wahrnehmen – und zwar nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in Bezug auf den sozialen Status. Wir wollten wissen: Geht das Prestige, das Vorbildern zuerkannt wird, über den objektiven Geldbetrag, den eine Migrantin oder ein Migrant verdient, hinaus?

„Geht das Prestige, das Vorbildern zuerkannt wird, über den objektiven Geldbetrag, den jemand verdient, hinaus?“

Unsere Studie fand im Rahmen des TRANSMIT-Projekts (Transnational Perspectives on Migration and Integration) statt. Eine Umfrage führten wir unter potenziellen Migranten im nigerianischen Bundesstaat Edo durch, eine andere war die erste repräsentative Umfrage unter der registrierten Bevölkerung westafrikanischer Einwanderer in Deutschland. Den Befragten legten wir Vignetten hypothetischer Migrant*innen vor. In den Profilen variierten wir zufällig sechs Informationen: das Geschlecht, das Bildungsniveau, den Beschäftigungsstatus, ob sie im Herkunftsland finanzielle Investitionen getätigt haben, ob sie das in Deutschland



Irene Pañeda Fernández ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im TRANSMIT-Projekt der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Ihr besonderes Interesse gilt den Auswirkungen von Naturkatastrophen und Umverteilungspräferenzen. irene.paneda@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.



Julia Stier ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Sie forscht zu Migrationswünschen, Migrationsvorstellungen und zur Rolle neuer Kommunikationstechnologien für Migrationsentscheidungen. julia.stier@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

getan haben, und schließlich den Aufenthaltsstatus. Die Befragten bewerteten die Profile danach, für wie erfolgreich sie die Beschriebenen hielten. Ein Umfrageteilnehmer sah zum Beispiel das Profil eines männlichen Migranten, der in Deutschland einen Hochschulabschluss erworben hat, nicht berufstätig ist, keine Investitionen in seinem Herkunftsland hat, Investitionen in Deutschland und einen legalen Daueraufenthalt hat. Einem anderen Umfrageteilnehmer wurde das Profil einer Migrantin vorgelegt, die keinen Hochschulabschluss, aber einen Arbeitsplatz hat, Investitionen in ihrem Herkunftsland hat, keine Investitionen in Deutschland und keinen festen Wohnsitz in Deutschland hat.

„In Europa insgesamt spielt die westafrikanische Migration eine zunehmend wichtige Rolle“

Die westafrikanische Bevölkerung in Deutschland ist relativ klein. Es leben circa 210.000 Westafrikaner*innen im Land, wovon 39 Prozent Frauen sind. Westafrikaner*innen machen somit nur 1,6 Prozent der gesamten ausländischen Bevölkerung in Deutschland aus. Doch für das Migrationsgeschehen in Europa insgesamt spielt westafrikanische Migration eine zunehmend wichtige Rolle. Auch in Deutsch-

Der Boundary Market in der nigerianischen Hauptstadt Lagos.
Foto: ©Lindokuhle Sobekwa/Magnum Photos,
alle Rechte vorbehalten.



land hat sich die Zahl der Westafrikaner*innen in den letzten zehn Jahren erhöht.

Der nigerianische Bundesstaat Edo ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind Nigerianer*innen die bei weitem größte nationale Gruppe unter den irregulären Einwanderern aus West- und Nordafrika nach Europa. Besonders hohe Abwanderungszahlen verzeichnet der Süden des Landes, insbesondere der Bundesstaat Edo. Er wird daher oft als Migrationsdrehscheibe bezeichnet; er ist der Ausgangspunkt für eine wichtige Migrationsroute, die durch die Sahara führt. Die Daten aus unserer Umfrage in Deutschland bestätigen diese Muster: 40 Prozent unserer westafrikanischen Befragten sind Nigerianer*innen, und die bei weitem größte Gruppe unter den nigerianischen Befragten kommt aus dem Bundesstaat Edo.

Wir untersuchen, anhand welcher Faktoren die Befragten Erfolg beurteilen. Wie stark zählen wirtschaftliche Faktoren wie Beschäftigung oder Investitionen, wie stark soziokulturelle Faktoren wie Geschlecht, Aufenthaltsstatus

oder Bildung? Außerdem interessiert uns, ob der Ort, an dem ein Migrant investiert – ob im Herkunfts- oder im Zielland – für die Erfolgswertung von Bedeutung ist. In einem zweiten Schritt untersuchen wir, wie männliche und weibliche Befragte Rollenmodelle von Migrant*innen definieren und ob diejenigen, die gegen traditionelle Geschlechterrollen verstoßen, einen Statusnachteil erleiden.

„Erfolg hängt nicht nur mit dem wirtschaftlichen Status zusammen, sondern auch mit dem Bildungs- und Aufenthaltsstatus“

Unsere Experimente zeigen, dass die Wahrnehmung des Erfolgs von Migrant*innen multidimensional ist. Sowohl die Entsendegemeinschaften in Nigeria als auch die Migrant*innen in Deutschland nehmen Erfolg durch eine soziale Brille wahr. Erfolg hängt also nicht nur mit dem wirtschaftlichen Status zusammen, viel-

mehr spielen auch der Bildungs- und Aufenthaltsstatus eine Rolle. Darüber hinaus sind nicht alle finanziellen Investitionen gleich. Während die Investitionen im Herkunftsland für die Befragten in Nigeria sehr wichtig für die Bewertung des Erfolgs von Migrant*innen sind, spielen sie für Westafrikaner*innen in Deutschland keine große Rolle. Das kann potenziell zu Konflikten führen, wenn Migrant*innen weniger Geld in die Herkunftsländer schicken, als die Familien erwarten. Diese Ergebnisse sprechen auch für gelungene Integrationsprozesse in Deutschland. Wir finden Anhaltspunkte dafür, dass sich die Prioritäten von Migrant*innen nach einem Auslandsaufenthalt verschieben können, so dass Rücküberweisungen und Investitionen im Herkunftsland weniger wichtig sind als Bildungs- und finanzielle Investitionen im Zielland.

Was die geschlechtsspezifischen Muster betrifft, so haben uns die Ergebnisse überrascht: Wir konnten solche Muster kaum in der Er-

folgsbewertung finden. Offensichtlich gibt es keine geschlechtsspezifischen Unterschiede darin, wen Menschen im Herkunftsland und Migrant*innen im Zielland für erfolgreich halten und wem sie daher nacheifern wollen. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Frauen für das Überschreiten des männlichen Ernährer-Stereotyps schlechter bewertet werden. Männer und Frauen scheinen gleichermaßen als Vorbilder zu taugen. Das könnte zur Folge haben, dass Frauen und Männer ähnlichen sozialen Druck verspüren zu migrieren. Dies steht im Gegensatz zu früheren Forschungsergebnissen, die davon ausgingen, dass auf Männern ein höherer Druck liegt, auszuwandern und ihre Familien im Herkunftsland zu versorgen. Insgesamt deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass sich Geschlechterbilder kontinuierlich verändern. Traditionelle gesellschaftliche Normen, die Männer als primäre Ernährer darstellen und so zur Migration bewegen, werden zunehmend in Frage gestellt. ●

Literatur

Henrich, Joseph/Gil-White, Francisco J.: „The Evolution of Prestige: Freely Conferred Deference as a Mechanism for Enhancing the Benefits of Cultural Transmission“. In: *Evolution and Human Behavior*, 2001, Jg. 22, H. 3, S. 165-196. DOI: 10.1016/S1090-5138(00)00071-4.

Kofman, Eleonore/Raghuram, Parvati: *Gendered Migrations and Global Social Reproduction*. London: Palgrave Macmillan 2015. DOI: 10.1057/9781137510143_1.

López, Jane Lilly/Williams, Faith J.: „Success as Self-Determination: A Subject-Centred Analysis of Immigrants' Definitions and Perceptions of Success“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 2024, Jg. 50, H. 10, S. 2574-2593. DOI: 10.1080/1369183X.2023.2232557.

Transnational Perspectives on Migration and Integration: Data Infrastructure and Findings of the TRANSMIT Project 2020-2024. DeZIM Project Report 15. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) 2025. Online: www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/transnational-perspectives-on-migration-and-integration/ (Stand 22.05.2025).

Klimakrise und Migration

Zukunftsentscheidungen von Westafrikanern in Deutschland

Kehren Menschen ihrer Heimat dauerhaft den Rücken, wenn sich dort klimabedingte Naturkatastrophen häufen? Die Vermutung liegt nahe – Untersuchungen dazu gab es bislang aber nicht. Daniel Meierrieks und Irene Pañeda-Fernández haben westafrikanische Zuwanderinnen und Zuwanderer in Deutschland nach ihren Zukunftsplänen befragt. Umfassend bestätigen konnten sie die Vermutung nicht.

Daniel Meierrieks und Irene Pañeda-Fernández

Nicht immer ist internationale Migration dauerhaft. Neben der permanenten gibt es auch verschiedene Formen der temporären Migration – etwa die sogenannte zirkuläre Migration, wenn Menschen für Saisonarbeit mehrfach zwischen ihrem Heimatland und einem anderen Land wechseln, oder die Rückkehrmigration, bei der Menschen nach einem längeren Aufenthalt im Ausland in ihr Herkunftsland zurückkehren. Die Rückkehrmigration ist international betrachtet keine Seltenheit: Schätzungen zufolge sind zwischen 1990 und 2015 in jedem Fünf-Jahres-Zeitraum 67 bis 87 Millionen Menschen international migriert. 25 Prozent dieser Menschen (etwa 17 bis 21 Millionen) sind aus dem Ausland in ihr jeweiliges Heimatland zurückgekehrt.

Laut aktueller Forschung gibt es viele Gründe dafür, warum Migranten in ihre alte Heimat zurückkehren. So wollen sie beispielsweise ihren Lebensabend im Heimatland verbringen. Andere gehen zurück, nachdem sie im Ausland ihre Ausbildung oder ihr Studium abgeschlossen oder dort genug Geld verdient haben, um es in ihrer Heimat in ein Geschäft oder Haus zu investieren. Auch wirtschaftliche Schwierigkeiten und Diskriminierung im Gastland oder

aber günstige wirtschaftliche Möglichkeiten im Heimatland können die Rückkehrmigration beeinflussen.

In diesem Beitrag wollen wir beleuchten, welche Rolle die Folgen des Klimawandels im Heimatland für die Entscheidung spielen, in das Heimatland zurückzugehen. Während nämlich persönliche, ökonomische oder sozio-politische

„Es gibt bislang keine Forschung zum Zusammenhang von Klimawandel und Rückkehrmigration“

Motive für Rückkehrmigration in der Forschung bereits untersucht wurden, gibt es zum Zusammenhang von Klimawandel und Rückkehrmigration bislang keine Forschungsarbeiten. Konkret interessiert uns, wie sich Naturkatastrophen in den Herkunftsländern (zum Beispiel Dürren oder Überschwemmungen), die durch den Klimawandel in Häufigkeit und Intensität zunehmen, auf die Absichten zur Rückkehr auswirken.

Es kann nur besser werden. Die britische NGO Tree Aid plant einen riesigen Grünstreifen von Senegal bis Dschibuti. Dieser Baum in Burkina Faso ist neben einem kleinen Wasserreservoir vertrocknet. Foto: © Patrick Tombola/laif, alle Rechte vorbehalten.



Grundsätzlich würden wir erwarten, dass ungünstige Klimaereignisse individuelle Rückkehrabsichten verringern. Schließlich gehen Naturkatastrophen mit der Zerstörung öffentlicher und privater Infrastruktur, dem Verlust von Menschenleben sowie mit wirtschaftlicher und politischer Instabilität einher – Entwicklungen, die die Rückkehr in die Heimat weniger attraktiv machen.

Um den Zusammenhang zwischen Rückkehrabsichten und Klimawandel empirisch zu untersuchen, nutzen wir selbst erhobene Umfragedaten. Im Rahmen des TRANSMIT-Projekts (Transnational Perspectives on Migration and Integration) führten wir in Kooperation mit dem privaten Umfrageinstitut Verian und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die erste repräsentative Befragung westafrikanischer Zuwanderinnen und Zuwanderer in Deutschland durch. Für die Stichprobenziehung haben wir das Ausländerzentralregister genutzt und in Deutschland gemeldete Ausländer ab 18 Jahren ausgewählt, die in einem der 15 Länder geboren wurden, die zum Zeitpunkt der Befragung Mitgliedsstaaten der ECOWAS (Economic Community of West African States) waren: Benin, Burkina Faso, Cabo Verde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo. Die Befragungen fanden zwischen November und Dezember 2023 statt. Insgesamt nahmen 1.020 Personen an unserer Umfrage teil. Etwa 69 Prozent der Befragten



Irene Pañeda-Fernández forscht zu den Auswirkungen von Naturkatastrophen und Umverteilungspräferenzen. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im TRANSMIT-Projekt der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. irene.paneda@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.



Daniel Meierrieks ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem in der Entwicklungsökonomik, der politischen Ökonomie des Terrorismus sowie der Migrationsforschung.

daniel.meierrieks@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

waren Männer, 31 Prozent Frauen. Rund 42 Prozent der Befragten stammten aus Nigeria, 15 Prozent aus Ghana, 11 Prozent aus Guinea und 10 Prozent aus Gambia; der Anteil der anderen ECOWAS-Länder lag zwischen weniger als 1 und 7 Prozent (Cabo Verde beziehungsweise Togo).

Wie groß ist die Rückwanderungsabsicht unter den in Deutschland lebenden Westafrikanern und Westafrikanerinnen? Zunächst fragten wir die Teilnehmenden, wo sie in fünf Jahren leben wollen. Etwa 83 Prozent gaben an, dass sie auch in naher Zukunft lieber in Deutschland leben möchten. Nicht einmal 4 Prozent der Befragten sagten,

„Nicht einmal 4 Prozent der Befragten sagten, dass sie in den nächsten 5 Jahren in ihr Herkunftsland zurückkehren möchten“

dass sie in den nächsten 5 Jahren in ihr Herkunftsland zurückkehren möchten. Allerdings sind viele Westafrikaner, die in Deutschland leben, noch relativ jung. Die meisten Befragten (circa 80 Prozent) waren zwischen 18 und 39 Jahre alt und nur 4 Prozent älter als 50 Jahre. Sie dachten vielleicht nicht daran, Deutschland in naher Zukunft zu verlassen, weil sie zum Beispiel ihre Ausbil-

derung noch nicht abgeschlossen oder noch nicht genug Geld verdient hatten, um sich ein besseres Leben in der Heimat aufbauen zu können. Daher fragten wir die Teilnehmer*innen unserer Umfrage auch, ob sie den Rest ihres Lebens in Deutschland verbringen wollen. Während auch hier eine relative Mehrheit der Befragten (43 Prozent) angab, für immer in Deutschland bleiben zu wollen, wollten immerhin 35 Prozent zumindest für einen Teil ihres künftigen Lebens in ihr Herkunftsland zurückkehren. Zusammenfassend deutet unsere Umfrage also darauf hin, dass Rückwanderungsabsichten unter den in Deutschland lebenden Westafrikanern insbesondere auf lange Sicht durchaus verbreitet sind.

In welchem Zusammenhang stehen diese Absichten zur Rückkehr nun mit dem Klimawandel im Heimatland? Um diese Frage zu beantworten, führten wir ein Umfrageexperiment durch: Den Teilnehmenden wurde ein Text mit einem hypothetischen Szenario darüber gezeigt, wie sich verschiedene Bedingungen im Herkunftsland und in Deutschland in fünf Jahren entwickelt haben könnten. Für jeden Teilnehmer wurden vier Formulierungen zufällig variiert: die wirtschaftlichen Aussichten im Herkunftsland beziehungsweise in Deutschland (jeweils gut oder schlecht), der Aufenthaltsort der meisten Familienangehörigen und Freunde (in Deutschland oder im Herkunftsland) und die Häufigkeit von Naturkatastrophen im Herkunftsland aufgrund des Klimawandels (häufig oder selten). Beispielsweise konnte also für einen Umfrageteilnehmer aus Nigeria das Auftreten von Klimakatastrophen als häufig, für eine andere Teilnehmerin aus Nigeria aber als selten charakterisiert werden.

Die Teilnehmenden wurden dann gefragt, ob sie unter den beschriebenen Umständen in ihr Heimatland zurückkehren würden. Indem wir vergleichen, ob jene Teilnehmer*innen, denen ein ungünstiges Klimaszenario präsentiert wurde, geringere Rückkehrabsichten äußerten, können wir eine Aussage darüber treffen, wie sich klimatische Faktoren auf diese Absichten auswirken. Durch das Variieren anderer Faktoren (wirtschaftliche Zukunftsaussichten und soziales Netzwerk), von denen bekannt ist, dass sie für Rückkehrentscheidungen wichtig sein können, können wir zudem den Effekt der klimatischen Bedingungen im Heimatland von anderen Faktoren isolieren und das Klima mit anderen potenziellen Gründen für eine Rückwanderung vergleichen.

Unsere wichtigsten empirischen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erstens finden wir keinen Hinweis darauf, dass die Aussicht auf ungünstige klimatische Bedingungen Rückwanderungsabsichten beeinflusst. Zweitens finden wir auch keinen Hinweis darauf, dass westafrikanische Migranten in Deutschland, die sich in einer besseren rechtlichen Lage befinden (also einen gesicherteren Aufenthaltsstatus haben), gute materielle Lebensumstände oder ein hohes Bildungsniveau haben oder sich ihrem Heimatland stark verbunden fühlen, anders auf mögliche klimabedingte Naturkatastrophen reagieren als Befragte, die in einer prekären rechtlichen oder materiellen Lebenssituation leben, ein niedrigeres Bildungsniveau haben oder sich ihrem Herkunftsland wenig verbunden fühlen. Kurz gesagt: Die Aussicht auf das Auftreten von Klimakatastrophen berührt die Rückkehrabsichten verschiedener Gruppen nicht unterschiedlich stark. Was aber – und das ist unser drittes Ergebnis – die Rückkehrabsicht tatsächlich beeinflusst, sind Hinweise auf vorteilhafte wirtschaftliche Umstände. Das heißt, die Befragten gaben mit höherer Wahrscheinlichkeit an, in ihr Heimatland zurückkehren zu wollen, wenn sie dort gute Beschäftigungsmöglichkeiten erwarten würden. Umgekehrt sanken die Rückkehrabsichten, wenn das Zukunftsszenario günstige Beschäftigungsmöglichkeiten in Deutschland in Aussicht stellte. Informationen zum Aufenthaltsort von Familienangehörigen und Freunden hatten hingegen keine Auswirkungen auf die Rückwanderungsabsichten.

„Wirtschaftliche Motive sind für die Rückkehr wichtiger als klimatische“

Die Frage der Rückkehrmigration ist von großer Bedeutung – sowohl für Aufnahmeländer (wie Deutschland) als auch für Heimatländer (wie die ECOWAS-Staaten): Während Aufnahmeländer im Angesicht demografischer Herausforderungen zugewanderte Arbeitskräfte dauerhaft im Land halten wollen, sind die Heimatländer möglicherweise daran interessiert, diese Arbeitskräfte wieder in die Heimat zu holen, zum Beispiel um von ihrem gewachsenen Humankapital zu profitieren. Unser Umfrageexperiment zeigt, dass wirtschaftliche Motive im Hinblick auf die Absichten zur Rückkehrmigration wichtiger sind als klimati-

sche. Das bedeutet allerdings nicht, dass Klimabedingungen für individuelle Rückwanderungsabsichten überhaupt keine Rolle spielen. So können beispielsweise negative Klimaereignisse das Wirtschaftswachstum und damit die Beschäftigungsaussichten im Heimatland ungünstig beeinflussen, wodurch eine etwaige

Rückkehr weniger attraktiv wird. Solche indirekten Effekte von Naturkatastrophen aufgrund des Klimawandels haben wir in unserer Arbeit nicht untersucht, wir sehen hier aber einen interessanten Ansatz für zukünftige Forschungstätigkeit. ●

Literatur

Azose, Jonathan J./Raftery, Adrian E.: „Estimation of Emigration, Return Migration, and Transit Migration between All Pairs of Countries“. In: Proceedings of the National Academy of Sciences, 2018, 116, S. 116-122. DOI: 10.1073/pnas.1722334116.

King, Russel/Kuschminder, Katie (Hg.): Handbook of Return Migration. Cheltenham: Edward Elgar Publishing 2022.

Oklikah, Desmond Ofori/Kutor, Senanu Kwasi/Bandauko, Elmond/Asare, Akosua Boahemaa/Okwei, Re-force/Odoi, Amanda/Arku, Godwin: „Extra-Regional Return Migration to Africa: A Systematic Literature Review“. In: Africa Spectrum, 2024, Jg. 59, S. 305-327. DOI: 10.1177/00020397241270131.

Transnational Perspectives on Migration and Integration: Data Infrastructure and Findings of the TRANSMIT Project 2020-2024. DeZIM Project Report 15. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) 2025. Online: <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/transnational-perspectives-on-migration-and-integration/> (Stand 24.04.2025).

Meierrieks, Daniel/Pañeda-Fernández, Irene: Do Climate Change and Climate Disasters at Home Shape Return Migration Intentions? Evidence from a Survey of West Africans in Germany. WZB Discussion Paper SP VI 2025-101. Berlin: WZB 2025.

Handfeste Gründe

Geschlechtsspezifische Gewalt und Migrationsabsichten von Frauen in Afrika

Schätzungsweise jede dritte Frau weltweit erlebt sexualisierte Gewalt. Die individuellen Folgen für die physische und psychische Gesundheit sind drastisch. Doch auch auf der gesellschaftlichen Ebene hat das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern Konsequenzen, wirtschaftlicher und sozialer Art. Anhand von Daten aus Afrika zeigt Irene Pañeda-Fernández, dass Gewalt gegen Frauen außerdem ein bedeutsamer Faktor für die Entscheidung sein kann, auszuwandern.

Irene Pañeda-Fernández

In der Migrationsforschung dominiert immer noch der männliche Blick. Untersucht werden vorrangig männliche Migranten – die Erfahrungen, Motivationen und Herausforderungen von Frauen bleiben damit außen vor. Und diese geschlechtsspezifische Sichtweise prägt nicht nur die wissenschaftliche Forschung, sondern auch die politische Behandlung des Themas. Tatsächlich ist die Migration von Frauen aber alles andere als eine Randerscheinung. Ihr Anteil an Migrationsbewegungen in die OECD-Länder insgesamt ist in den letzten sechs Jahrzehnten relativ stabil geblieben; er schwankte um 46 Prozent, mit einem leichten Rückgang in den letzten Jahrzehnten. Obwohl Frauen also ein wichtiger Teil des Migrationsgeschehens sind, wurden sie in der Wissenschaft oft als eher passive Figuren gesehen, die als Teil von Familienmigration ihren Ehepartnern ins Ausland folgen. Seit etwa zehn Jahren sprechen Migrationsforscher*innen jedoch von einer „Feminisierung der Migration“. Sie weisen darauf hin, dass der Anteil eigenständig auswandernder Frauen steigt. Doch es bleibt dabei: Die Migration von Frauen ist wenig erforscht, insbesondere wenn es um ihre Gründe geht und dar-

um, wie sich diese von denen der Männer unterscheiden.

„Manche Frauen wandern aus, um geschlechtsspezifischer Diskriminierung zu entkommen“

Aus der bisherigen Forschung ist zum Beispiel nicht klar abzulesen, welche Rolle das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern spielt. Einige quantitative und qualitative Arbeiten haben ergeben, dass Frauen auswandern, um repressiven Geschlechternormen und geschlechtsspezifischer Diskriminierung und Gewalt zu entkommen. Allerdings gibt es auch Belege dafür, dass Frauen gerade dann vermehrt auswandern, wenn sich die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verringert. Denkbar ist auch, dass es keine lineare Beziehung zwischen den beiden Größen gibt, dass also eine wachsende Gleichstellung zu vermehrter Abwanderung von Frauen führt, wenn sie von einem niedri-

gen Gleichstellungsniveau ausgeht, dass aber nach dem Erreichen eines bestimmten Levels eine weitere Zunahme der Gleichstellung die Abwanderung von Frauen eher verringert.

In diesem Artikel frage ich, welchen Einfluss geschlechtsspezifische Gewalt auf Migrationsabsichten hat. Dabei ist klar, dass nicht alle Migrationsabsichten tatsächlich zur Auswanderung führen. Wenn ich mich aber auf diese erste Phase des Migrationsprozesses konzentriere, kann ich repräsentative Stichproben aus den Herkunftsländern auswerten, die Informationen über individuelle Gewalterfahrungen enthalten, und den Zusammenhang auf individueller Ebene untersuchen. In den meisten früheren Arbeiten wurde die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern auf nationaler Ebene gemessen. Das ist oft nicht aussagekräftig für den lokalen Kontext, in dem Frauen leben.

„Das Ausmaß der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist bei der Wahl des Ziellandes etwas wichtiger als wirtschaftliche Faktoren“

Im ersten Teil der Analyse verwende ich Umfragedaten, die eigens im Rahmen des TRANSMIT-Projekts (Transnational Perspectives on Migration and Integration) erhoben wurden. Bislang war es nicht möglich, den Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt und Migrationsabsichten zu erforschen, da in keiner bisherigen Erhebung Frauen nach diesen Erfahrungen gefragt wurden. Die TRANSMIT-Erhebungen sind repräsentativ für die Regionen Dakar und Casamance im Senegal, für Gambia und den nigerianischen Bundesstaat Edo. Insgesamt wurden Informationen über mehr als 3.200 Frauen gesammelt. Anhand dieser Daten zeige ich zunächst, dass Frauen, die entweder direkt geschlechtsspezifische Gewalt durch Partner oder männliche Verwandte erlebt haben oder enge weibliche Freunde oder Verwandte haben, die solche Gewalt erlebt haben, stärkere Wünsche und konkretere Pläne für eine Auswanderung haben (bei vergleichbaren Haushalts- oder Standortbedingungen).



Irene Pañeda Fernández ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im TRANSMIT-Projekt der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Ihr besonderes Interesse gilt den Auswirkungen von Naturkatastrophen und Umverteilungspräferenzen. irene.paneda@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Die Ergebnisse sind eindrücklich – und doch könnten die gefundenen Muster auch durch andere Einflüsse erklärt werden. Neben Erfahrungen mit geschlechtsspezifischer Gewalt können viele andere Faktoren gegeben sein, die ebenfalls die Migration beeinflussen. In einem zweiten Schritt analysiere ich daher die Ergebnisse eines in die TRANSMIT-Umfragen eingebetteten Experiments: Weibliche Befragte wurden vor die Wahl zwischen zwei hypothetischen Ländern gestellt, in die sie auswandern wollten. Ich habe nach dem Zufallsprinzip festgelegt, wie viel Geld die Frauen in jedem Land verdienen konnten und ob die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern dort gering oder hoch war. Ich fand heraus, dass das Ausmaß der Ungleichheit bei der Wahl des Ziellandes etwas wichtiger war als wirtschaftliche Faktoren, insbesondere bei Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlebt hatten.

Die Analyse der Daten aus Umfrage und Experiment liefert einen ersten Hinweis darauf, dass tatsächlich ein Zusammenhang zwischen Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt und Migrationsabsichten besteht. Unklar bleibt, ob diese Beziehung kausal ist – und wie es in anderen Ländern als den drei genannten aussieht. Ich habe daher zwei Variationen geschlechtsspezifischer Gewalt analysiert und meine Analyse auf ganz Afrika ausgeweitet; dafür habe ich sekundäre Umfragedaten aus dem Afrobarometer verwendet.

Der erste Fall von geschlechtsspezifischer Gewalt steht im Zusammenhang mit Verwandtschaftspraktiken in Afrika. Verwandtschaftssysteme sind kulturelle Praktiken, die die Abstammung festlegen, aber auch die Vererbung von Eigentum und soziale Verpflichtungen gegenüber Gruppenmitgliedern bestimmen können. Obwohl matrilineare Abstammungssysteme, also solche, bei denen die mütterliche Linie den Ausschlag gibt, in allen Regionen der Welt existieren, sind sie viel weniger verbreitet als patrilineare Verwandtschaftssysteme: Laut dem Ethnographic Atlas, einer großen anthropologischen Datenbank, haben 13 Prozent der ethnokulturellen Gruppen der Welt ein matrilineares Verwandtschaftssystem. In Afrika ist die Konzentration solcher Gruppen vergleichsweise hoch; hier gilt in 16 Prozent aller ethnischen Gruppen die matrilineare Abstammung.

„In matrilinearen Systemen ist die Wahrscheinlichkeit, häusliche Gewalt zu erfahren, geringer“

Frühere Untersuchungen haben einen plausiblen kausalen Zusammenhang zwischen matrilinearer Verwandtschaft und einer geringeren Wahrscheinlichkeit, häusliche Gewalt zu erfahren und zu akzeptieren, aufgezeigt. Sie belegen außerdem eine größere Autonomie bei der Entscheidungsfindung von Frauen. Daten des Afrobarometers verknüpfe ich mit dem Ethnographic Atlas und analysiere, wie sich Unterschiede in der Verwandtschaftspraxis innerhalb eines Landes auf weibliche Migrationsprozesse auswirken. Ich stelle fest, dass Frauen, die matrilinearen ethnischen Gruppen angehören – und damit solchen, in denen es weniger Gewalt gegen Frauen gibt –, weniger Migrationsabsichten haben. Die Ergebnisse stimmen mit der Analyse der TRANSMIT-Daten überein: Frauen, die weniger geschlechtsspezifische Gewalt erleben oder von ihr bedroht sind, äußern seltener die Absicht, auszuwandern.

Ein anderes Feld von geschlechtsspezifischer Gewalt betrifft die Eigentumsrechte von Frauen, die mit kolonialen und postkolonialen Verhältnissen zu tun haben. Die meisten afrikani-

schen Länder haben das Rechtssystem ihrer ehemaligen Kolonialherren übernommen. Da die kolonialen Grenzen häufig durch ethnische Heimatgebiete verliefen, hat dies zu einer Situation geführt, in der indigene ethnische Gemeinschaften aufgeteilt sind: Einige leben unter Gewohnheitsrecht, andere im Zivilrechtssystem. Frühere Untersuchungen zeigen, dass die Eigentumsrechte von Frauen im Zivilrecht stärker sind als im Gewohnheitsrecht, da Frauen hier gemeinsames Eigentum an allen Gütern innerhalb der Ehe haben, was im Gewohnheitsrecht nicht der Fall ist. In Nordamerika und den meisten europäischen Ländern besteht dieser Unterschied dank der von der Frauenrechtsbewegung in den 1960er-Jahren angestoßenen Reformen nicht mehr, doch in den meisten afrikanischen Ländern fanden diese Reformen nicht statt.

„Stärkere weibliche Eigentumsrechte geben den Frauen Optionen außerhalb des Hauses, wodurch ihre Verhandlungsmacht im Haushalt gestärkt wird“

Frühere Arbeiten sind zu dem Schluss gekommen, dass Frauen einer bestimmten ethnischen Gruppe, die stärkere Eigentumsrechte nach dem Zivilrecht genießen, eine geringere Wahrscheinlichkeit haben, Opfer von Gewalt zu werden, als Frauen derselben ethnischen Gruppe, die jenseits der kolonial bedingten Grenze unter einem Gewohnheitsrechtssystem leben. Stärkere weibliche Eigentumsrechte geben den Frauen Optionen außerhalb des Hauses, wodurch ihre Verhandlungsmacht innerhalb des Haushalts gestärkt wird. Ich baue auf diesen Arbeiten auf und vergleiche die Migrationsabsichten von Frauen aus ethnischen Gruppen, die in unterschiedlichen Rechtssystemen leben. Meine Ergebnisse stimmen mit den Resultaten aus der Analyse der TRANSMIT-Daten und ebenso mit den Erkenntnissen zu den Unterschieden in den Verwandtschaftspraktiken überein: Auch hier führt weniger geschlechtsspezifische Gewalt zu weniger Migrationsabsichten bei Frauen.

Die Untersuchung von Gewalt gegen Frauen ist von entscheidender Bedeutung, da es sich um ein weit verbreitetes und tief verwurzeltes soziales Problem handelt, das Millionen von Frauen und Mädchen weltweit betrifft. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation hat etwa eine von drei Frauen weltweit – das sind rund 736 Millionen – in ihrem Leben körperliche und/oder sexualisierte Gewalt erlebt, meist durch einen Intimpartner. Diese Gewalt hat nicht nur schwerwiegende Folgen für die phy-

sische und psychische Gesundheit der Überlebenden, sondern auch für ihr wirtschaftliches Wohlergehen, ihre soziale Teilhabe und allgemein ihre Lebensqualität. Die hier vorgestellten Ergebnisse zeigen, dass Gewalt gegen Frauen auch Migrationsprozesse beeinflusst. Diese Zusammenhänge müssen in den Blick genommen werden. Initiativen zur Gleichstellung der Geschlechter sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern sind ein wichtiger Beitrag zur Migrations- wie zur Entwicklungspolitik. ●

Literatur

Anderson, Siwan: „Intimate Partner Violence and Female Property Rights“. In: *Nature Human Behaviour*, 2021, Jg. 5, H. 8. DOI: 10.1038/s41562-021-01077-w.

Lowes, Sara: „Kinship Structure and the Family: Evidence from the Matrilineal Belt“. Cambridge: National Bureau of Economic Research 2022. DOI 10.3386/w30509.

Murdock, George Peter: *Ethnographic Atlas*. Pittsburgh: Pittsburgh University Press 1967.

Ruyssen, Ise/Salomone, Sara: „Female Migration: A Way out of Discrimination?“ In: *Journal of Development Economics*, 2017, 130, S. 224-241. DOI: 10.1016/j.jdeveco.2017.10.010.

Setrana, Mary Boatemaa/Kleist, Nauja: „Gendered Dynamics in West African Migration“. In: Joseph Kofi Teye (Hg.): *Migration in West Africa*. Cham: Springer International Publishing 2022, S. 57-76. DOI: 10.1007/978-3-030-97322-3_4.

Wo du hingehst, will ich auch hingehen

Wie sich soziale Netzwerke auf Migrationsentscheidungen auswirken

Migration heißt Bewegung. Doch diese Bewegung ist mehr als ein Ortswechsel. Sie bedeutet den Bruch mit sozialen Strukturen, den Verlust von Alltagsvertrautheit, das Aushandeln von Zugehörigkeit. Wer ein starkes soziales Netz verlässt, hat mehr zu verlieren – und dürfte am neuen Ort gezielter nach Möglichkeiten suchen, diesen Verlust zu kompensieren.

Tamara Bogatzki

Menschen wachsen in kulturellen Kontexten auf, die prägen, wie sie sich selbst im Verhältnis zu anderen wahrnehmen. In einigen Kulturen ist der oder die Einzelne stark in soziale Beziehungen eingebunden. Familie, Nachbarschaft, Gemeinschaft: Sie bilden den Rahmen für Identität und den Austausch von Ressourcen. Diese Kulturen bezeichnet die Sozialwissenschaft als kollektivistisch – im Gegensatz zu individualistischen Gesellschaften, in denen soziale Unabhängigkeit hochgeschätzt wird. Der Schritt ins Ausland bedeutet daher nicht für alle das Gleiche. Am Zielort bestehende migrantische Gemeinschaften können eine zentrale Rolle bei der Entscheidung spielen, ob und wohin migriert wird. Sie bieten Information, Unterstützung, Unterkunft, emotionale Sicherheit. In der Forschung gelten sie als Formen sozialen Kapitals. Wie stark sie ins Gewicht fallen, hängt allerdings davon ab, wie sehr die Herkunftskultur auf Beziehungen und kollektive Normen setzt. Für Migrant*innen aus kollektivistischen Kulturen

bedeuten solche Netzwerke jedenfalls eine enorme Ressource.

Um zu verstehen, welche Bedeutung soziale Beziehungen in verschiedenen Kulturen haben und wie sich das auf Migrationsentscheidungen auswirkt, habe ich einen umfassenden Datensatz zu jährlicher Migration in OECD-Länder zwischen 1980 und 2010 mit Kulturindikatoren aus diversen Quellen – wie Umfragen zu persönlichen Werten unter Schüler*innen und Lehrer*innen weltweit – kombiniert und analysiert. Es zeigt sich: Der Einfluss vorfindlicher Gemeinschaften auf neue Migration hängt systematisch vom kulturellen Hintergrund des Herkunftslandes ab – genauer gesagt vom Grad sozialer Einbettung. In der empirischen Analyse koppele ich Migrationsdaten mit verschiedenen kulturpsychologischen Indikatoren für soziale Einbettung. Die Ergebnisse sind klar: Der Netzwerk-Effekt ist in Kulturen, die am stärksten durch Einbettung geprägt sind, um bis zu 70 Prozent stärker als in von individueller Unabhängigkeit bestimmten.

Was steckt hinter diesem Unterschied? Kulturell eingebettete Gesellschaften weisen häufig ein hohes Maß an Vertrauen in Mitglieder der eigenen Familie und Gemeinschaft auf – und im Gegenzug ein vergleichsweise geringes Vertrauen in Außenstehende. Wer aus solch einer Kultur auswandert, meidet häufig Kontakt zu Fremden und sucht im Zielland Sicherheit bei Landsleuten. Soziale Netzwerke ersetzen verlorene Ressourcen, etwa Hilfe bei der Wohnungssuche, Tipps im Umgang mit Behörden oder einfache Alltagsunterstützung – Dinge, die auch in der Heimat vom sozialen Umfeld mitgetragen wurden.

„Wer aus durch Einbettung geprägten Kulturen einwandert, sucht im neuen Land eher Sicherheit bei Landsleuten“

Der Begriff „soziale Einbettung“ verweist auf die kulturelle Vorstellung, dass der Mensch im sozialen Verband verortet ist. Anders als im individualistischen Verständnis vom autonomen Selbst betonen eingebettete Kulturen Gemeinschaft, Ordnung und gegenseitige Verantwortung. Das bedeutet: Wer von dort aufbricht, durchtrennt nicht nur geografische, sondern auch soziale Bindungen. Dieser Bruch ist teuer – im finanziellen und ebenfalls im emotionalen und sozialen Sinne. Migration aus solchen Kontexten erfordert daher mehr Kompensation am Zielort. Migrantische Netzwerke sind in diesem Kontext nicht nur hilfreich, sondern für viele essenziell.

In bisherigen migrationsökonomischen Modellen wird Kultur häufig nur als Distanzmaß berücksichtigt: Größere kulturelle Unterschiede bedeuten höhere Migrationskosten. Meine Forschung zeigt jedoch, dass auch der kulturelle Kontext diese Kosten deutlich beeinflusst.

Diese Erkenntnisse haben weitreichende Implikationen für die Integrationspolitik: Wenn Netzwerke für bestimmte Gruppen wichtiger sind als für andere, dann sollte Integration nicht ausschließlich individuell, sondern auch kollektiv gedacht werden. Es braucht Räume, in denen kollektive Ressourcen gepflegt werden können: Stadtteilzentren, Vereinsstrukturen, religiöse Gemeinschaften. Und es braucht insti-



Tamara Bogatzki ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im TRANSMIT-Projekt der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Die Ökonomin erforscht die Interaktion von soziokulturellen Faktoren und Migrationsentscheidungen. tamara.bogatzki@wzb.eu

Foto: © WZB/Ralf Gutjahr, alle Rechte vorbehalten.

tutionelle Anerkennung dafür, dass Zugehörigkeit nicht nur über die Integration in den Arbeitsmarkt funktioniert, sondern über soziale Einbettung.

„Es braucht Räume, in denen kollektive Ressourcen gepflegt werden können: Stadtteilzentren, Vereinsstrukturen, religiöse Gemeinschaften“

Das Vertrauen in Außenstehende, insbesondere Mitglieder anderer Nationen und Religionen, erweist sich als ein zentral wichtiger Mechanismus. In Kulturen mit niedrigem Vertrauen in Fremdes wird die Migration ohne soziale Netzwerke deutlich unwahrscheinlicher. Das heißt umgekehrt: Wer Integration fördern will, muss Wege schaffen, dieses Vertrauen aufzubauen. Bildungsprojekte, interkulturelle Begegnungen oder Mentoring-Programme können dazu beitragen, neben Informationen auch emotionale Sicherheit zu vermitteln.

Die Aussagekraft der Studie stützt sich nicht nur auf umfangreiche Daten – ich habe die Ergebnisse zudem mehrfach methodisch überprüft. So habe ich verschiedene Indikatoren für soziale Einbettung verwendet und stets die gleichen Ergebnisse erzielt. Auch unter Berück-

sichtigung kultureller Distanz zwischen Herkunfts- und Zielland, wirtschaftlicher Unterschiede, geografischer Nähe oder historischer Kolonialverbindungen blieb der Haupteffekt stabil. Ebenso hat es keine Auswirkungen, ob man Migrationsströme zu einem Zeitpunkt oder über einen längeren Zeitraum hinweg vergleicht.

„Selbst innerhalb Europas sind die kulturellen Unterschiede im Netzwerkverhalten sichtbar“

Besonders interessant: Auch innerhalb Europas, etwa im Schengen-Raum mit seinen stark reduzierten Mobilitätsbarrieren, sind die kulturellen Unterschiede im Netzwerkverhalten sichtbar. Eine Polin würde also Deutschland gegenüber Frankreich bevorzugen, weil dort mehr andere Polinnen und Polen leben – und das, obwohl sie formal in beide gleich problemlos übersiedeln könnte. Für Deutsche wäre es, hält man alle anderen Faktoren konstant, hingegen für die Wahl des Migrationsziels nachrangig, wo im Schengen-Raum schon andere Deutsche leben. Das spricht dafür, dass es sich nicht primär um institutionelle oder wirtschaftliche Hürden handelt, sondern um tief verwurzelte kulturelle Muster.

Könnten die beobachteten Unterschiede aber auf andere Mechanismen als einen unterschiedlichen Vertrauensradius zurückzuführen sein? Zählen vielleicht ein besserer Informationsfluss oder die finanzielle Unterstützung durch bestehende Gemeinschaften? Die Studie prüft auch diese Alternativerklärungen. Tatsächlich erleichtern starke Netzwerke im Ziel-

land den Zugang zu Wissen über rechtliche Verfahren, Arbeitsmärkte oder Wohnsituationen. Und sie ermöglichen Geldtransfers an neue Migrant*innen. Doch selbst wenn diese Faktoren statistisch berücksichtigt werden, bleibt der Zusammenhang zwischen Herkunftskultur und Netzwerkwirkung bestehen. Kulturelle Prägungen – etwa das Bedürfnis nach Gruppenzugehörigkeit – spielen also eine eigenständige Rolle im Migrationsverhalten, die über ökonomische und informative Vorteile hinausgeht.

„Kulturelle Prägungen spielen eine eigenständige Rolle im Migrationsverhalten, die über ökonomische und informative Vorteile hinausgeht“

Migration ist viel mehr als eine Frage von Angebot und Nachfrage, es geht genauso um kulturelle Passung, soziale Pfade und kollektive Verluste. Meine Studie macht deutlich, dass Herkunftskultur nicht bloß eine Variable unter vielen ist, sondern ein strukturierender Faktor für Migrationsverhalten. Eine Migrationspolitik, die darauf keine Rücksicht nimmt, verfehlt nicht nur ihr Ziel, sondern verkennt auch die menschliche Dimension von Mobilität. ●

Der Beitrag basiert auf der Studie „Where You Lead I Will Follow: Heterogeneity in Migration Network Effects Across Cultures“ von Tamara Bogatzki (in Begutachtung).

Die Last des Verfahrens

Was die psychische Gesundheit von Schutzsuchenden stärkt

Viele Geflüchtete, über deren Antrag noch nicht entschieden ist, berichten über psychischen Stress und eingeschränktes Wohlbefinden. Doch welche Rolle spielt das Asylverfahren für die mentale Gesundheit Schutzsuchender? Emily Frank und Jan Paul Heisig haben erstmals eine große Zahl von Menschen über den ganzen Antragsprozess hinweg verfolgt. Mit eindeutigen Ergebnissen.

Emily Frank und Jan Paul Heisig

Nach ihrer Ankunft in Deutschland müssen Schutzsuchende oft Monate, manchmal sogar Jahre auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag warten. Die durchschnittliche Dauer von Asylverfahren liegt seit 2016 meist bei etwa sieben Monaten, je nach Staatsangehörigkeit gibt es allerdings erhebliche Unterschiede. Personen, die ein Gerichtsverfahren durchliefen (weil sie eine negative Entscheidung anfechten), warteten im Jahr 2021 durchschnittlich 26,5 Monate vom Antrag bis zur endgültigen Entscheidung.

In unserem aktuellen Projekt haben wir untersucht, ob positive Asylentscheidungen die psychische Gesundheit von Schutzsuchenden verbessern – was aus verschiedenen Gründen der Fall sein könnte. Menschen, deren Asylantrag noch nicht entschieden ist, befinden sich in einem rechtlichen Schwebezustand, was ein Gefühl der Machtlosigkeit und eine Entfremdung von der Gesellschaft fördern und Belastungen durch traumatische Erlebnisse aus der Vergangenheit verstärken könnte. Mit dem Asylentscheid findet dieser Zustand andauernder Unsicherheit ein Ende. Auch andere Aspekte des Lebens als Asylbewerber könnten sich nach einem positiven Bescheid verbessern: In

Deutschland können Asylbewerber*innen nur mit Genehmigung der Ausländerbehörde arbeiten, und ohne einen sicheren Rechtsstatus kann es schwierig sein, ein Arbeitsangebot zu finden. Darüber hinaus haben nur einige Asylbewerber das Recht, sich um eine Privatwohnung zu bemühen, also außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge zu wohnen. Und selbst diejenigen, die das Recht dazu haben, finden oft nur schwer eine private Unterkunft. Schließlich erleichtert der Asylentscheid den Familiennachzug, was sich früheren Studien zufolge positiv auf die psychische Gesundheit auswirkt.

„Wir wissen nicht, ob ein positiver Asylbescheid zu besserer psychischer Gesundheit führt – oder umgekehrt“

Forschungsarbeiten aus Deutschland und anderen europäischen Ländern haben gezeigt, dass Geflüchtete, über deren Asylantrag noch nicht entschieden wurde, über ein höheres Maß an

psychischem Stress und ein geringeres Maß an Wohlbefinden und psychischer Gesundheit berichten. Mit Ausnahme einiger kleinerer Untersuchungen haben diese Studien die Geflüchteten jedoch nicht über den gesamten Zeitraum des Antragsprozesses verfolgt. Wir wissen daher nicht, ob ein positiver Asylbescheid zu einer Verbesserung des Wohlbefindens und der psychischen Gesundheit führt oder ob erfolgreiche Antragsteller bereits vor der Antragsentscheidung ein höheres Wohlbefinden und eine bessere psychische Gesundheit hatten als andere Antragsteller.

Um Asylbewerberinnen und Asylbewerber über einen längeren Zeitraum zu beobachten und ihre psychische Gesundheit vor und nach der Asylentscheidung zu erfassen, haben wir Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) ausgewertet. Das SOEP ist eine bundesweite Längsschnittstudie, die am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) angesiedelt ist. In Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurde das SOEP im Jahr 2016 um eine große Flucht- und Migrationsstichprobe ergänzt, die wir für unsere Analysen nutzen. Der Untersuchungszeitraum endet im Jahr 2022.

Bei den Befragten dieser Stichprobe wurde regelmäßig der rechtliche Status erhoben, sodass wir das Jahr einer eventuellen positiven Asyl-



Jan Paul Heisig ist Leiter der Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit am WZB. An der Freien Universität Berlin hat er eine Professur für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziale Ungleichheit in vergleichender Perspektive inne.
jan.heisig@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.



Emily Frank ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit und beim Einstein Center Population Diversity. Sie forscht zu den Themen Migration, Asyl und gesundheitliche Ungleichheit.
emily.frank@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

entscheidung kennen. Zudem wurden ihnen sechs Fragen zu ihrer psychischen Gesundheit gestellt, zum Beispiel wie oft sie sich „niedergeschlagen und trübsinnig fühlen“ oder wie oft sie das Gefühl haben, dass sie „aufgrund von psychischen oder emotionalen Problemen bei der Arbeit oder bei alltäglichen Aktivitäten weniger erreichen, als sie wollten“. Auf der Grundlage dieser Fragen können wir ein zusammenfassendes Maß für die psychische Gesundheit der Befragten erstellen. Zudem können wir Befragte mit sehr niedrigen Werten identifizieren, die früheren Studien zufolge ein deutlich erhöhtes Risiko für klinisch relevante psychische Erkrankungen haben.

„Der Anteil Geflüchteter mit niedriger psychischer Gesundheit lag vor der Asylentscheidung bei 47 Prozent, danach nur noch bei 35,7 Prozent“

Da das SOEP die Möglichkeit bietet, Personen über einen längeren Zeitraum zu verfolgen, können wir die psychische Gesundheit von Asylbewerbern vor und nach der Entscheidung über ihren Asylantrag vergleichen. Dabei zeigt sich, dass es nach einer positiven Asylentscheidung zu einer deutlichen Verbesserung der psychischen Gesundheit kommt. So liegt bei-

spielsweise der Anteil Geflüchteter mit sehr niedriger psychischer Gesundheit vor der Asylentscheidung bei 47 Prozent, danach nur noch bei 35,7 Prozent. Diese Werte basieren auf Angaben von insgesamt 925 Befragten, die wir mindestens einmal sowohl vor als auch nach der Asylentscheidung betrachten.

Aber spiegeln diese Unterschiede wirklich die Auswirkungen der Asylentscheidung wider? Es könnten auch andere Faktoren eine Rolle spielen – zum Beispiel kann sich die psychische Gesundheit mit der Zeit verbessern, weil traumatische Erfahrungen im Herkunftsland oder während der Flucht allmählich in den Hintergrund treten. Hier kann ein Vergleich mit anderen Personen helfen, die (noch) keine positive Asylentscheidung oder aber eine negative Asylentscheidung erhalten haben. Das können Personen sein, denen kein oder noch kein Asyl gewährt wurde, oder auch Personen, die eine Duldung erhalten haben (was der Fall sein kann, wenn ein Asylantrag abgelehnt wird, der Antragsteller aber aus verschiedenen Gründen nicht abgeschoben werden kann, zum Beispiel wegen fehlender Identifizierung).

Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass sich die Gruppe der nicht oder noch nicht anerkannten Asylbewerber in verschiedenen soziodemografischen Merkmalen von denjenigen unterscheidet, die eine positive Entscheidung erhalten. Die wichtigste Rolle spielt das Herkunftsland der Antragsteller, aber auch für andere Faktoren wie Alter oder Geschlecht lassen sich Zusammenhänge mit der Wahrscheinlichkeit einer positiven Asylentscheidung feststellen. Um diesen Unterschieden Rechnung zu tragen, verwenden wir ein statistisches Verfahren, das die Profile der beiden Gruppen vergleichbar macht. Auf Grund der begrenzten Fallzahl können wir bei diesem statistischen Vergleich nur eine begrenzte Zahl von Merkmalen berücksichtigen, darunter Herkunftsland, Geschlecht, Alter, Familienstruktur und körperliche Gesundheit.

Auch der Vergleich liefert Belege für einen ausgeprägten positiven Effekt eines positiven Asylbescheids auf die psychische Gesundheit. Unter

den erfolgreichen Antragstellern sinkt der Anteil von Personen mit sehr niedriger psychischer Gesundheit um 14,5 Prozentpunkte. Unsere Ergebnisse bleiben auch dann belastbar, wenn wir andere Merkmalskombinationen bei der statistischen Anpassung der Gruppenprofile berücksichtigen und statt Alter und Geschlecht etwa den Bildungsstand, das Bundesland oder die Aufenthaltsdauer in Deutschland einbeziehen. Zukünftige Forschungen sollten sich auf noch größere Stichproben von Geflüchteten über einen längeren Zeitraum stützen, um weitere Merkmale berücksichtigen und langfristige Verläufe untersuchen zu können.

„Einwanderungspolitik fällt nicht in den Bereich der öffentlichen Gesundheit – auf den ersten Blick“

Unsere Studie liefert überzeugende Belege für den Zusammenhang zwischen einer positiven Asylentscheidung und einer Verbesserung der psychischen Gesundheit. Da das Leben in einem rechtlichen Schwebestadium dem Wohlbefinden abträglich ist, kann das Wegfallen dieser Unsicherheit zu einer deutlichen Verbesserung der selbsteingeschätzten psychischen Gesundheit führen (gemessen an eigenen Angaben). Die Ergebnisse bieten einige wichtige Anhaltspunkte für politische Entscheidungsträger*innen und Praktiker. Wie ein Asylbewerber in einer qualitativen Studie von Bridget Haas aus dem Jahr 2021 erklärt, ist „Asyl die stärkste Medizin“. Auf den ersten Blick mag die Einwanderungspolitik nicht in den Bereich der öffentlichen Gesundheit fallen. Und doch spielt sie unseren Ergebnissen zufolge eine wichtige Rolle für das Wohlbefinden von Zugewanderten. Wenn Asylverfahren effizienter gestaltet werden, ohne dabei an Qualität einzubüßen, wenn die Zeit verkürzt wird, die Menschen in dieser Phase der Unsicherheit und der eingeschränkten Rechte verbringen, dann kann das entscheidend zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Asylbewerber*innen beitragen. ●

Literatur

Fachinger, Theresa/Hoffmeyer-Zlotnik, Paula/Stiller, Marlene: „Country Report: Regular Procedure“. In: Asylum Information Database, 10.07.2024. Online: <https://asylumineurope.org/reports/country/germany/asylum-procedure/procedures/regular-procedure/> (Stand 04.06.2025).

Haas, Bridget M.: „Asylum is the Most Powerful Medicine‘: Navigating Therapeutic Interventions in Limbo“. In: Culture, Medicine, and Psychiatry, 2021, Jg. 45, H. 2, S. 193-217.
DOI: 10.1007/s11013-020-09681-7.

Hvidtfeldt, Camilla/Petersen, Jørgen Holm/Norredam, Marie: „Prolonged Periods of Waiting for an Asylum Decision and the Risk of Psychiatric Diagnoses: A 22-Year Longitudinal Cohort Study from Denmark“. In: International Journal of Epidemiology, 2020, Jg. 49, H. 2, S. 400-409. DOI: 10.1093/ije/dyz091.

Überzeugung im Gepäck

Wie sich die Haltung zur Abtreibung durch Migration ändert – oder auch nicht

Zu den vielen Herausforderungen, mit denen Menschen konfrontiert sind, die in ein anderes Land ziehen, gehört die Auseinandersetzung mit neuen kulturellen, sozialen und politischen Normen. Wie passen sich Migrantinnen und Migranten neuen Gesellschaften an? Wie schnell passiert kultureller Wandel? Und welche Rolle spielt dabei Religion? Diese Fragen untersuchen die Autor*innen am hoch umstrittenen Beispiel des Schwangerschaftsabbruchs.

Alessandro Ferrara, Yasemin Soysal und Alicia Vignali

Über Abtreibung wird nicht ohne Grund viel gestritten: Schließlich geht es um die reproduktive Autonomie von Frauen, also das Recht jeder Frau, selbst darüber zu entscheiden, ob sie Kinder zur Welt bringen will oder nicht. Die Entscheidung ist in jedem Fall komplex; sie verlangt ethische Abwägungen von biografischer und gesellschaftlicher Tragweite. Im Zusammenhang mit internationaler Migration wird die Diskussion noch komplexer. Denn hinter der Debatte um die Einstellungen Zugewanderter zum Schwangerschaftsabbruch stehen breitere gesellschaftliche Auseinandersetzungen über Integration, kulturelle Identität und demografischen Wandel.

Für rechtspopulistische und einwanderungsfeindliche Gruppen ist der Kinderreichtum migrantischer Familien oft schlicht Ausdruck verfehlter Assimilation und eine Bedrohung der kulturellen und demografischen Vormachtstellung der einheimischen Bevölkerung. Die Haltung dieser Gruppen ist allerdings paradox: Sie befürworten Anti-Abtreibungsgesetze im heimischen Kontext, kritisieren aber gleichzeitig freie reproduktive Entscheidungen von Einwanderinnen. Das zeigt, dass die Kontroverse um die Abtreibung nicht nur

von normativen Erwägungen wie einer strengen Sexualmoral oder der Überzeugung von der Unantastbarkeit des Lebens bestimmt wird, sondern auch von Überlegungen zur nationalen Identität und zum sozialen Zusammenhalt.

„Abtreibung ist ein besonders polarisierendes Thema“

Die Forschung zu sozialen Mustern und Einstellungen und ihrer Bedeutung für die Integration Zugewanderter boomt. Doch wie Migrant*innen zum Schwangerschaftsabbruch stehen, wurde bislang kaum betrachtet. In der wissenschaftlichen Literatur wird davon ausgegangen, dass sich Einwanderer und ihre Nachkommen mit der Zeit und über Generationen hinweg allmählich an die vorherrschenden Ansichten des Ziellandes assimilieren, sich also von den Prägungen ihres Herkunftslandes entfernen. Dieser Prozess verläuft jedoch weder linear noch für alle Gruppen gleich. Forschungen haben gezeigt, dass sich die Ansichten von Einwanderern zu sozialen Themen wie Ge-

„Mein Körper, meine Entscheidung“. Am Rande einer Demonstration in Paris im Juni 2022, die die US-amerikanische Bewegung für das Recht auf Abtreibung unterstützt. Foto: © picture alliance/Hans Lucas, alle Rechte vorbehalten.



schlechterrollen oder Homosexualität tendenziell denen der Einheimischen annähern, auch wenn das Tempo je nach Einwanderergruppe unterschiedlich ist. Abtreibung ist jedoch ein besonders polarisierendes Thema. Sie wird von allen großen Religionen abgelehnt, was die Bereitschaft der Menschen, ihre Ansichten zu diesem Thema zu ändern, einschränken kann. Diese Prozesse sind bislang wenig erforscht – obwohl sie von zentraler Bedeutung für die Integration sind.

Wir haben erstmals systematisch untersucht, wie sich die Ansichten von Zugewanderten zum Thema Abtreibung im Laufe der Zeit und über Generationen hinweg entwickeln. Wir stützen uns dabei auf eine große Stichprobe von Zugewanderten aus 93 Ländern und ihren Nachkommen, die in 31 europäischen Ländern leben. Wir verfolgen nach, wie die vorherrschenden Ansichten zum Thema Abtreibung sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern die Ansichten der Einwanderer beeinflussen und wie sich diese Einflüsse im Laufe der Zeit verändern. Dazu verwenden wir vergleichende internationale Daten aus der European Values Study (EVS) und dem World Values Survey (WVS).

„Die Haltungen der Zuwanderer gleichen sich denen an, die sie in ihren Zielländern vorfinden“

Im Einklang mit früheren Studien zeigen unsere Ergebnisse, dass sich die Haltungen der Zuwanderer denen angleichen, die sie in ihren Zielländern vorfinden, während sie sich von ihren Herkunftsländern wegentwickeln – und zwar sowohl im Verlauf einzelner Biografien als auch über Generationen hinweg. Dieses Muster gilt auch, wenn Menschen in Länder mit konservativeren Ansichten zum Thema Abtreibung ziehen; Migrant*innen können also konservativere Ansichten entwickeln. Nur geringe Unterschiede finden wir zwischen unterschiedlichen Konfessionen und Religionen, was im Widerspruch zu früheren Studien steht, die gerade bei muslimischen Einwanderern eine „blockierte Akkulturation“ sehen, also eine gebremste Anpassung aufgrund ihrer religiösen Prägung. Es zeigt sich eher, dass stark religiöse Menschen – gleich welchen Glaubens – generell einen größeren Abstand zu gesellschaftli-



Alessandro Ferrara ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB, Forscher am Einstein Center Population Diversity (ECPD) in Berlin und Postdoktorand an der Freien Universität Berlin.
alessandro.ferrara@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

chen Normen haben, und zwar sowohl im Herkunfts- als auch im Zielland.

Studien sprechen allerdings sehr wohl von einem „Verankerungseffekt“ von Religion, der die Zuwanderer an die in ihrem Herkunftsland dominierenden Einstellungen bindet und die Anpassung an neue kulturelle Kontexte behindert. Dies erklärt sich zum Teil aus der Art und Weise, wie Religion die sozialen Beziehungen strukturiert: Religiöse Menschen sind eher eng in Gemeinschaften eingebettet, was die Wirkung gesellschaftlicher Einflüsse verringern kann. Religion kann auch zur sichtbaren Unterscheidung zwischen Einwanderern und Mitgliedern der Zielgesellschaft führen. Wenn daraus Diskriminierung und soziale Ausgrenzung folgen, verstärkt das noch einmal den Mechanismus der „Verankerung“. Wissenschaftler wie Richard Alba haben insbesondere den Islam in Europa als eine „klare Grenze“ („bright boundary“) beschrieben. Diese Dynamik wird als zentraler Faktor angesehen, der die Übernahme der Werte des Ziellandes durch muslimische Zuwanderer bremst.

Ein Großteil der Literatur hat sich bislang auf den Islam und auf Gruppendynamiken konzentriert. Unsere Studie hebt nun einen anderen Mechanismus hervor – einen, der über religiöse Traditionen hinausgeht und die Rolle der individuellen Religiosität betont. Abtreibung ist ein umstrittenes Thema in allen großen Glaubensrichtungen, nicht nur im Islam. Diese reli-

giösen Traditionen bieten starke Rahmen, die moralische und politische Haltungen über nationale Kontexte hinaus prägen. Die katholische Kirche beispielsweise ist seit langem eine zentrale Stimme im Kampf gegen die Abtreibung, aber auch andere konservative religiöse Gruppen mobilisieren durch transnationale Netzwerke und Aktivismus; sie besetzen den Begriff „Familie“ und verbreiten geschlechterfeindliche Narrative.

„Es hängt stark von der Intensität der individuellen religiösen Bindung ab, wie sich die Haltung zur Abtreibung gestaltet“

Die religiösen Gemeinschaften bieten strukturierte moralische Richtlinien zu den Themen Fortpflanzung, Familie und Sexualität. Diese individuelle Bindung ist wichtiger als die nominale Religionszugehörigkeit. Genau dies zeigen unsere Ergebnisse: Hochreligiöse Einwanderer, gleich welcher Glaubensrichtung, neigen zu entschiedenen Ansichten zum Thema Abtreibung, die sich von den vorherrschenden Einstellungen sowohl in ihrer Herkunfts- als auch in ihrer Zielgesellschaft unterscheiden können. Das gilt für alle Glaubensrichtungen. Religiosität kann also nationenübergreifend als eine Art moralischer Rahmen gelten, der Haltungen stärker prägt als nationale oder kulturelle Zugehörigkeiten.

„Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Einstellungen ändern sich die Ansichten zur Abtreibung langsamer“

Unsere Studie bietet mehrere wichtige Erkenntnisse für wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatten. Sie bestätigt, dass sich die Einstellungen von Einwanderern im Laufe ihres Lebens und über Generationen hinweg ändern – selbst bei stark polarisierten und moralisch aufgeladenen Themen wie der Abtreibung. Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Einstellungen ändern sich die Ansichten zur Abtreibung jedoch langsamer.



Yasemin Soysal ist Forschungsprofessorin für Globale Soziologie am WZB, Universitätsprofessorin an der Freien Universität Berlin sowie stellvertretende Co-Direktorin und leitende Wissenschaftlerin des Exzellenzclusters SCRIPTS. yasemin.soysal@wzb.eu

Foto: © WZB/Valerie Schmidt, alle Rechte vorbehalten.

Das belegt, dass Abtreibung ein besonders heikles Thema ist, das sich einem schnellen Wandel widersetzt und daher besondere analytische Aufmerksamkeit verdient.

Und doch zeigen unsere Ergebnisse, dass sich die Haltungen von Zugewanderten zur Abtreibung tendenziell denen der Einheimischen annähern, was bekannten Theorien zur Assimilation von Zuwanderern entspricht. Dieses Muster gilt sogar für Einwanderer, die aus Ländern mit liberaleren Normen in Gesellschaften ziehen, die restriktivere Haltungen zur Abtreibung haben. In unserer Stichprobe gilt das für Menschen aus ehemals sozialistischen Staaten, die in Länder mit katholischen Bevölkerungsmehrheiten kamen. Die Anpassung war auch hier stark, was zeigt, dass Assimilation nicht mit Liberalisierung gleichzusetzen ist. In einigen Fällen kann sie zur Verfestigung oder zum Erwerb konservativer Ansichten führen.

Diese Ergebnisse sind besonders wichtig im Hinblick auf die aktuellen Debatten darüber, ob der Islam mit liberal-demokratischen Werten unvereinbar ist und somit die Integration behindert. Unsere Studie liefert Argumente gegen diese These: Wir können zeigen, dass das religiöse Bekenntnis allein nicht zur Ablehnung neuer Werte führt. Vielmehr ist der Grad der persönlichen Religiosität ausschlaggebend – unabhängig von der Glaubensrichtung. Die individuelle religiöse Haltung ist wichtiger als jede konfessionelle Zugehörigkeit.

Wenn Einwanderer liberalere Einstellungen zu Familienplanung und Abtreibung haben, kann das den Zugang zur reproduktiven Versorgung und zu Gesundheitsleistungen allgemein verbessern und im Laufe der Zeit Muster der Fortpflanzung beeinflussen. Wie sich Assimilation auswirkt, ist allerdings stark vom jeweiligen Kontext abhängig. In einem liberalen Umfeld können die Ansichten von Einwanderern offener werden, aber in einem Umfeld, das eher konservativ und restriktiv ist, kann die Assimilierung konservative Haltungen verstärken. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Zukunft der reproduktiven Rechte von Frauen, zumal die Gleichstellung der Geschlechter vor neuen Herausforderungen steht – selbst in Demokratien, in denen diese Rechte bislang als sicher galten. ●

Literatur

Alba, Richard: „Bright vs. Blurred Boundaries: Second-Generation Assimilation and Exclusion in France, Germany, and the United States“. In: *Ethnic and Racial Studies*, 2025, Jg. 28, H. 1, S. 20–49. DOI: 10.1080/0141987042000280003.

Guveli, Ayse/Spierings, Niels: „Migrant Women’s Employment: International Turkish Migrants in Europe, Their Descendants, and Their Non-Migrant Counterparts in Turkey“. In: *European Sociological Review*, 2022, Jg. 38, H. 5, 725–738. DOI: 10.1093/esr/jcac010.



Alicia Vignali ist studentische Hilfskraft der Forschungsprofessur Globale Soziologie und studiert Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie hat einen Masterabschluss der London School of Economics und einen Bachelorabschluss der Universität Amsterdam.
alicia.vignali@wzb.eu

Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

Röder, Antje: „Explaining Religious Differences in Immigrants’ Gender Role Attitudes: The Changing Impact of Origin Country and Individual Religiosity“. In: *Ethnic and Racial Studies*, 2014, Jg. 37, H. 14, S. 2615–2635. DOI: 10.1080/01419870.2013.854919.

Soehl, Thomas: „From Origins to Destinations: Acculturation Trajectories in Migrants’ Attitudes towards Homosexuality“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 2017, Jg. 43, H. 11, S. 1831–1853. DOI: 10.1080/1369183X.2016.1246178.

Digitale Nomaden

Neue Mobilität schafft neue Konflikte

Sie sind eine neue Klasse von Migrant*innen: Die digitalen Nomaden und Nomadinnen, die von irgendwo in der Welt aus über digitale Plattformen ihre Arbeit finden und verrichten. Sie genießen verschiedene Privilegien, doch die Zunahme dieses Phänomens ruft in vielen Städten Unmut und Widerstand hervor. Neue Konzepte von Arbeit, von Mobilität und von Staatsbürgerschaft sind gefragt.

Eliška Drápalová, Kai Wegrich und María José Lee Ocampo

Als wir während der Corona-Pandemie in unseren Wohnungen gefangen waren, schien die Vorstellung, in der Ferne zu arbeiten, vielleicht gar an einem Urlaubsort oder in einer Weltstadt, ein unmöglicher Traum. Für immer mehr Menschen ist dies inzwischen jedoch tägliche Realität. Sie werden als digitale Nomaden bezeichnet. Diese modernen Wanderarbeiter*innen nutzen die moderne Technologie, um mobil zu arbeiten und zugleich verschiedene Ecken der Welt zu erkunden.

Der Begriff „Digital Nomad“ wurde in den späten 1990er-Jahren von Tsugio Makimoto und David Manners geprägt. Die beiden sahen als erste voraus, dass das Internet und andere technologische Fortschritte eine neue Art von Arbeitskräften hervorbringen würden – mobil und nicht mehr physisch an einen Arbeitsplatz gebunden. Was damals die Zukunft der Arbeit und der Freiheit war, ist heute Realität. Unsere Daten zeigen, dass dieser Trend in den letzten zehn Jahren geradezu explodiert ist und vor allem nach der globalen Pandemie einen Schub erfahren hat. Realität sind aber auch eine neue Form der Migration, eine neue Destabilisierung von Arbeit und bisher unbekannte soziale und politische Konflikte.

Auf den ersten Blick gibt es nur wenige Gemeinsamkeiten zwischen digitalen Nomaden und anderen mobilen Bevölkerungsgruppen wie Geflüchteten, traditionellen Nomaden oder Migrant*innen. Sie kommen aus der Mittelschicht, besitzen Pässe mit umfangreichen Visaerleichterungen und oft gut bezahlte Jobs. Sie reisen an attraktive Orte, wo die Lebenshaltungskosten niedrig sind und das Wetter gut, sie verlegen ihren Wohnsitz aus freien Stücken und nicht aus Verzweiflung. Doch ihr unkonventioneller Lebensstil wird oft romantisch verklärt.

„Sie mögen zwar einkommensstark sein, aber wie Migranten auch zählen sie für die örtliche Politik nicht als Bürgerinnen oder Bürger“

Tatsächlich sind ihre Arbeitsbiografien unregelmäßig – mal sind sie Freiberufler, mal Unternehmerinnen, Programmierer oder Gelegenheitsarbeiterinnen. Ihre sozialen Bindungen und die Integration in lokale Gemeinschaften sind schwach, sie haben Schwierigkeiten mit der Verwaltung und dem Zugang zu öffentlichen

Dienstleistungen wie der Gesundheitsversorgung. Sie mögen zwar einkommensstark sein, aber wie Migranten auch zählen sie für die örtliche Politik nicht als Bürgerinnen oder Bürger. Sie sind vorübergehend in einer Stadt ansässig, sie arbeiten und/oder leben dort, sind aber ansonsten vom sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben dieser Stadt abgekoppelt – und sie verändern sie doch.

„Länder versuchen, Kaufkraft abzuschöpfen, und hoffen, dass Aktivitäten und Fähigkeiten auch der lokalen Wirtschaft zugutekommen“

Der Lebensstil der digitalen Nomaden ist geprägt vom Internet und von den Fortschritten der digitalen Infrastruktur, wie zum Beispiel Plattformen. Dank weit verbreiteter und stabiler Internetverbindungen können digitale Nomaden von fast überall aus arbeiten – von einem Strand in Portugal oder aus einem Café in Berlin. Plattformen wie Airbnb oder Uber sowie Zoom und Co-Working-Netzwerke bieten die Infrastruktur, die es diesen Nicht-Bürger*innen ermöglicht zu existieren. Über Airbnb, Booking.com oder Flatio finden sie eine Unterkunft, auf Social-Media-Plattformen tauschen sie Erfah-



Kai Wegrich ist Professor of Public Administration and Public Policy an der Hertie School. Er ist Politikwissenschaftler und forscht zu den Themen Politikausübung, Regulierung, Reform des öffentlichen Sektors und Innovationen in der Politikgestaltung. wegrich@hertie-school.org

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.



Eliška Drápalová ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung. Gemeinsam mit Kai Wegrich leitet sie das DFG-geförderte Projekt „REGULATE: Recasting the Regulatory State?“ zur Regulierung von Plattform-Unternehmen in EU-Städten und -Regionen.

eliska.drapalova@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

rungen und praktische Ratschläge aus, Uber oder Bolt sichert ihre Mobilität.

Der wachsende Trend zum digitalen Nomadentum wird auch durch lukrative Steuererleichterungen und spezielle Visaregelungen unterstützt. Länder versuchen, Kaufkraft abzuschöpfen, und hoffen, dass Aktivitäten und Fähigkeiten auch der lokalen Wirtschaft zugutekommen. Obwohl es sich um ein relativ neues Phänomen handelt, haben bis 2024 bereits mehr als 65 Länder Visaprogramme für digitale Nomaden eingeführt oder planen zumindest, das zu tun.

„Sie werden oft für steigende Lebenshaltungskosten, Gentrifizierung und die Verdrängung der lokalen Wirtschaft verantwortlich gemacht“

Fast 40 Prozent dieser Programme befinden sich in Europa (das erste Land mit einem digitalen Visaprogramm war Estland im Jahr 2020). Zu den Ländern mit speziellen Visaprogrammen und großzügigen Vergünstigungen gehören Spanien und Portugal – neben Griechenland, Thailand, Mexiko und Indonesien die beliebtesten Reiseziele für digitale Nomaden.

Das Interesse der europäischen Regierungen, digitale Nomaden anzuziehen, hat zweifellos zugenommen. Aber lange nicht alle profitieren davon, wenn internationale Arbeitskräfte in ihrer Stadt oder Gemeinde leben. In vielen europäischen Städten entstehen Spannungen zwischen Einheimischen und Touristen. Kommunalverwaltungen in Barcelona, Lissabon, Palma oder Venedig haben deshalb damit begonnen, Vorschriften zu erlassen, um den negativen Auswirkungen des übermäßigen Tourismus entgegenzuwirken. Diese Abwehrreaktion, gepaart mit einer wachsend einwanderungsfeindlichen Stimmung in ganz Europa, schafft ein schwieriges Umfeld für digitale Nomaden. Neben herkömmlichen Tourist*innen werden sie für angespannte Wohnungsmärkte, steigende Lebenshaltungskosten, Gentrifizierung und die Verdrängung der lokalen Wirtschaft verantwortlich gemacht.

Die Vor- und Nachteile der Anwesenheit digitaler Wanderarbeiter*innen werden in neuen politischen Auseinandersetzungen gegeneinander abgewogen. Forderungen nach politischer Regulierung nehmen zu. In dem Konflikt spiegeln sich größere gesellschaftliche Ängste: Es geht um wirtschaftliche Ungleichheit, Probleme kultureller Integration und den Ausverkauf gemeinschaftlicher Räume.

„Die Aufmerksamkeit der Medien für das Phänomen hat merklich zugenommen, seit es spezielle Visa-programme und Steuer-erleichterungen gibt“

In unserem Projekt „REGULATE: Recasting the Regulatory State?“ untersuchen wir die politischen und sozialen Konflikte, die sich aus der wachsenden Zahl digitaler Nicht-Bürger*innen ergeben, und wie sie sich auf die Städte und Kommunen auswirken. Wir haben lokale Medien mit Hilfe von Sentiment-Analysen untersucht, kommunale Vorschriften analysiert und politische Entscheidungsträger*innen in spanischen und portugiesischen Städten interviewt, die einen hohen Zustrom von digitalen Nomaden und Plattformarbeitern verzeichnen. Wir stellen fest, dass die Aufmerksamkeit der Medien für das Phänomen seit 2021 merklich zugenommen hat – seit



María José Lee Ocampo arbeitete im Forschungsprojekt „REGULATE: Recasting the Regulatory State?“ an der Hertie School und ist als Associate Consultant bei SEEK Development tätig. Sie studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universidad del Rosario und Data Science for Public Policy an der Hertie School.

M.Lee@alumni.hertie-school.org

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

der Zeit also, in der Regierungen vermehrt versucht haben, diese Arbeitnehmer*innen durch spezielle Visaprogramme und Steuererleichterungen anzuziehen.

Das Bild der digitalen Nomaden in den Medien ist überwiegend positiv, ganz im Gegensatz zu anderen Arten von Plattformarbeiter*innen oder Migranten. Unsere Inhaltsanalyse der Medien ergab, dass sie weniger mit Migration in Verbindung gebracht werden, sondern eher mit Begriffen wie „Fachkräfte“, „Kapital“ und „Tourismus“, allerdings auch mit einigen negativen Effekten wie „Gentrifizierung“ und „Wohnungsnot“.

„Für Politiker wird es immer schwieriger, die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und die der digitalen Nicht-Bürger*innen unter einen Hut zu bringen“

Auch unsere Interviews zeigen, dass die digitalen Nomaden insgesamt eher positiv wahrgenommen werden. Behörden ordnen sie nicht als Migranten ein, sondern bringen sie mit der

Förderung des Tourismus, mit wirtschaftlichen Möglichkeiten und neuen Modellen für kreative Städte in Verbindung. Wir hören allerdings auch, dass die Bedenken und die politischen Debatten zunehmen. In einigen spanischen und portugiesischen Städten machen linke Parteien und Protestgruppen die digitalen Wanderarbeiter*innen für steigende Lebenshaltungskosten und knappen Wohnraum verantwortlich. Sie kritisieren ihren begrenzten Beitrag zur lokalen Wirtschaft und zu den öffentlichen Haushalten, weshalb sie die Abschaffung der Steuervergünstigungen und der Sondervisa fordern. Für Politiker wird es immer schwieriger, die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und die der digitalen Nicht-Bürger*innen unter einen Hut zu bringen.

Viel wird geschrieben über die Umwälzungen, die digitale Plattformunternehmen für die Märkte, auf denen sie tätig sind, aber auch für die Arbeitswelt insgesamt mit sich bringen. Bei der Betrachtung von Plattformen wie Uber, Airbnb, Deliveroo und Helpling liegt das Hauptaugenmerk darauf, wie diese Unternehmen die

Arbeitsgesetzgebung, das Taxi- und Hotelgewerbe radikal verändert oder neue Märkte geschaffen haben. Aber wenn wir nur auf einzelne Plattformen und deren Regulierung blicken, droht uns die Dimension der fundamentalen Veränderung zu entgehen. Wir müssen auch die kollektiven Auswirkungen der verschiedenen Plattformen und der hinter ihnen stehenden digitalen Infrastrukturen auf die Städte betrachten: Wie beeinflussen sie die Mobilität? Wie wirken sie sich auf diejenigen aus, die in den Städten leben? Und wie auf die, die zum Arbeiten in die Städte kommen?

Wir wollen zeigen, dass die mobile Plattformarbeit zwar neue Möglichkeiten schafft und Städte vielfältiger macht, dass sie aber auch Widersprüche und Brüche hervorruft, die politisch nur schwer zu bearbeiten sind. Wir müssen besser verstehen, wie dieser neue Wirtschaftszweig dazu beiträgt, dass Grenzen zwischen Gruppen verschoben werden – zwischen jenen nämlich, die in städtische Verwaltung und Politik einbezogen sind, und jenen, die ausgeschlossen sind oder verdrängt werden. ●

Literatur

Florida, Richard: *The Rise of the Creative Class – Revisited*. New York: Basic Books 2017.

Makimoto, Tsugio/Manners, David: *Digital Nomad*. Chichester/New York: Wiley 1997.
Online: <http://archive.org/details/digitalnomad0000maki> (Stand 20.05.2025).

Thompson, Beverly Yuen: *Digital Nomads Living on the Margins: Remote-Working Laptop Entrepreneurs in the Gig Economy*. Bingley, UK: Emerald Publishing 2021.

Leicht ist nur der Einstieg

Einblicke in das Leben der südasiatischen Fahrer*innen von Essenslieferdiensten

Im Straßenbild der Großstädte sind sie allgegenwärtig: die „Rider“ der Lieferplattformen, die mit ihren E-Bikes Essen, Lebensmittel und Waren ausliefern. Viele von ihnen sind Studierende aus Südasien, die oft unter prekären Bedingungen arbeiten. Forscher*innen des Fairwork Projekts haben Rider befragt und erfahren, warum die Jobs so attraktiv für sie sind – und dennoch oft eine Sackgasse.

Tobias Kuttler, Didem Özkiziltan Wagenführer und Debarun Dutta

An diesem kalten Winternachmittag sind vor einem Fastfood-Restaurant in Berlin mehrere E-Bikes aufgereiht, darauf Essensboxen verschiedener Lieferdienste. Eilig huschen die Rider in das Restaurant, um es bald darauf mit den charakteristischen Papiertüten wieder zu verlassen. Andere Rider, ausnahmslos Männer, sitzen an den Tischen vor dem Restaurant und warten auf „ihr“ Essen oder den nächsten Lieferauftrag. Fragt man nach den Arbeitsbedingungen, so ist das kalte Wetter heute ihre größte Sorge. Sie berichten von Unfällen, die Kollegen bei den eisigen Straßenverhältnissen hatten, und beklagen die fehlende oder unzureichende Ausrüstung. Die meisten zögern jedoch oder möchten gar nicht über ihre Arbeit und Arbeitgeber sprechen, vor allem diejenigen, die für Subunternehmer arbeiten. Viele der Fahrer sind südasiatischer Herkunft und haben Angst, ihren Job zu verlieren, da sie auf dem deutschen Arbeitsmarkt nur wenige Beschäftigungsmöglichkeiten haben.

Der Markt für digital vermittelte Essens- und Lebensmittellieferungen, Taxifahrten und haushaltsnahe Dienstleistungen ist in den letzten zehn Jahren stetig gewachsen. Inzwischen

sind die Dienstleistungen weltweit in allen Großstädten verfügbar, vermehrt auch in mittleren und kleineren Städten. Ihre Geschäfts- und Betriebsmodelle unterscheiden sich jedoch. Neben den bekannten großen Firmen wie Uber sind regional auch kleinere digitale Arbeitsplattformen tätig. Auffällig ist, dass die Plattformarbeit in vielen Ländern stark migrantisch geprägt ist. Ohne migrantische Arbeitskräfte könnte die Plattformökonomie in ihrer jetzigen Form wohl kaum existieren.

In vielen Dienstleistungssektoren, in denen heute digitale Arbeitsplattformen tätig sind, wurde die Arbeit schon vorher überwiegend von migrantischen Arbeiter*innen bewältigt. Digitale Arbeitsplattformen haben die Hürden für den Einstieg in den Dienstleistungssektor für Migrant*innen weiter gesenkt. Die Registrierung auf den Plattformen ist einfach, und die Besonderheiten des lokalen Arbeitsmarktes und Sprachbarrieren spielen hier nur eine geringe Rolle. Zudem gleichen sich das äußere Erscheinungsbild und die Prozesse der größten Plattformfirmen weltweit: Nicht nur für Fahrgäste funktioniert die Uber-App in Berlin oder Mumbai ähnlich, sondern auch für die Fahrer*innen.



Tobias Kuttler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fairwork-Sekretariat der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Zusammenhänge zwischen Stadtentwicklung, Mobilität und digital vermittelter Arbeit. tobias.kuttler@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Nach der unkomplizierten Registrierung auf der Plattform drohen den Arbeiter*innen jedoch eine niedrige und schwankende Bezahlung, gefährliche Arbeitsbedingungen, intransparente Verträge und wenige Möglichkeiten der kollektiven Interessenvertretung. Diese Bedingungen sind weltweit in der Plattformökonomie anzutreffen und gut dokumentiert. Neuere Untersuchungen heben aber hervor, dass Migrant*innen besonders gefährdet und benachteiligt sind. Unter dem Druck, in kurzer Zeit ein hohes Einkommen zu erzielen, sind sie oft bereit, ausgedehnt und hyperflexibel zu arbeiten. In der Regel sind sie nicht mit den lokalen Gesetzgebungen in Europa vertraut, die Beschäftigungsverhältnisse, Mindestlöhne, Gesundheits- und Sicherheitsstandards, Mitbestimmung und kollektive Interessenvertretung regeln. Zudem haben sie häufig Angst, zu viele Fragen zu stellen, da sie es sich schlichtweg nicht leisten können, eine der wenigen Einkommensmöglichkeiten zu verlieren.

In vielen Städten des Globalen Südens ist die Arbeit für Plattformen für Binnenmigrant*innen aus ländlichen Regionen eine bessere Option als der traditionelle informelle Dienstleistungssektor. Allerdings sind die Arbeiter*innen von einer Handvoll Plattformunternehmen abhängig, die Zugangsbedingungen, Abläufe und Entlohnung jederzeit ändern können. Hinzu kommt, dass Arbeiter*innen im Globalen Süden oftmals hohe Summen investieren müssen (für die Ausrüstung und das Fahrzeug), um mit der

Arbeit beginnen zu können. Wenn Subunternehmer eine zusätzliche Kommission verlangen oder es zu Preisschwankungen für Benzin und zu Reparaturen kommt, kann es passieren, dass sich die Arbeiter*innen sogar verschulden, wie das Fairwork Projekt in Bangladesch, auf den Philippinen und in Pakistan beobachtete. Darüber hinaus sind vor allem weibliche Arbeitsmigranten von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Belästigung und Stigmatisierung betroffen, wie Fairwork unter anderem in Südafrika, Spanien und Indien feststellte.

Für die Lieferplattformen in Deutschland, vor allem in Berlin, arbeiten seit einigen Jahren viele männliche Südasiaten, überwiegend aus Indien. Viele von ihnen beginnen ein Studium in Deutschland und hoffen, mit einem deutschen Hochschulabschluss auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im Wintersemester 2023/2024 knapp 50.000 indische Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben, das sind 13 Prozent aller internationalen Studierenden.

Erleichtert wird die Migration von Studierenden und Arbeitskräften seit 2023 durch das deutsch-indische Migrations- und Mobilitätspartnerschaftsabkommen (MMPA). Indische Studierende schreiben sich überwiegend an privaten Hochschulen ein. Die notwendigen Formalitäten erledigen Beratungsagenturen,



Didem Özkiziltan Wagenführer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fairwork-Sekretariat. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen mit einem Schwerpunkt auf der Regulierung von KI. didem.oezkiziltan@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

Selten als Individuum wahrgenommen: Fahrer einer
Essenslieferfirma, Februar 2022 in Berlin.
Foto: © Florian Gaertner/picture alliance/photothek,
alle Rechte vorbehalten.





Debarun Dutta ist Politik-Kommunikator für gemeinnützige Organisationen in Indien und hat zahlreiche Filme zu Menschenrechtsthemen gedreht. Er hat einen Master in Human Rights, studiert Public Policy an der Hertie School und ist studentischer Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion am WZB. debarun.dutta@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

die auf Fragen zur Emigration nach Deutschland spezialisiert sind. Die Leistungen kosten nach Aussagen der indischen Studierenden zwischen 2.000 und mehr als 3.000 Euro. Wegen der hohen Lebenshaltungskosten in Deutschland müssen viele sofort nach ihrer Ankunft eine Arbeit suchen. In unseren Interviews Ende 2024/Anfang 2025 betonten indische Studierende, dass sie sich nach Studentenjobs in Cafés, Restaurants und Lagerhäusern umgesehen hätten. Letztlich entschieden sie sich aber für die Plattformarbeit, weil andere Studierende ebenfalls dort arbeiteten. Ein indischer Rider berichtete: „Ein Kommilitone brachte mich mit einem Mann in Kontakt, der seinen Account bei einer Lieferplattform jemand anderem überlassen wollte. So habe ich mit dieser Arbeit angefangen. Später habe ich mich dann direkt bei der Plattform beworben und wurde sofort genommen.“

Vorteile der Plattformarbeit sind der einfache Bewerbungsprozess, die vertraute Nutzung des App-Systems und die flexible Zeiteinteilung. Außerdem werden (fast) keine Deutschkenntnisse benötigt. Die indischen Rider erzählten aber auch, dass diese Art der Arbeit eine Sackgasse sein könne, da sie sehr zeitaufwändig sei. Dadurch fehle Zeit für Studium und Deutschkurse und für die Suche nach anderen, höher qualifizierten Tätigkeiten.

Besonders einfach ist die Bewerbung, wenn sie über einen Subunternehmer abgewickelt wird, wie ein anderer indischer Lieferfahrer erzählte: „Ein Freund aus meinem Dorf in Indien arbeitete bereits für Uber Eats. ... Er brachte mich zu einem Subunternehmer, der 200 oder 300 Leute beschäftigte. Der Typ hat mich nur gefragt, wann ich anfangen und ob ich Fahrrad fahren kann. Und das war's, ich hatte den Job.“

Dass Plattformen wie Uber Eats und Wolt in Deutschland verstärkt auf Subunternehmer zurückgreifen, hat den plattformvermittelten Sektor für Essenslieferungen gehörig durcheinandergewirbelt. Die Arbeitsbedingungen sind je nach Unternehmen sehr unterschiedlich. Lieferando und Flink zum Beispiel stellen die Rider überwiegend direkt an – mit allen Vorteilen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Werden Rider jedoch über Subunternehmer angestellt, ist dies jedoch nicht garantiert, denn die Verantwortung für die Arbeitsverträge und die Einhaltung der Arbeitsstandards und des Mindestlohns liegt bei den Subunternehmern. In den Interviews zeichneten Rider von Uber Eats und Wolt ein düsteres Bild: Subunternehmer stellten zwar reguläre Arbeitsverträge aus, diese bestünden aber häufig nur auf dem Papier, während in der Realität kein Stundenlohn bezahlt werde, sondern die Entlohnung nach Fahrten erfolge. Darüber hinaus würden oftmals keine Renten- und Sozialversicherungsbeiträge abgeführt (die Krankenversicherung ist meist über den Studierendenstatus abgedeckt) und kein Anspruch auf Urlaub und Krankheitstage gewährt.

Hinzu kommt, wie einige Rider berichteten, dass sie die Kosten für ihre Ausrüstung und Arbeitsmittel (Mobiltelefone und E-Bikes) selbst tragen müssten, was ihre Entlohnung letztlich unter den Mindestlohn drückt. Manche Rider erzählten, dass einige Subunternehmer vorab unterzeichnete Aufhebungsverträge verwenden, um Lieferfahrer leicht entlassen zu können. Sie könnten damit die Rider einschüchtern und sie zu überlangen Arbeitszeiten zwingen. Daher schwiegen insbesondere die migrantischen Arbeiter lieber über diese Zustände. Angesichts der Situation bei den Subunternehmen waren einige der befragten Arbeitnehmer von Lieferando und Flink erleichtert darüber, direkt bei den Plattformen angestellt zu sein und bezeichnen die Lieferplattformen, die mit Subunternehmen arbeiten, als „räuberisch“ und „ausbeuterisch“.

Die Herausforderungen der migrantischen Plattformarbeiter gehen aber noch weiter. Rider in Berlin berichten über zunehmende verbale und körperliche Übergriffe. Beschimpfungen seien an der Tagesordnung, sowohl durch Kunden als auch durch das Restaurantpersonal. Zudem ermöglicht die (unerlaubte) gemeinsame Nutzung von Accounts bei den Lieferplattformen, dass migrantische Arbeiter*innen sofort nach ihrer Ankunft in Deutschland mit dem Account einer anderen Person arbeiten können. Die Rider teilen sich die täglichen Schichten, die auf 12 Stunden pro Account und Tag begrenzt sind. Die „Zweitnutzer“ der Accounts haben jedoch meistens keine Verträge und somit keine Absicherung bei Unfällen, was sie besonders vulnerabel macht.

Auch die kollektive Mitbestimmung ist bei den Lieferplattformen oft eingeschränkt. Lieferando ist die einzige Plattform mit einem Betriebsrat. Bei anderen gibt es keine Betriebsräte, und Versuche der Rider, sich zu organisieren, stoßen auf Widerstand. Dennoch finden die Beschäftigten Wege, sich zu organisieren. Chatgruppen erleichtern den Informationsaustausch, und in der Vergangenheit kam es schon zu Arbeitsniederlegungen, um gegen schlechte Arbeitsbedingungen zu protestieren. Im Januar 2025 nahmen Lieferfahrer von Uber Eats aus Protest gegen drastische Kürzungen der Entlohnung keine Lieferaufträge mehr an. Fahrer berichteten, dass einige Kollegen wegen ihrer Teilnahme an der Aktion entlassen wurden. Dies verdeutlicht den prekären Charakter der Plattformarbeit in Deutschland. Häufig werden die Rechte der Arbeiter*innen untergraben – ohne Konsequenzen für die beteiligten Plattformunternehmen oder die Subunternehmen.

Literatur

Datta, Amrita: *Stories of the Indian Immigrant Communities in Germany: Why Move?* Cham: Springer Nature 2023. DOI: 10.1007/978-3-031-40147-3.

Fairwork: *Gender and Platform Work: Beyond Techno-Solutionism*. Oxford/Berlin 2023. Online: <https://fair.work/wp-content/uploads/sites/17/2023/07/Fairwork-Gender-Report-2023-FINAL-red.pdf> (Stand 6.05.2025).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Plattformarbeit Vorteile für die migrantischen Arbeiter*innen bereithält, indem sie die Ankunft in Deutschland erleichtert. Der Preis der Abhängigkeit von dieser Art von Arbeit ist jedoch nicht zu unterschätzen. Deshalb ist sie für viele migrantische Rider eine Sackgasse. Darüber hinaus führt das Zusammenspiel der genannten Faktoren dazu, dass Migrant*innen mit einem relativ privilegierten Hintergrund in ihren Heimatländern zu prekären Arbeiter*innen in Deutschland werden. Dies hat auch Barbara Orth in ihrer Forschung mit südasiatischen und lateinamerikanischen Plattformarbeiter*innen in Berlin beobachtet. Es ist zu befürchten, dass diese Abhängigkeit sowie die Erfahrung des sozialen Abstiegs und der Prekarisierung insbesondere die Fähigkeit der studentischen Migrant*innen einschränkt, ihre Zukunft in Deutschland oder anderswo zu gestalten.

Um die Situation südasiatischer Studierender und Arbeitsmigrant*innen zu verbessern, braucht es Veränderungen in verschiedenen Bereichen: Plattformen für Lieferdienste müssen ihre Subunternehmen wirksam überwachen, um die Ausbeutung von migrantischen Arbeiter*innen zu verhindern und ihre Rechte zu sichern. Anstelle von teuren Beratungsagenturen, die die Einwanderung nach Deutschland organisieren, sollten staatliche Stellen in Deutschland und Südasien zusammenarbeiten und unabhängige Informationen und Unterstützung bereitstellen. Dazu gehört auch der Zugang zu guten und kostengünstigen Deutschkursen, damit internationale Studierende die Chance auf eine Karriere in qualifizierten Berufen haben. ●

Katta, Srujana/Ferrari, Fabian/Van Doorn, Niels/Graham, Mark: „Migration, Migrant Work(ers) and the Gig Economy“. In: *Environment and Planning A: Economy and Space*, 2024, Jg. 56, H. 4, S. 1102-1112. DOI: 10.1177/0308518X241250168.

Orth, Barbara: „Stratified Pathways into Platform Work: Migration Trajectories and Skills in Berlin’s Gig Economy“. In: *Environment and Planning A: Economy and Space*, 2024, Jg. 56, H. 2, S. 476-490. DOI: 10.1177/0308518X231191933.

Die Trennung der Eltern und der Bildungsweg der Kinder

Befunde aus der Migrationsgesellschaft

Eines scheint festzustehen: Eine Trennung ihrer Eltern erschwert es Kindern, gute Bildungsergebnisse zu erzielen. Doch bei genauerem Hinsehen wird das Bild sehr vielschichtig. Jeder Fall ist anders, denn es zählen der soziale Hintergrund, das Bildungsniveau der Eltern, das Netzwerk der Familie. Und noch komplizierter wird es, wenn Migrationsgeschichten ins Spiel kommen.

Alessandro Ferrara und Heike Solga

Wenn Eltern sich trennen, wirkt sich das negativ auf den Bildungserfolg der Kinder aus. Dies belegen verschiedene Studien – die allerdings auch zeigen, dass dieser Zusammenhang nicht für alle Kinder gleichermaßen gilt. So legen einige Studien nahe, dass Kinder aus sozial privilegierten Familien die geringsten Bildungsnachteile durch eine Trennung erfahren, da diese Familien über mehr ökonomische und kulturelle Ressourcen verfügen, um negative Auswirkungen abzumildern. Andere Studien deuten hingegen darauf hin, dass Kinder aus privilegierten Familien möglicherweise sogar mehr Nachteile haben, da sie von einem höheren Niveau aus starten, also gewissermaßen mehr zu verlieren haben. Wie kommt es zu diesem vermeintlichen Widerspruch? Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die Studien unterschiedliche Bildungsergebnisse betrachten – die einen schauen auf Noten, andere auf Schulabschlüsse oder berufliche Abschlüsse beziehungsweise Studium. Die Ergebnisse sind

also nicht ohne Weiteres miteinander vergleichbar.

Erstaunlich wenige Studien gibt es bisher zu den Auswirkungen der elterlichen Trennung auf die Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund. Für Kinder aus zugewanderten Familien könnte eine Trennung weniger nachteilig für den Bildungserfolg sein als für Kinder einheimischer Familien, da sie oft generell sozioökonomisch schlechter gestellt sind – hier könnte das Argument gelten, dass sie weniger zu verlieren haben. Andererseits könnten die Folgen des Lebens in einem Ein-Eltern-Haushalt häufiger durch die erweiterte Familie und stärkere Unterstützungsnetzwerke abgedeckt werden. Die wenigen vorhandenen Forschungsergebnisse sind jedoch uneinheitlich und scheinen davon abzuhängen, um welche Migrationsgruppe es sich handelt. So hat Matthijs Kalmijn für Jugendliche karibischer und afrikanischer Herkunft in England, Deutschland, den Niederlanden und Schweden herausgefunden, dass ihr

Wohlbefinden weniger stark durch eine Trennung beeinträchtigt wird als bei einheimischen Jugendlichen. Andere Migrantengruppen sind dagegen ähnlich stark betroffen.

Bisherige Studien haben sich aber nur selten mit Elternpaaren beschäftigt, die aus einem einheimischen Elternteil und einem Elternteil mit Migrationshintergrund bestehen. Diese Konstellation, also interethnische Elternpaare, haben wir in unserer Studie im Rahmen des Einstein Center Population Diversity (ECPD) genauer analysiert. Für 13 Länder haben wir untersucht, wie sich die Trennung der Eltern langfristig auf den höchsten erreichten Bildungsabschluss auswirkt. Wir haben zwischen vier Gruppen unterschieden: Kinder von nicht eingewanderten (einheimischen) Eltern, Kinder von zwei eingewanderten Eltern und Kinder aus Familien, in denen nur die Mutter oder nur der Vater eingewandert ist.

„Kinder aus interethnischen Familien leben nach der Trennung eher bei dem Elternteil ohne Migrationshintergrund“

Denkbar sind folgende Unterschiede: Kinder aus interethnischen Familien könnten stärker von der Trennung der Eltern betroffen sein, da die-



Alessandro Ferrara ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB, Forscher am Einstein Center Population Diversity (ECPD) in Berlin und Postdoktorand an der Freien Universität Berlin.
alessandro.ferrara@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.



Heike Solga ist Direktorin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB und Forscherin am Einstein Center Population Diversity (ECPD) in Berlin. heike.solga@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

se Familien häufiger einen höheren sozioökonomischen Status aufweisen und der Verlust daher größer sein könnte. Diese Familien verfügen außerdem über schwächere soziale Unterstützungsnetze als Familien mit zwei migrantischen Elternteilen. Kinder aus interethnischen Familien könnten aber auch weniger betroffen sein, weil sie weniger stigmatisiert werden, da Scheidungen in diesen Familien häufiger vorkommen. Zudem besteht aufgrund unterschiedlicher Sorgerechtsmuster die Möglichkeit, dass Kinder aus interethnischen Familien nach der Trennung eher bei dem Elternteil ohne Migrationshintergrund leben – was den Verlust von Ressourcen des einen Elternteils im Vergleich zu Kindern mit zwei migrantischen Elternteilen geringer ausfallen lassen könnte.

Welche dieser Annahmen trifft zu? Um dies herauszufinden, haben wir Daten des Generations and Gender Survey aus dem Jahr 2004 analysiert. Wir betrachten jene Länder, in denen in der Befragung Informationen über das Geburtsland der Eltern und den Zeitpunkt der elterlichen Trennung erhoben wurden: Dies sind Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Großbritannien, Kroatien, die Niederlande, Österreich, Norwegen, Schweden und Tschechien. Konkret untersuchen wir, welchen Einfluss eine Trennung der Eltern vor dem 18. Lebensjahr des Kindes auf den Erwerb eines Hochschulabschlusses hat. Daher berücksichtigen wir nur Befragte, die zum Zeitpunkt der Erhebung älter als 25 Jahre waren. Die „Kinder“ mit Migrationshintergrund gehören somit

mindestens der 1,5. Zuwanderungsgeneration an. Die größten Einwanderungsgruppen der Eltern sind aus Osteuropa und West- und Kontinentaleuropa.

„Kinder aus interethnischen Familien machen etwas häufiger Abitur als Kinder aus Familien ohne Migrationshintergrund“

Im Durchschnitt aller Länder zeigt sich, dass Kinder aus interethnischen Familien am häufigsten eine Mutter und/oder einen Vater mit einem Hochschulabschluss haben. Dies spiegelt sich auch in den eigenen Bildungschancen: Sie erreichen etwas häufiger einen Hochschulabschluss als Kinder aus Familien ohne Migrationshintergrund; die geringsten Chancen haben Kinder mit zwei zugewanderten Elternteilen.

Allerdings ist auch die Trennungshäufigkeit bei interethnischen Elternpaaren höher (mit 17 Prozent bei zugewandelter Mutter und 21 Prozent bei zugewandertem Vater) als bei den beiden anderen Gruppen (15 Prozent beziehungsweise 13 Prozent). In allen Gruppen leben die Kinder nach einer Trennung der Eltern überwiegend bei der Mutter.

Wie unterscheiden sich nun die Auswirkungen einer Trennung der Eltern auf den Bildungserfolg der Kinder? Werden die Unterschiede im Bildungshintergrund der Eltern in der Analyse berücksichtigt, zeigt sich, dass Kinder, deren Eltern sich getrennt haben, in allen Gruppen seltener einen Hochschulabschluss erwerben als Kinder, deren Eltern sich nicht getrennt haben. Allerdings ist der Trennungsnachteil für Kinder, bei denen nur der Vater zugewandert ist, deutlich größer: Sie haben eine um rund 8 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, einen Hochschulabschluss zu erwerben, als Kinder, deren Eltern sich nicht getrennt haben. Bei den anderen drei Gruppen (zwei einheimische Eltern, zwei zugewanderte Eltern, zugewanderte Mutter) ist der Nachteil gleich groß – er beträgt knapp 5 Prozentpunkte.

Betrachtet man das Bildungsniveau der Eltern, so zeigen sich interessante Unterschiede im Nachteil durch die elterliche Trennung. Für Kinder mit zwei einheimischen Eltern ist ein

Nachteil vor allem in Familien nachweisbar, in denen mindestens ein Elternteil den Abschluss der höheren Sekundarstufe hat (also eine Berufsausbildung oder ein Abitur), und mehr noch in Familien, in denen mindestens ein Hochschulabschluss vorliegt. Dies ist ein Indiz für den Verlust von vorteilhaften Ressourcen. Für Kinder mit zwei zugewanderten Eltern zeigt sich ein etwas anderes Muster: Hier betrifft der Nachteil vor allem Kinder mit Eltern niedriger Bildung (keine Berufsausbildung, kein Abitur oder kein Hochschulabschluss) sowie jene mit mindestens einem Elternteil mit Hochschulabschluss. Die Erklärungen dafür sind unterschiedlich – bei Ersteren weist es auf fehlende vorteilhafte Unterstützungsnetzwerke hin, bei Letzteren auf den Verlust vorteilhafter Ressourcen. Ein starkes Gefälle in Abhängigkeit vom elterlichen Bildungsniveau ist bei Kindern aus interethnischen Familien zu beobachten, insbesondere wenn der Vater zugewandert ist: Kinder mit hoch gebildeten Eltern sind überproportional stark von der elterlichen Trennung betroffen, während bei Kindern von Eltern mit geringerem Bildungsniveau kaum Nachteile durch eine Trennung erkennbar sind.

Weitere Analysen zeigen, dass der Nachteil für Kinder mit zwei einheimischen oder zwei zugewanderten Eltern stärker ausgeprägt ist, wenn nur der Vater einen Hochschulabschluss hat. Da die Kinder nach einer Trennung meist bei der Mutter leben, verlieren sie oft zumindest teilweise den Zugang zu den Ressourcen, die der Vater zur Verfügung stellen könnte. Dies zeigt sich auch für Kinder mit einer einheimischen Mutter und einem zugewanderten Vater. Ist nur die Mutter zugewandert, ist das Bild dagegen umgekehrt: In dieser Gruppe haben Kinder, deren Mutter einen Hochschulabschluss hat, die größten Nachteile. Offensichtlich spielt hier der Verlust der Ressourcen des einheimischen Vaters, beispielsweise ein besseres Verständnis des Bildungssystems oder die Überwindung von Sprachbarrieren, eine große Rolle, so dass das höhere Bildungskapital der Mutter nicht voll zum Tragen kommt.

Die Auswirkungen einer Trennung auf den Bildungserfolg von Kindern hängen also nicht nur vom Bildungsniveau der Eltern ab. Einbezogen werden muss auch die Frage nach dem Migrationshintergrund der Familie. Vor allem Kinder aus interethnischen Familien wurden bislang in der Forschung wenig beachtet. Sie stammen

am häufigsten aus bildungsnahen Haushalten, erleben jedoch auch häufiger eine Trennung ihrer Eltern. Und hier zeigt sich, dass sie im Vergleich zu Kindern von zwei einheimischen oder zwei zugewanderten Eltern die größten Nachteile haben, wenn sie den einheimischen Vater oder den hoch gebildeten zugewanderten

Vater verlieren – im ersten Fall gehen das kulturelle Wissen und die Vertrautheit mit dem Bildungssystem verloren, im zweiten das Bildungskapitel. Forschung wie Politik tun also gut daran, sich verstärkt damit auseinanderzusetzen, wie die Vielfalt der familiären Migrationskonstellationen Bildungsverläufe prägt. ●

Literatur

Bernardi, Fabrizio/Comolli, Chiara Ludovica: „Parental Separation and Children’s Educational Attainment“. In: *Journal of Family Research*, 2019, Jg. 31, H. 1, S. 3–26. DOI: 10.3224/zffv3111.01.

Hohmann-Marriott, Bryndl E./Amato, Paul: „Relationship Quality in Interethnic Marriages and Cohabitations“. In: *Social Forces*, 2008, Jg. 87, H. 2, S. 825–855. DOI: 10.1353/sof.0.0151.

Kalmijn, Matthijs: „Family Structure and the Well-Being of Immigrant Children in Four European Countries“. In: *International Migration Review*, 2017, Jg. 51, H. 4, S. 927–963. DOI: 10.1111/imre.12262.

Panico, Lidia/Nazroo, James Y.: „The Social and Economic Circumstances of Mixed Ethnicity Children in the UK. Findings from the Millennium Cohort Study“. In: *Ethnic and Racial Studies*, 2011, Jg. 34, H. 9, S. 1421–1444. DOI:10.1080/01419870.2011.556745.

Smith, Sanne/Maas, Ineke/Van Tubergen, Frank: „Irreconcilable Differences? Ethnic Inter-marriage and Divorce in the Netherlands, 1995–2008“. In: *Social Science Research*, 2012, Jg. 41, H. 5, S. 1126–1137. DOI: 10.1016/j.ssresearch.2012.02.004.

Pässe und Abschlüsse

Staatsbürgerschaft als Booster für den Bildungserfolg

25 Millionen Menschen in Deutschland haben eine Migrationsgeschichte, die Hälfte von ihnen haben keinen deutschen Pass. Dabei hat die Staatsbürgerschaft weitreichende Auswirkungen – ob es nun um konkrete Probleme wie Visa für Urlaubsreisen oder um abstrakte Fragen nach Herkunft und Zugehörigkeit geht. Franziska Riepl richtet ihren Blick auf den Bereich der Bildung. Die große Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 nutzt sie als eine Art natürliches Experiment: Daten zu Bildungsverläufen ermöglichen es, Jahrgänge vor und nach der Reform zu vergleichen.

Franziska Riepl

Mehr als die Hälfte der in Deutschland ansässigen Menschen ohne deutschen Pass leben seit über acht Jahren in Deutschland; sie hätten damit die Möglichkeit zur Einbürgerung. Langwierige bürokratische Prozesse sowie die Verpflichtung, die bisherige Staatsbürgerschaft aufzugeben, haben aber bislang dazu geführt, dass diese Möglichkeit oft nicht genutzt wird. Eine neue Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im letzten Jahr hat einige Änderungen mit sich gebracht: Die Mindestaufenthaltsdauer vor Einbürgerungen wurde weiter reduziert, der Zugang zur Staatsbürgerschaft ab Geburt wurde erleichtert, und auch eine doppelte Staatsbürgerschaft ist jetzt leichter möglich. Was verändern solche Reformen, zum Beispiel im Bereich der Bildung?

Antworten auf diese Frage lassen sich finden, wenn man die letzte große Reform des Staatsbürgerschaftsrechts betrachtet. Bis zum Jahr 2000 war das deutsche Staatsrecht vom Prinzip des „ius sanguinis“, des „Rechts des Blutes“, be-

stimmt: Nur wer deutsche Vorfahren hatte, war Deutsche oder Deutscher. Einbürgerungen waren nur unter strengen Auflagen und nach Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit möglich. Mit der Reform von 2000 hielt erstmals das Prinzip des „ius soli“ („Recht des Bodens“) Einzug ins deutsche Recht. Seither können auch die Kinder von ausländischen Staatsbürger*innen den deutschen Pass erhalten, wenn sie in Deutschland geboren sind. Konkret betrifft diese Regelung Kinder, deren Eltern seit vielen Jahren in Deutschland leben, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Wenn zumindest ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes mindestens acht Jahre lang einen permanenten Aufenthaltsstatus in Deutschland hatte, erhält das Kind automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Das kleine Wort „automatisch“ hat dabei eine große Bedeutung: Eine Antragstellung mitsamt Wartezeiten und Gebühren wie bei der Einbürgerung ist hier nicht nötig. Zudem kann eine zusätzliche Staatsbürgerschaft für das Herkunftsland der Eltern erworben werden. Die Kinder müs-

sen sich also nicht – wie Erwachsene bei einer Einbürgerung – für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

Dieser Paradigmenwechsel hat konkrete Auswirkungen auf die Zukunftsperspektiven der betroffenen Kinder: Ihr Aufenthalt in Deutschland ist langfristig gesichert, der Zugang zu bestimmten Karrierewegen, zum Beispiel als Beamter, ist vereinfacht, und bestimmte Erfahrungen mit Diskriminierung, zum Beispiel im Umgang mit Lehrkräften oder bei Behörden gängen, können vermieden werden. Diese Veränderungen können das Verhalten der Kinder und ihrer Eltern beeinflussen – mit wiederum weitreichenden Konsequenzen.

„Wir berechnen die Unterschiede in den Schulabschlüssen von vor oder nach dem Jahr 2000 geborenen Kindern“

Gemeinsam mit Celina Proffen (ehemalige Doktorandin an der Goethe-Universität Frankfurt und jetzt bei der Weltbank beschäftigt) habe ich untersucht, wie sich der Erhalt der Staatsbürgerschaft ab Geburt auf den Bildungserfolg dieser Kinder (heute junge Erwachsene) auswirkte. Die reale Veränderung haben wir wie ein Experiment genutzt: In einem sogenannten Differenzen-in-Differenzen-Ansatz vergleichen wir die Trends im Bildungserfolg für die von der Reform betroffene Gruppe – also Kinder mit ausländischen Eltern – mit den gesamtgesellschaftlichen Trends. Dazu berechnen wir die Unterschiede in den erreichten Schulabschlüssen von vor oder nach dem Jahr 2000 geborenen Kindern, deren Eltern seit mehr als acht Jahren in Deutschland leben, aber keinen deutschen Pass haben (beide bilden die sogenannte Treatment-Gruppe). Um sicherzustellen, dass die Veränderungen zwischen den Geburtskohorten auf die Reform zurückzuführen sind und nicht auf allgemeine Trends im deutschen Schulwesen, berechnen wir dann die Unterschiede in einer Kontrollgruppe von Kindern mit mindestens einem deutschen Elternteil. Zieht man diese Trend-Veränderung von der Veränderung in der Treatment-Gruppe ab, bleibt der reine Effekt der Reform.



Franziska Riepl ist Doktorandin in der Forschungsgruppe Ungleichheit, soziale Mobilität und Wachstum. Ihr Forschungsinteresse liegt im Bereich der Arbeitsökonomie, mit einem Schwerpunkt auf dem Arbeitsmarkterfolg benachteiligter Gruppen und der Rolle von Bildung.

franziska.riepl@wzb.eu

Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

Wendet man diese Strategie auf die Daten aus dem Mikrozensus an, einer repräsentativen 1-Prozent-Stichprobe der in Deutschland lebenden Bevölkerung, zeigen sich erstaunliche Veränderungen in den Bildungsverläufen. Im Vergleich zu vor dem Jahr 2000 geborenen Jugendlichen haben Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit eine knapp sieben Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, das Abitur zu erreichen. Die Wahrscheinlichkeit, als höchsten Abschluss nur einen Hauptschulabschluss zu erreichen, sinkt dagegen um sechs Prozentpunkte. Dieses Ergebnis ist stabil über verschiedene Datensätze, Altersgruppen und Stichprobendefinitionen hinweg. Es lässt sich

„Durch die Reform schließt sich der Abstand in den Bildungsabschlüssen von Kindern mit nichtdeutschen im Vergleich zu deutschen Eltern um mehr als ein Drittel“

sogar innerhalb von Familien, bei denen Geschwister kurz vor und nach der Reform geboren wurden, zeigen. Der Effekt ist am stärksten für die Kinder von Eltern, die seit langer Zeit in Deutschland ansässig sind, aus einem Nicht-



Wie viele verschiedene Pässe? Begrüßung neuer Studierender an der Universität zu Köln im Herbst 2019.
Foto: © picture alliance/Geisler photopress, alle Rechte vorbehalten.

EU-Land stammen und selbst nur ein niedriges Bildungsniveau erreicht haben. Insgesamt schließt sich durch die Reform der Abstand in den Bildungsabschlüssen von Kindern mit nichtdeutschen im Vergleich zu deutschen Eltern um mehr als ein Drittel. Angesichts der hartnäckigen Ungleichheiten im deutschen Bildungssystem ist das ein beachtliches Ergebnis, zumal diese Reform keine zusätzlichen Kosten im Bildungsbereich verursacht.

„Wenn eine Karriere als Richterin in Deutschland erreichbar erscheint, steigt die Motivation, sich in der Schule anzustrengen“

Doch was kann diesen Sprung im Bildungserfolg erklären? Aus der Perspektive der Ökonomie ist hier primär die Humankapitaltheorie relevant. Wenn der Verbleib in Deutschland langfristig gesichert ist und mögliche Hindernisse im Zugang zu gutbezahlten Jobs ausgeräumt sind, seien es Hindernisse aufgrund von

Diskriminierung oder aufgrund von an die Nationalität gebundenen Einstellungsvoraussetzungen (zum Beispiel für eine Verbeamtung), lohnt es sich mehr, in Bildung zu investieren. Wenn für eine juristisch interessierte Jugendliche eine Karriere als Richterin in Deutschland erreichbar erscheint, steigt ihre Motivation, sich in der Schule anzustrengen, das Verfassen von Texten auf Deutsch zu üben und den Sprung ins Jurastudium zu schaffen.

Außerdem erzeugt der frühe und nicht an Bedingungen gebundene Erhalt des deutschen Passes ein Gefühl von Anerkennung und Zugehörigkeit, das indirekt den Erfolg in der Schule fördern kann. Die Integrationsforscherin Susanne Worbs hat in einer umfangreichen Studie gezeigt, unter welchen inneren Konflikten die Kinder der zweiten Einwanderergeneration leiden, wenn sie sich mit der Entscheidung konfrontiert sehen, eines ihrer Herkunftsländer über das andere zu stellen. Die Staatsangehörigkeit ab Geburt entschärft diesen Konflikt nicht nur organisatorisch – seit der Abschaffung der sogenannten Optionsregel im Jahr 2014 können die betroffenen Personen über die Volljährigkeit hinaus mehrere Staatsbür-

gerschaften behalten. Diese Regelung sendet das starke Signal, dass Zugehörigkeit nicht im Entweder-Oder gedacht werden muss. Kinder, die von der Reform profitieren, können sich trotz der ausländischen Staatsangehörigkeit ihrer Eltern von Anfang an (auch) als Deutsche verstehen.

„Die neue Regelung sendet das starke Signal, dass Zugehörigkeit nicht im Entweder-Oder gedacht werden muss“

Um zu untersuchen, welche dieser Erklärungen sich in der Praxis bewähren, nutzen wir zusätzlich umfragebasierte Informationen aus dem Sozio-oekonomischen Panel und dem Nationalen Bildungspanel, zwei groß angelegten deutschen Langzeitstudien. Im Bereich der Bildungsziele lässt sich ein leichter Anstieg im Anteil derer erkennen, die ein Studium beginnen wollen – für konkrete Befunde zu Studium und Berufseinstieg ist es allerdings noch zu früh. Was sich jedoch bereits jetzt klar feststellen lässt, ist eine Verbesserung der (selbst eingeschätzten) Sprachkenntnisse in den Bereichen Lesen, Verstehen und Sprechen. Gleichzeitig steigt tendenziell der Anteil derer, die zuhause oder mit Freunden Deutsch sprechen. Ebenso zeigt sich

ein klarer Anstieg des Anteils der Jugendlichen, die sich in Deutschland zugehörig fühlen. Die empirischen Daten deuten also darauf hin, dass die Einführung der Staatsbürgerschaft ab Geburt durch eine stärkere Identifikation und Interaktion mit der deutschen Gesellschaft Barrieren im Schulkontext abbauen und die Lernmotivation fördern konnte.

Für die Ausgestaltung des Staatsbürgerschaftsrechts sind Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik nicht unbedingt leitend. Aus dieser Perspektive aber lässt sich sagen: Es hat sich gelohnt. Die Ausweitung der Kriterien für Staatsbürgerschaft über die Abstammung hinaus hat den Bildungserfolg nicht nur kurzfristig beeinflusst. Die Reform von 2000 hat sich vielmehr auch auf entscheidende, langfristig wichtige Bildungsstufen wie das Abitur ausgewirkt. Unsere Forschung zeigt, dass die Förderung von Arbeitsmarktperspektiven und Zugehörigkeitsgefühl ein Weg sein könnte, um die Ungleichheiten im Bildungssystem zu reduzieren. Die erneute Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2024 hat weitere Hürden hinsichtlich der doppelten Staatsbürgerschaft und der Staatsbürgerschaft ab Geburt abgebaut. Nicht nur Ökonom*innen können gespannt sein, wie sich diese Veränderungen auf Bildungsabschlüsse, Arbeitsmarktchancen und weitere Facetten des persönlichen und gesellschaftlichen Erfolgs von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auswirken werden. ●

Literatur

Bundesregierung: Modernes Staatsangehörigkeitsrecht: Schnellere Einbürgerungen unter strengeren Voraussetzungen. 2024. Online: www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/modernisierung-staatsangehoerigkeitsrecht-2215610 (Stand 5.05.2025).

Felfe, Christina/Rainer, Helmut/Saurer, Judith: „Why Birthright Citizenship Matters for Immigrant Children: Short- and Long-Run Impacts on Educational Integration“. In: *Journal of Labor Economics*, 2020, Jg. 38, S. 143–182. DOI: 10.1086/704570.

Fick, Patrick: „Does Naturalization Facilitate Integration?“ In: *Zeitschrift für Soziologie*, 2016, Jg. 45, H. 2, S. 107–121. DOI: 10.1515/zfsoz-2015-1006.

Gathmann, Christina/Garbers, Julio: „Citizenship and Integration“. In: *Labour Economics*, 2023, 82, H. 1. DOI: 10.1016/j.labeco.2023.102343.

Worbs, Susanne: „Bürger auf Zeit: Die Wahl der Staatsangehörigkeit im Kontext der deutschen Optionsregelung“. In: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): *Beiträge zu Migration und Integration*, 7, 2014. Online: www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Beitragsreihe/beitrag-band-7-buerger-auf-zeit.pdf?__blob=publicationFile&v=14 (Stand 5.05.2025).

Zehn Jahre nach der „Flüchtlingskrise“

Eine Konferenz am WZB fragte nach Folgen und Perspektiven der Fluchtzuwanderung

Der Sommer der Migration von 2015 wird als Zäsur neben andere Großereignisse wie die Eurokrise 2011 oder die Corona-Pandemie treten. Kaum ein anderes Phänomen wurde allerdings so früh so umfassend wissenschaftlich begleitet. Welche Einsichten hat diese Auseinandersetzung gezeitigt? Wo stehen Deutschland und die Geflüchteten zehn Jahre später? Was kann die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit aktuellen Geschehnissen überhaupt leisten?

Jonas Wiedner

Im Sommer 2012 waren in den deutschen Medien erste Meldungen über eine dramatische Fluchtbewegung in der Türkei zu finden, ausgelöst durch den eskalierenden syrischen Bürgerkrieg. Zwei Jahre später kenterten vor der italienischen Insel Lampedusa zwei Boote, mehr als 400 Menschen ertranken. Das Ereignis lenkte internationale Aufmerksamkeit auf die irregulären Überfahrten im Mittelmeer. Vollends im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit war die Situation dann im Sommer 2015, als sich innerhalb weniger Wochen zehntausende Syrer, Irakerinnen und Afghanen aus Ungarn auf den Weg nach Deutschland machten. Die „Flüchtlingskrise“ war in Deutschland angekommen. Fotos von archaisch anmutenden Trecks schutzsuchender Familien vor dem Grün des bayrischen Voralpenlandes dominierten die Nachrichtenportale. Solche symbolisch aufgeladenen Bilder setzten den existenziellen Grundton der folgenden Debatten, die, je nach Standpunkt, humanitäre Imperative oder die

Gefahren offenbar regelloser Zuströme in den Vordergrund stellten.

Insgesamt kamen in den Jahren 2014 bis 2016 mehr als 2,8 Millionen Menschen aus Syrien und anderen, oft ebenfalls von Bürgerkriegen verheerten Ländern, als Schutzsuchende in die Länder der Europäischen Union. Mehr als die Hälfte von ihnen beantragte Asyl in Deutschland. Erst mit dem – beschönigend so beschriebenen – Schließen der Balkanroute durch gewaltsame Zurückweisung an den Grenzen und dem sogenannten EU-Türkei-Deal ging die Zahl der Neuangekommenen ab März 2016 vorerst zurück. Zehn Jahre später sind die Themen Migration und Integration in den Kernbereich einer auf gesellschaftspolitische Anschlussfähigkeit ausgerichteten Sozialwissenschaft vorgezogen. Am 12. und 13. März 2025 versuchte eine Konferenz am WZB, den Ertrag dieser politisch-akademischen Auseinandersetzung zu umreißen.

Die erste Erkenntnis aus der Konferenz ist, dass Sozialwissenschaftler*innen in den vergangenen zehn Jahren in bemerkenswertem Umfang Daten, Erkenntnisse und Analysen zu den Folgen der Fluchtbewegung 2015/2016 erarbeitet haben. Sie liefern damit einen wichtigen – gleichwohl oft übersehenen – Beitrag zu gesellschaftlichen Debatten und zur Gestaltung von Politik. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass politische und gesellschaftliche Positionierungen oft nur schwach an Entwicklungen „on the ground“ gekoppelt sind. Das heißt nicht, dass Probleme, die mit Zuwanderung zusammenhängen, einzig durch rechtspopulistische Politikunternehmer herbeigeredete Fehlwahrnehmungen sind. Vielmehr scheinen in publizistischen Debatten die migrationskritischen ebenso wie die migrationsoptimistischen Stimmen empirische Befunde allenfalls selektiv zur Kenntnis zu nehmen.

„Die Sozialwissenschaften haben in bemerkenswertem Umfang Daten, Erkenntnisse und Analysen zu den Folgen der Fluchtbewegung 2015/2016 erarbeitet“

Das zeigt sich etwa prägnant in der zumindest missverständlichen Aussage des damaligen CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz im Dezember 2024, zwei Drittel der syrischen Flüchtlinge in Deutschland, darunter vor allem junge Männer, arbeiteten nicht und sollten nach Syrien zurückkehren. Abgesehen davon, dass auf zwei Drittel nur kommt, wer Kinder und Alte mitzählt, ist sich die empirische Forschung weitestgehend darin einig, dass die Integration der Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt gut voranschreitet, auch im Vergleich zu früheren Fluchtbewegungen – und gerade unter den jungen Männern, die Merz ins Zentrum seiner Kritik stellte. Auch wenn Ruud Koopmans und ich in unserem Konferenzbeitrag einige der sehr optimistischen Schlüsse aus der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, einer zentralen Informationsquelle für Wissenschaft und Politikberatung, aus methodischer Perspektive in Zweifel zogen, stimmten wir, was die großen Linien angeht, mit Yuliya Kosyakova überein. Sie stellte für das IAB (Institut



Jonas Wiedner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Seine Forschungsschwerpunkte sind die sozialräumliche Rolle von Organisationen in Integrationsprozessen von Menschen mit Migrationsgeschichte und Fragen der sozialen Mobilität und der Arbeitsmarktforschung, vor allem in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund. jonas.wiedner@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) zentrale Ergebnisse der Studie vor: Männern gelingt der Arbeitsmarkteinstieg im Rahmen des Erwartbaren gut; problematisch bleibt die geringe Beteiligung geflüchteter Frauen.

„Selbst bei relativ geringer Arbeitsmarkt-beteiligung federn die überwiegend jungen Geflüchteten den demografischen Wandel ab“

Dass die Zuwanderung der Jahre 2015/2016 langfristig entgegen verbreiteten Befürchtungen sogar eine Entlastung für öffentliche Haushalte bedeutet und für die meisten Deutschen zu einer (geringen) Einkommenssteigerung führen wird, legten die Ergebnisse von Christopher Buschs (Ludwig-Maximilians-Universität München) makroökonomischer Modellierung nahe: Selbst bei relativ geringer Arbeitsmarkt-beteiligung federn die überwiegend jungen Geflüchteten den demografischen Wandel ab.

Auch der Beitrag von Clara van den Berg (WZB) widersprach einer verbreiteten Wahrnehmung: Zuwanderung gefährde pauschal den sozialen

Zusammenhalt. Sie konnte zeigen, dass gemeinsames Engagement für Geflüchtete oft zu einer nachhaltigen Stärkung der Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen führte. Demgegenüber zeigte der Vortrag von Gisela Will (Leibniz-Institut für Bildungsverläufe) über die Bildungsintegration minderjähriger Flüchtlinge, dass sich abseits medialer Berichterstattung durchaus krasse Problemlagen entwickeln. Grundschulkindern aus Flüchtlingsfamilien zeigen noch Jahre nach der Ankunft deutliche Kompetenzdefizite, etwa bei der Beherrschung der deutschen Sprache. Dieses Defizit entspricht im Schnitt mehr als zwei Lebensjahren. Besonders besorgniserregend ist, dass sich diese Lücke auch über die Zeit nicht schließt, was öffentlich jedoch kaum zur Kenntnis genommen wird. Hannes Schammann (Universität Hildesheim) legte offen, wie politische und organisationale Logiken bewirken, dass manche Problemdiagnosen eher öffentliche Konjunktur haben als andere. Solche Mechanismen verstärken die bereits erwähnte Kluft zwischen medialen Debatten und den Problemen und Erfolgen vor Ort. Die „Überforderung der Kommunen“ zum Beispiel hat sich seit 2015 als Schlagwort etabliert, was in der Pauschalität den höchst unterschiedlichen Situationen in verschiedenen Kommunen jedoch nicht gerecht wird.

„Schulkinder zeigen noch Jahre nach der Ankunft Defizite bei der Beherrschung der deutschen Sprache“

Schließlich zeigte Christian Czymara (Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute), dass auch im Blick auf die einheimische Bevölkerung die mediale Berichterstattung nicht unbedingt der tatsächlichen Situation entspricht: Verglichen mit den Jahren vor 2015 sind die Deutschen im Schnitt nicht etwa migrationskritischer geworden; ihre Meinungen sind vielmehr langfristig stabil. Strikt migrationsfeindliche Mehrheiten sind also nicht zu erwarten. Was populistischen Akteuren hingegen immer besser gelingt, ist die politische Mobilisierung bestehender Opposition. Ihnen hilft dabei die anhaltend hohe Aufmerksamkeit, die das Thema erfährt. Für politische Akteure der demokratischen Mitte hält das eine paradoxe Her-

ausforderung bereit: Jeder Versuch, politischen Druck für eine Lösung des Problems zu generieren, ist Wasser auf die Mühlen migrationsfeindlicher Populisten – selbst wenn das in der Absicht geschieht, demokratiefeindlichen Kräften Einhalt zu gebieten.

Die zweite Erkenntnis der Konferenz ist simpel: Gute empirische Wissenschaft auf solider Datenbasis hat das Potenzial, polarisierte Debatten zu versachlichen. Selbst wo empirisch arbeitende Vortragende gegenseitig Aspekte ihrer Arbeit kritisierten, wie in der erwähnten Kontroverse mit Yuliya Kosyakova, blieben sie letztlich auf ihre Datenbasis beschränkt – und die führte am Ende in der Sache zu weitgehender Übereinstimmung. Anders war die Situation dort, wo wissenschaftliche Forschung weniger Daten produzieren konnte und daher zwangsläufig Annahmen die Einschätzung bestimmen musste, wie in der Diskussion zwischen Ruud Koopmans und dem Kriminologen Tobias Singelstein (Goethe-Universität Frankfurt am Main) über die Überrepräsentation Asylsuchender in der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Wo Singelstein in erster Linie demografische Unterschiede, methodische Artefakte und diskriminierende Verwaltungspraxis hinter der vermeintlich hohen Kriminalität Zugewandelter sah, betonte Koopmans, dass selbst unter Berücksichtigung dieser Faktoren Asylsuchende weit überrepräsentiert seien. Man muss nicht so weit gehen wie Gerald Wagner, der in seinem Konferenzbericht für die FAZ eine politisch motivierte Unterfinanzierung der Kriminologie Zugewandelter unterstellte. Klar ist jedoch: Solange sich Diskussionen allein auf bloß grob gegliederte „amtliche Tätigkeitsberichte“ (Singelstein) wie die PKS stützen müssen, werden sich Einschätzungen zum Umfang und zu den Ursachen von Kriminalität unter Asylsuchenden empirisch kaum auf einen Nenner bringen lassen. Das eröffnet Interpretationsspielräume und führt zu Polarisierungen.

„Die politische Regulierung von Fluchtmigration ist mit politischen, legalen und humanitären Fallstricken konfrontiert“

Die dritte Erkenntnis lautet, dass die politische Regulierung von Fluchtmigration mit politi-

schen, legalen und humanitären Fallstricken auf zahlreichen Ebenen konfrontiert wird. Selbst unter denkbar günstigen Bedingungen – die Zeit nach 2015 war geprägt durch eine starke Konjunktur, Rekord-Steuereinnahmen und einen Mangel an Arbeitskräften – hat Fluchtzuwanderung eine rechtspopulistische Partei in den Parlamenten verankert, die von jeder Thematisierung von Zuwanderung profitiert, wie Wolfgang Schroeder (WZB) darlegte. Jürgen Gerhards (Freie Universität Berlin) beschrieb, wie dies den demokratischen Parteien links und rechts der Mitte den Spagat abnötigt, einerseits mit härteren politischen Maßnahmen auf die öffentliche Forderung nach mehr Restriktionen zu reagieren und andererseits an weithin geteilten Identitätskonstruktionen von Deutschland als historisch geläutertem Verteidiger von Menschenrechten festzuhalten.

Es ist und bleibt sehr schwierig, unter Einhaltung grundlegender Menschenrechtsstandards Fluchtmigration nach Europa wirkungsvoll zu begrenzen. Der Fiktion, eine einfache „Lösung“ des „Flüchtlingsproblems“ (im Sinne einer Kontrolle des Zuzugs) sei möglich, widersprach dann auch Daniel Thym (Universität Konstanz), selbst ein Befürworter innovativer Ansätze zur Begrenzung irregulärer Migration. Es gebe nicht die eine Lösung, stattdessen müsse alles gleichzeitig passieren: verstärkte Grenzkontrollen innerhalb Europas, Verfahren an den EU-Außengrenzen, Rückführungsabkommen mit Herkunftsstaaten und Asylverfahren außerhalb Europas. Dass jeder dieser Punkte massive praktische, humanitäre und rechtliche Probleme aufwerfen wird, stellten Ramona Rischke (DeZIM Institut) und Bernd Parusel

(Swedish Institute for European Policy Studies) in Aussicht. Judith Kohlenberger (Wirtschaftsuniversität Wien) wies auf eine weitere Gefahr restriktiver Grenzregime hin: die Brutalisierung europäischer Gesellschaften im Inneren. Wenn es erst einmal faktisch etabliert ist, dass Gewalt angewendet wird, dass Räume außerhalb rechtsstaatlicher Kontrolle entstehen und offensichtliche Gesetzesverstöße nicht verfolgt werden, sei eine weitere Erosion rechtsstaatlicher Normen zu erwarten.

Die abschließende Paneldiskussion der Konferenz war vom Bewusstsein großer Dinglichkeit geprägt. Für Daniel Thym und Victoria Rietig (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) hat die neue Bundesregierung angesichts der Stärke der AfD womöglich die letzte Chance, irreguläre Migration auf eine rechtskonforme Art zu begrenzen. Erik Marquardt (Europa-Abgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen) blieb es vorbehalten, auf das enorme menschliche Leid hinzuweisen, das die EU bei der Begrenzung irregulärer Migration durch ihre Zusammenarbeit etwa mit kriminellen libyschen Milizen schon jetzt in Kauf nimmt. Diese Milizen werden von der EU zur Migrationsbegrenzung ausgerüstet, zugleich stehen sie unter dem glaubhaften Verdacht, selbst irreguläre Überfahrten zu organisieren. Einig waren sich die Steuerungsoptimisten und -pessimisten des Panels vor allem darin, dass die einzige konkret angekündigte Maßnahme der neuen Bundesregierung im Migrationsbereich, die pauschale Zurückweisung Schutzsuchender an Deutschlands Grenzen, europarechtlich bestenfalls fragwürdig und für sich alleine kaum effektiv sein wird. ●

It's Not Immigration, Stupid!

Zuwanderung treibt Menschen weniger um, als öffentliche Debatten vermuten lassen

Folgt man medialen Diskursen und politischen Debatten, ist die größte gesellschaftliche Herausforderung die Aufnahme von Zugewanderten. Diese Wahrnehmung entspricht aber nicht dem Empfinden der meisten Menschen. Umfragen zeigen, dass ganz andere Sorgen darauf warten, von der Politik bearbeitet zu werden.

Heiko Giebler und Karoline Estermann

Finanzkrisen, Klimakatastrophen, Flucht- und Migrationsbewegungen, Corona-Pandemie, ein globaler Trend zur Autokratisierung, Wissenschaftsfeindlichkeit, massive militärische Konflikte – die Liste der gegenwärtigen Probleme ist lang. Und mehr als früher überlappen und beeinflussen sich diese Herausforderungen gegenseitig. Vor allem in liberalen Demokratien erweist sich das Thema „Zuwanderung“ als Dauerbrenner. Natürlich geht es dabei um eine große und schwierige gesellschaftliche Aufgabe. Gerade in repräsentativen Demokratien stellt sich aber die Frage, für wie wichtig Bürger*innen dieses Thema tatsächlich halten. Ein zentraler Mechanismus der Demokratie ist Responsivität: Gewählte Vertreter*innen sollten auf Ängste, Sorgen und Wünsche der Bevölkerung reagieren. Die Politik sollte sich dabei, im Rahmen des (rechtlich) Möglichen, an den Prioritäten der Bürger*innen orientieren. Wenn anhaltend über Migration diskutiert wird, sollte das also ein Ausdruck der Bevölkerungsmeinung sein oder sich zumindest in dieser spiegeln. In Deutschland und vielen anderen Ländern ist das allerdings nicht der Fall, wie unsere Untersuchungen zeigen. Als eine der größten

Herausforderungen unserer Zeit betrachten nämlich viele Menschen die ökonomische Ungleichheit – und nicht Zuwanderung.

Für die repräsentative Bevölkerungsumfrage „Public Attitudes towards the Liberal Script (PALS)“ wurden zwischen 2021 und 2023 im Rahmen des Exzellenzclusters „Contestations of the Liberal Script“ Daten von mehr als 60.000 Menschen in 30 Ländern erhoben, unter anderem in Australien, Deutschland, Indien, Peru, Tunesien und den USA. Neben Einstellungen zu unterschiedlichen liberalen Normen wurde gefragt, wie verschiedene Herausforderungen wahrgenommen werden. Die Befragten sollten zum Beispiel angeben, welche Aspekte sie für eine große gesellschaftliche Bedrohung halten (Mehrfachnennungen waren möglich). Jede Person bewertete 8 Aspekte, die teilweise zufällig aus einer Liste von 15 möglichen Aspekten bestimmt wurden. Neben Zuwanderung und ökonomischer Ungleichheit waren dies Aspekte wie Krieg und Gewalt, Steuerhinterziehung, Klimawandel oder alternde Gesellschaften. Über alle Länder und Personen hinweg landet Zuwanderung mit einer Auswahlhäufig-

keit von lediglich 34 Prozent auf Platz 14, während auf den vorderen Plätzen ökonomische Ungleichheit (64 %), Pandemien (63 %), Hunger und Armut (59 %) oder Steuerhinterziehung (55 %) zu finden sind.

Natürlich sind Gesellschaften in unterschiedlicher Weise von Zuwanderung betroffen. Die Abbildung zeigt, wie sich entsprechend die Wahrnehmungen der Aspekte Zuwanderung und Ökonomische Ungleichheit unterscheiden. Auf der vertikalen Achse ist der Prozentsatz der befragten Personen zu sehen, die Zuwanderung als große gesellschaftliche Bedrohung betrachten. Auf der horizontalen Achse finden sich die entsprechenden Werte für ökonomische Ungleichheit. Bei der Zuwanderung liegen Südafrika und die Türkei deutlich über dem Gesamtdurchschnitt, sogar über der 50-Prozent-Marke. Diese Länder sind stark, aber natürlich nicht als einzige der 30 Länder, von Zuwanderung und Fluchtbewegungen betroffen. Ganz anders sieht es bei der öffentlichen Meinung zur ökonomischen Ungleichheit aus. Hier liegen 28 Länder über der 50-Prozent-Marke. Für alle Länder gilt, dass mehr Menschen ökonomische Ungleichheit als Bedrohung wahrnehmen, als dies für Zuwanderung gilt. Auch in Deutschland nennen nur 33 Prozent Zuwanderung als Bedrohung, während ökonomische Ungleichheit doppelt so häufig ausgewählt wird.

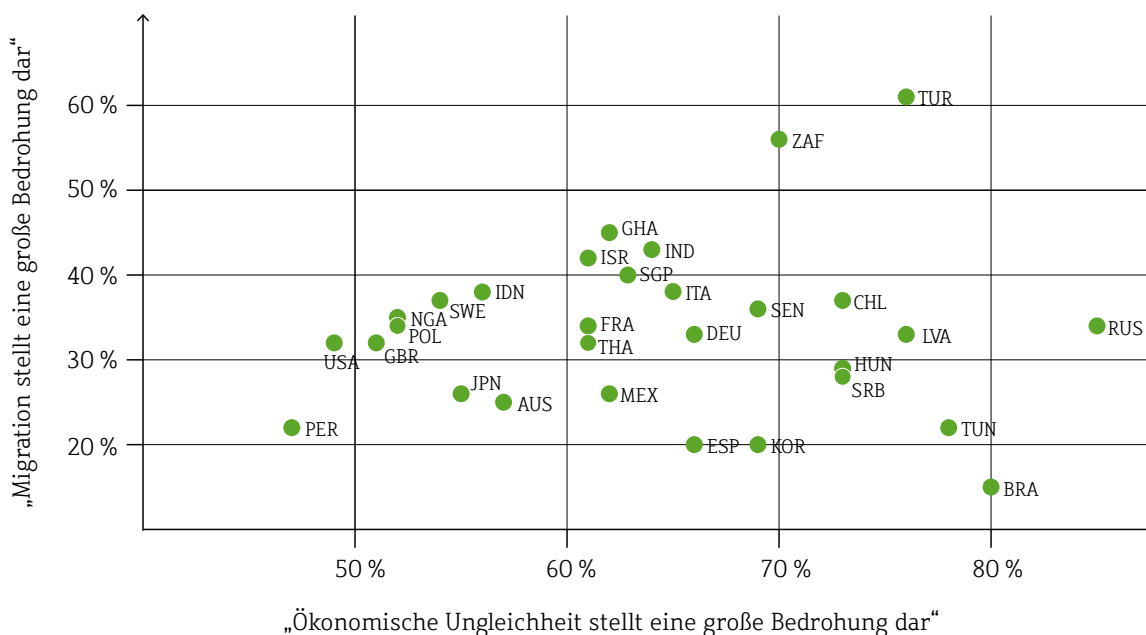


Heiko Giebler ist Leiter der Forschungsgruppe „Comparative Survey“ und des Data & Methodology Centers im Exzellenzcluster SCRIPTS an der Freien Universität Berlin und Gastwissenschaftler der Abteilung Transformationen der Demokratie am WZB. heiko.giebler@wzb.eu

Foto: © Sarah Laube, alle Rechte vorbehalten.

Nun kann man einwenden, dass sich die öffentliche Meinung ändern kann – und die Daten wurden nicht in den letzten Monaten erhoben. Und doch stützt eine Rückschau auf die Bundestagswahl im Februar 2025 unsere Ergebnisse: Schon vor dem Scheitern der Ampel-Koalition prägten Diskussionen um hohe Ausgaben für Flüchtlinge, ausländische Straftäter*innen und illegale Einwanderung das Geschehen. Alle

Was den Menschen Sorgen macht – eine Umfrage in 30 Ländern



Zustimmung zu den beiden Aussagen in den jeweiligen Ländern in Prozent.
Länderkürzel nach ISO-3166-1 ALPHA 3, vgl. www.laenderdaten.de

Quelle: Umfrage PALS, SCRIPTS.



Karoline Estermann ist Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Comparative Survey“ und Doktorandin in der Berlin Graduate School for Global and Transregional Studies (BGTS) im Exzellenzcluster SCRIPTS an der Freien Universität Berlin. karoline.estermann@fu-berlin.de

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

größeren Parteien, mit Ausnahme der Partei Die Linke, nahmen im Verlauf deutlich einwanderungsskeptischere Positionen ein. Dies gipfelte im Versuch des damaligen CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz, mithilfe der Stimmen der AfD noch vor dem Wahltermin einen Kurswechsel durchzusetzen. Kurz: Während in vielen anderen Politikbereichen sehr wenig Aktivität zu erkennen war, spielte Migration eine enorm wichtige Rolle in den öffentlichen Auseinandersetzungen vor der Wahl.

Umfragen von infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen in der Woche vor der Wahl und am Wahltag bestätigen dagegen den Eindruck, der sich auch in den PALS-Daten zeigt: Zuwanderung hat in den Köpfen der Bürger*innen bei Weitem nicht die Relevanz, wie politische Debatten und öffentliche Diskussion den Anschein erwecken. Laut Forschungsgruppe Wahlen waren die wichtigsten Themen für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2025 nicht etwa Flucht und Asyl (28 %), sondern Frieden und Sicherheit (51 %), Wirtschaft (40 %) und Soziale Gerechtigkeit (34 %). Bei infratest dimap wurde bei der Frage nach dem wichtigsten Motiv für die Wahlentscheidung von nur 15 Prozent der Befragten Zuwanderung genannt. Aus der gleichen Umfrage wird ersichtlich, dass sich zwar 55 Prozent der Deutschen Sorgen machen, dass „zu viele Fremde nach Deutschland kommen“. Das macht aber nur einen Platz im Mittelfeld der 15 abgefrag-

ten Sorgen aus. Deutlich mehr Sorgen machen sich die Menschen um stabile politische Verhältnisse, die Zukunft der Demokratie und des Rechtsstaates oder außenpolitische Fragen.

Ein zweiter Einwand gegen die Interpretation, dass Migration in den Augen der Bürger*innen keine große Bedrohung darstellt, könnte sein, dass andere Herausforderungen durch Migration entstehen oder verstärkt werden. Zum Beispiel werden Kriminalität, fehlende Investitionen in Bildung oder Infrastruktur und hohe Kosten des Wohlfahrts- und Gesundheitssystems häufig als Folge von Zuwanderung präsentiert – vor allem von Parteien aus dem rechten Spektrum, doch auch Parteien aus der Mitte übernehmen immer häufiger dieses Narrativ. In dieser Logik würden Bürger*innen zwar Kriminalität oder innere Sicherheit als große Herausforderung nennen, dahinter stünde aber die Einschätzung, dass diese Herausforderung primär als Konsequenz von Zuwanderung entsteht. Dies lässt sich mit Blick auf die Ergebnisse von PALS widerlegen: Befragte Personen konnten so viele Bedrohungen auswählen, wie für sie relevant waren. Wäre der Einwand korrekt, hätten Personen vermutlich zusätzlich Zuwanderung ausgewählt – was sie nicht taten. Die politische Verquickung von Immigration mit anderen Themen führt zu einem Missstand: Andere Herausforderungen werden möglicherweise überlagert und umdefiniert, schwerer wiegende Ursachen werden ausgeblendet.

Die Migrationsdebatte ist ein Beispiel dafür, wie Responsivität dysfunktional werden kann. Wenn Mandatsträger*innen verzerrten Wahrnehmungen folgen und Lautstärke und Wiederholung die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse übertönen, entspricht Politik nicht mehr den wahren Problemlagen. Nun wäre es naiv zu argumentieren, dass Migration keine Herausforderungen mit sich bringt oder niemandem Sorgen bereitet. Das Thema Migration wird von politischen Akteuren und im öffentlichen Diskurs aber bereits sehr ernst genommen – im Vergleich zu anderen Themen sogar zu sehr, zumindest wenn sich politisches Handeln an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientieren soll. So wird aus falsch informierter Responsivität ein demokratisches Defizit: Es besteht die Intention, der öffentlichen Meinung gerecht zu werden, doch die ist aus dem Blickfeld geraten.

„Im Vergleich zu anderen Themen“ ist hier allerdings ein sehr wichtiges Stichwort. Sicherlich finden sich auch Umfragen, aus denen gelesen werden kann, dass Zuwanderung eine gewichtigere Rolle für Bürger*innen besitzt. So weist auch die bereits angesprochene Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zur Bundestagswahl aus, dass 62 Prozent der Deutschen der Meinung sind, dass Deutschland „die vielen Flüchtlinge nicht mehr verkraften“ könne. Wie aufgezeigt, sehen Bürger*innen aber andere Bedrohungen als deutlich wichtiger an, wenn eben nicht nur nach Migrationsthemen gefragt wird. Politik kann nicht alle Herausforderungen gleichzeitig angehen, zeitliche und wirtschaftliche Ressourcen sind begrenzt. Wenn sich politische Akteure wahrhaftig an der öffentlichen Meinung orientieren wollen, scheint eine Verlagerung des Diskussions- und Handlungsfokus auf andere Themen unausweichlich.

Das Resultat falscher Responsivität ist eine Repräsentationslücke. Was in Deutschland mit dem Bemühen von Politik und Medien begann, die Sorgen der Pegida-Demonstrationen ernst zu nehmen, bedeutet heute eine Überrepräsentation einwanderungsskeptischer Positionen. Andere Themen, die in der Einschätzung der Bürger*innen bedrohlicher sind, kommen dadurch zu kurz. Das kann Unzufriedenheit verstärken.

Wenn wir allerdings täglich mit einem Thema konfrontiert werden, entsteht der Eindruck, dass dieses Thema wichtig ist. Dies kann gezielt

von politischen Akteuren genutzt werden, um eine Politisierung und in der Konsequenz auch eine Polarisierung voranzutreiben – vergleichbar mit den Prozessen, die Steffen Mau und Kollegen in ihrem Buch „Triggerpunkte“ beschreiben. Politisierung kann zu Polarisierung führen, die dann Politisierung neu rechtfertigt. Weltweit haben rechte Parteien die Zuwanderung als Reizthema instrumentalisiert. Sie profitieren, wenn das Vertrauen in etablierte politische Akteure und demokratische Prozesse schwindet. Ein zentrales Motiv dafür, diese Parteien zu wählen, ist der Eindruck, dass „Die da oben“ nicht die Interessen der Bürger*innen vertreten. Wenn in der Wahrnehmung Zuwanderung andere Bedrohungen hervorbringt, muss man die Zuwanderung stoppen, um eine Verbesserung in anderen Bereichen herbeizuführen. Natürlich ist eine solche Vereinfachung realitätsfremd. Trotzdem wird mit dieser Erzählung das Kernthema rechter Parteien ins Rampenlicht gerückt.

In vielen Ländern, gerade auch in Deutschland, ist eine Diskrepanz zwischen öffentlicher Meinung und öffentlichem Diskurs zu beobachten. Politische Akteure und Medien stehen in der Verantwortung, diese Diskrepanz zu verringern. Wenn es ihnen gelingt, andere Herausforderungen als Migration und Integration in den Mittelpunkt zu rücken – allen voran die ökonomische Ungleichheit –, könnte das einer weiteren Enttäuschung über das mangelhafte Funktionieren der repräsentativen Demokratie entgegenwirken. ●

Literatur

Forschungsgruppe Wahlen: Wahlanalyse zur Bundestagswahl: Warum Deutschland so gewählt hat. Mannheim 2025. Online: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bundestagswahl-2025-wahlanalyse-100.html> (Stand 15.04.2025).

Giebler, Heiko/Antoine, Lukas/Ollroge, Rasmus et al.: The „Public Attitudes towards the Liberal Script“ (PALS) Survey. Conceptual Framework, Implementation, and Data. SCRIPTS Working Paper, 2023 No. 33. Berlin: Cluster of Excellence 2055 „Contestations of the Liberal Script“ (SCRIPTS).

infratest dimap/tagesschau.de: Bundestagswahl 2025: Was waren die Hauptgründe für das Wahlergebnis? Berlin 2025. Online: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-aktuellethemen.shtml> (Stand 15.04.2025).

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp Verlag 2023.

Sicherheitsempfinden beeinflusst Wahlen

Das Dilemma der Progressiven in der Migrationspolitik

Spricht man über Migration, fällt oft der Begriff „Sicherheit“. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger äußern die Sorge, mit einer wachsenden Zahl von Zugewanderten nehme auch die Kriminalität zu. Wie beeinflusst diese Wahrnehmung Wahlentscheidungen? Vor welchen Herausforderungen stehen damit gerade progressive Parteien?

Jeyhun Alizade

Bei der diesjährigen Bundestagswahl mussten die Parteien der regierenden Koalition aus SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen deutliche Verluste hinnehmen. Im Vergleich zu ihren Koalitionspartnern verloren die Grünen zwar weniger Stimmen, auch sie verzeichneten aber einen spürbaren Rückgang in der Wählerunterstützung. In der öffentlichen Debatte wurden dabei vor allem die rund 700.000 Stimmen thematisiert, die von den Grünen zur Partei Die Linke gewandert sind. Weitgehend unbeachtet blieb dagegen, dass die Grünen auch rund 460.000 Wählerinnen und Wähler an die CDU/CSU verloren haben, die zudem mehr als 1,7 Millionen SPD-Stimmen für sich gewinnen konnte. Was erklärt diese signifikanten Wählerbewegungen von progressiven Parteien wie den Grünen und der SPD hin zu einer konservativen Kraft wie der CDU/CSU?

Anhand verschiedener Datensätze kann ich zeigen, dass dem Thema Sicherheit im Kontext von Migration das Wahlverhalten zunehmend beeinflusst. Kaum ein anderes Thema hat europäische Gesellschaften so geprägt wie

Migration. Ein häufig diskutierter Aspekt ist dabei der Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Kriminalität.

„Die Sorge, Zuwanderung könne Kriminalität fördern, hat auch progressive Wählerinnen und Wähler erreicht“

Zwar bestätigen die meisten wissenschaftlichen Studien keinen kausalen Zusammenhang zwischen Migration und höheren Kriminalitätsraten, doch medial stark präsente Kriminalfälle mit mutmaßlichen Tätern, deren Biografien durch Migration oder Flucht geprägt sind, können Ängste schüren – insbesondere die Angst, dass die eigene Stadt oder Nachbarschaft unsicherer wird. In Deutschland ist hier etwa an die Silvesternacht 2015/16 in Köln zu erinnern, in der es zu sexualisierten Übergriffen in größerem Umfang kam, oder an Straftaten durch sogenannte

Clans in Berlin und anderen Großstädten. Die Sorge, Zuwanderung könne Kriminalität fördern, hat auch progressive Wählerinnen und Wähler erreicht. Davon profitieren Parteien rechts der Mitte.

„Das Thema Kriminalität spricht existenzielle Ängste an, etwa um die körperliche Unversehrtheit“

Oft wird angenommen, dass Zuwanderung politisch stark polarisiert: Konservative und Rechte sind dagegen, akademisch gebildete, progressive Milieus stehen ihr offener gegenüber. Tatsächlich befürworten viele Progressive Multikulturalismus und sehen Zuwanderung weniger kritisch – nicht zuletzt, weil sie in der Regel nicht direkt mit Migrant*innen um Arbeitsplätze konkurrieren. Doch sobald Kriminalität in den Vordergrund rückt, reagieren auch progressive Wähler sensibel. Das Thema Kriminalität spricht existenzielle Ängste an, etwa um die körperliche Unversehrtheit. Es löst starke Emotionen wie Angst, Unsicherheit oder gar Todesfurcht aus. Zudem leben viele eher progressiv orientierte Menschen in Städten, wo die Kriminalitätsrate generell höher ist und lokale Medien regelmäßig über Straftaten berichten – häufig mit Bezug zu migrantischen Milieus, wie bei der sogenannten Clan-Kriminalität. Sorgen um die Sicherheit im Zusammenhang mit Migration dürften so auch in progressiven Wählerschichten verbreitet sein.

Meine Analyse von Umfragedaten aus 14 westeuropäischen Ländern mit mehr als 15.000 Wahlberechtigten belegt, dass der Unterschied zwischen linken und rechten Wählern kleiner ist als oft angenommen, wenn es um den Zusammenhang von Zuwanderung und Kriminalität geht. Selbst Wähler*innen grüner Parteien, die generell kaum kulturelle oder ökonomische Sorgen in Bezug auf Migration äußern, zeigen einen relativ hohen Grad an Besorgnis bei der Frage nach Kriminalität durch Zugewanderte.

Progressive Parteien stehen vor einem Dilemma: Einerseits müssen sie den genannten Befürchtungen innerhalb ihrer Wählerschaft gerecht werden. Andererseits stoßen sie mit Versuchen, stärker Ansätze von Law and Order zu vertreten, auf ideologischen Widerstand bei einer oftmals aktivistischen Basis, die den An-



Jeyhun Alizade forscht zu Migration, Kriminalität, Extremismus und politischem Verhalten. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. jeyhun.alizade@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

spruch vertritt, staatliche Repression einzudämmen. Bei einem sicherheitspolitischen Kurswechsel sehen sich linke Parteien zudem schnell dem Vorwurf von Diskriminierung oder Rassismus ausgesetzt.

„Bei einem sicherheitspolitischen Kurswechsel sehen sich linke Parteien schnell dem Vorwurf von Diskriminierung oder Rassismus ausgesetzt“

Ein aktuelles Beispiel für die explosive Kraft des Themas ist die Auseinandersetzung in der Berliner SPD über die Verwendung des Begriffs „Clan-Kriminalität“. Auf dem Parteitag 2020 forderten Teile der Landespartei ein Verbot des Begriffs, da dieser pauschal Menschen arabischer Herkunft stigmatisiere. Die damalige Regierende Bürgermeisterin und Landesvorsitzende der Berliner SPD Franziska Giffey stoppte den Antrag, doch die innerparteilichen Spannungen im Umgang mit Migration und Kriminalität waren nicht zu übersehen.

In meiner Studie verknüpfte ich die Umfragedaten mit Daten zu politischen Positionierungen von Parteien und stellte fest: Progressive Parteien in Europa geben Law-and-Order-Positionen deutlich weniger Gewicht als konservative Kräfte. Parteien rechts der Mitte profilie-

ren sich klar in diesem Bereich. In Deutschland etwa setzt die CDU/CSU seit Jahren auf ein sicherheitspolitisches Profil und scheut sich nicht, in ihrer Rhetorik Kriminalität und Migration zu verknüpfen. So fordert die Partei die Aberkennung der Staatsbürgerschaft für straffällige Doppelstaatler oder die sofortige Abschiebung von Straftätern und Gefährdern. Solche Forderungen wurden teilweise als verfassungswidrig kritisiert, könnten aber sogar bei progressiven Wähler*innen, die sich mehr Sicherheit wünschen, auf Zustimmung stoßen.

„Besonders nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht 2015/16 verschob sich der Diskurs von der Willkommenskultur hin zur vermeintlichen Sicherheitsgefahr“

Tatsächlich zeigt meine Analyse: Die Sorge, vermehrte Zuwanderung könne Kriminalität befördern, rückt auch ursprünglich progressive Wählerschichten mehr nach rechts. Eine Umfrage, bei der in den Jahren 2016/17 dieselben Menschen mehrfach befragt wurden, offenbarte deutliche Effekte: Unter Grünen-Wählern stieg die Wahlabsicht für die CDU/CSU um fast 5 Prozentpunkte, wenn ihre Sorge vor Kriminalität durch Geflüchtete in ihrer Gemeinde zunahm. Besonders nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht 2015/16 verschob sich der Diskurs von der „Willkommenskultur“ hin zur vermeintlichen Sicherheitsgefahr, die Geflüchtete für die heimische Bevölkerung darstellen.

In einer weiteren Umfrage mit 6.000 Teilnehmenden im Herbst 2023 habe ich untersucht, wie die Wählerschaft zur Abschiebung krimineller Ausländer steht – einer in den letzten Jahren oft diskutierten Maßnahme. Das Ergebnis war überraschend deutlich: 89 Prozent der Befragten befürworteten solche Abschiebungen. Noch überraschender: Selbst unter Grünen-Wählern lag die Zustimmung bei 82 Prozent.

Im Rahmen dieser Umfrage habe ich zusätzlich analysiert, wie sich die Haltung von politischen Kandidat*innen zur Abschiebung krimineller

Ausländer auf ihre Wahlchancen auswirkt. Dabei habe ich ein sogenanntes Conjoint-Experiment angewendet: Den Befragten wurden hypothetische Kandidat*innen von vier Parteien – den Grünen, der SPD, der CDU/CSU und der AfD – gezeigt. Die Kandidat*innen vertraten unterschiedliche Positionen, unter anderem bei der Frage der Abschiebung straffälliger Ausländer: Sie befürworteten entweder generell keine Abschiebungen, oder nur bei schweren Straftaten, oder bei jeglicher Straftat. Wie bei der Erststimme im deutschen Wahlsystem gaben die Befragten an, welchen Kandidaten sie wählen würden.

„Kandidaten der Grünen oder der SPD verloren über 20 Prozentpunkte Zustimmung, wenn sie Abschiebungen Straffälliger ablehnten“

Auch hier war das Ergebnis eindeutig: Kandidaten der Grünen oder der SPD verloren über 20 Prozentpunkte Zustimmung, wenn sie solche Abschiebungen ablehnten – selbst bei ihren eigenen Anhängern. Umgekehrt konnten Kandidat*innen von CDU/CSU selbst unter progressiven Wählern rund 10 Prozentpunkte gewinnen, wenn sie eine harte Linie vertraten. Auch Kandidat*innen der AfD konnten durch strengere Positionen bei Abschiebungen straffälliger Ausländer fast 3 Prozentpunkte bei Wähler*innen der SPD zulegen.

„Die CDU/CSU könnte durch allzu konservative Positionen potenzielle Wechselwähler wieder verlieren“

Die Ergebnisse unterstreichen, wie schwierig das Themenfeld Kriminalität und Migration für progressive Parteien ist. Zeigen sie keine klare Haltung, können sie Wähler an konservative oder zum Teil auch rechtspopulistische Parteien verlieren. Gleichzeitig sind sie in ihrer Programmatik Werten wie Integration und Solidarität verpflichtet. Konservative Parteien wiederum könnten ab einem be-

stimmten Punkt progressive Wähler abschrecken, die grundsätzlich multikulturell eingestellt sind. Die CDU/CSU etwa verknüpft Kriminalität regelmäßig mit kulturellen Merkmalen von Migrant*innen, zum Beispiel als Friedrich Merz nach den Silvesterkrawallen 2022/23 in Berlin von „kleinen Paschas“ sprach. Auch bei anderen soziokulturellen Fragen wie der Gleichstellung der Geschlechter oder LGBTQ-Rechten vertreten vor allem Wähler*innen der Grünen liberale Positionen – hier könnte die CDU/CSU durch allzu konservative Positionen potenzielle Wechselwähler wieder verlieren.

„Strukturelle Ursachen von Kriminalität wie Armut oder soziale Ausgrenzung sind politisch schwerer zu vermitteln“

In meinem Experiment habe ich daher zusätzlich getestet, wie sich konservative Positionen der CDU/CSU – beispielsweise die Zuschreibung kultureller Ursachen für migrantische Kriminalität oder die Ablehnung der Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare – auf die Attraktivität ihrer Law-and-Order-Politik für progressive Wählerschichten auswirken. Überraschenderweise haben solche Positionen kaum Einfluss: Offenbar überlagert die Furcht vor Kriminalität im Kontext von Migration andere ideologische Differenzen.

Sollten progressive Parteien also eine härtere Linie bei migrantischer Kriminalität verfolgen? Das könnte eine Strategie sein. Doch die Gefahr ist groß, damit den internen Streit zu fördern. Verwiesen sei etwa auf den umstrittenen „10-Punkte-Plan für mehr Sicherheit“, den der Grünen-Kanzlerkandidat Robert Habeck im diesjährigen Wahlkampf vorlegte. Hinzu kommt, dass viele Law-and-Order-Maßnahmen eher symbolischen Charakter haben und Kriminalität nicht effektiv bekämpfen. Kriminologen betonen, dass Kriminalität strukturelle Ursachen wie Armut oder soziale Ausgrenzung migrantischer Communitys hat, die zu bearbeiten sind. Diese Themen sind allerdings politisch viel schwerer zu vermitteln.

Gleichzeitig sollte auch die CDU/CSU die Grenzen ihrer Strategie bedenken. Ihre zunehmende Annäherung an die AfD – sichtbar etwa in der Bundestagsabstimmung vom 29. Januar – könnte potenzielle Wechselwähler aus dem progressiven Lager abschrecken. Bei der diesjährigen Bundestagswahl hat diese Entwicklung womöglich eine Gegenmobilisierung ausgelöst, von der insbesondere Die Linke profitierte, die diese Annäherung am klarsten kritisierte. ●

Die Studie „The Electoral Politics of Immigration and Crime“ von Jeyhun Alizade erscheint im American Journal of Political Science und ist als Preprint verfügbar: https://osf.io/preprints/osf/h967e_v2.

Wirkungsvolle Proteste

Wie antirassistische Demonstrationen Wahlen beeinflussen

Weltweit gehen Menschen gegen Rassismus auf die Straße. Doch können diese Proteste tatsächlich etwas bewirken? Am Beispiel verschiedener Wahlen in Deutschland zeigen Meret Stephan und Lennart Schürmann, dass progressive Parteien durchaus an der Urne von den Demonstrationen profitieren konnten – mit einer Ausnahme.

Meret Stephan und Lennart Schürmann

Migration war eines der prägenden Themen im Bundestagswahlkampf 2025. Das Thema dominiert auch in vielen anderen Ländern seit Jahren die öffentliche Debatte und trägt maßgeblich zum wachsenden Erfolg rechtsextremer Parteien bei. Zugleich geht die Politisierung von Migration häufig mit einer Zunahme rassistischer Vorfälle einher: Ein Beispiel ist der Anschlag von Hanau am 19. Februar 2020, bei dem ein rassistisch motivierter Extremist neun Menschen mit Migrationsgeschichte ermordete. Ein anderes Beispiel ist das Treffen rechtsextremer Akteur*innen, darunter auch AfD-Mitglieder, im Januar 2024, die die gezielte Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland planten, wie das Rechercheportal „Correctiv“ aufdeckte.

Doch solche rassistischen Vorfälle lösen oft auch eine Gegenbewegung in der Zivilgesellschaft aus. Das zeigen die antirassistischen Protestwellen, die auf den Terroranschlag in Hanau und das Bekanntwerden der „Massendeportationspläne“ folgten: Hunderttausende Menschen demonstrierten nach diesen Vorfällen gegen Rassismus und für eine offene Gesellschaft. Gleichzeitig fragten viele: Was bewirken diese Proteste konkret? Können sie das Wahlverhalten von Menschen beeinflussen? Führen antirassistische Proteste wirklich zu weniger Stim-

men für migrationskritische Parteien und zu mehr Stimmen für Parteien, die sich positiv zur Migration positionieren? Um das herauszufinden, haben wir die Auswirkungen der antirassistischen Protestbewegungen nach den beiden Vorfällen auf konkrete Wahlen angeschaut.

Dafür haben wir die Wahlergebnisse der Kreise und Kreisfreien Städte (401 in ganz Deutschland) für die Bundestagswahl 2021 und die Europawahl 2024 ausgewertet und uns einerseits auf die Stimmenanteile der AfD und andererseits die Stimmenanteile von Bündnis 90/Die Grünen fokussiert. Unsere statistischen Modelle berücksichtigen, dass sich verschiedene Kreise bereits vor den Protesten in ihrem Wahlverhalten unterschieden und dass es Entwicklungen im Zeitverlauf gibt, die alle Kreise betreffen. Hierzu gehört beispielsweise der generelle Stimmenzuwachs der Grünen bei der Bundestagswahl 2021. Zudem beachten wir weitere in der Forschung etablierte Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten wie die wirtschaftliche Lage oder die Altersstruktur eines Kreises.

Im ersten Schritt betrachten wir die Proteste nach dem Hanauer Terroranschlag und deren Effekte auf die Bundestagswahl 2021. Hier zeigt sich, dass die AfD in Kreisen mit mindestens einem antirassistischen Protest circa einen Pro-

zentpunkt weniger Stimmen erhielt als in Kreisen, in denen keine Proteste stattfanden. Dies erscheint zunächst wenig. Bei einem bundesweiten Stimmenanteil der AfD von circa 10 Prozent bei der Bundestagswahl 2021 und angesichts einer 5-Prozent-Hürde, an der auch eine etablierte Partei wie die FDP scheitert, ist ein Prozentpunkt jedoch ein beachtlicher Anteil. Die Grünen hingegen profitierten 2021 deutlich von der antirassistischen Mobilisierung. Sie gewannen circa 2,2 Prozentpunkte zusätzlich in den Kreisen, in denen Proteste stattfanden. Auch das ist bei einem bundesweiten Stimmenanteil von knapp 15 Prozent ein beachtlicher Anteil. Unsere weiterführenden Analysen zeigen, dass sich die Effekte der Demonstrationen verstärkten, wenn sie häufiger stattfanden und wenn mehr Menschen demonstrierten.

„Die Grünen gewannen 2021 circa 2,2 Prozentpunkte in den Kreisen, in denen Proteste stattfanden“

Ein etwas anderes Bild zeigt die Auswertung der Europawahl 2024: Wir haben die Effekte der Proteste analysiert, die eine Reaktion auf das Bekanntwerden der rassistischen „Massendeportationspläne“ waren. Die migrationskritische AfD verlor erneut knapp einen Prozentpunkt an Stimmen in Kreisen, in denen Proteste stattfanden. Die Grünen jedoch konnten bei der Europawahl 2024 nicht mehr von der antirassistischen Protestmobilisierung profitieren.



Lennart Schürmann ist Post-Doktorand am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung von WZB und Freier Universität Berlin. Er forscht zu den politischen Effekten von Protest und zu politischem Wandel. lennart.schuermann@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.



Meret Stephan ist Doktorandin am European University Institute in Florenz. Sie promoviert zu migrationsbezogenen Protesten und politischem Verhalten. Meret.Stephan@eui.eu

Foto: © EUI, alle Rechte vorbehalten.

In Kreisen mit mindestens einem antirassistischen Protest unterschieden sich die Wahlergebnisse der Grünen nicht von Kreisen ohne Proteste. Eine mögliche Erklärung für diese Entwicklung ist, dass die Grünen ihre migrationsfreundliche Position in ihrer Regierungszeit von 2021 bis 2024 verändert haben. So haben sie beispielsweise die viel kritisierte sogenannte Bezahlkarte für Asylsuchende unterstützt, was auch innerhalb der Partei zu Kritik geführt hat. Dadurch scheinen die Grünen zumindest teilweise ihren Status als parlamentarische Verbündete der Antirassismus-Bewegungen verloren zu haben.

„International gilt: Proteste können die Wahlergebnisse von Parteien stärken, die sich explizit für eine offene Gesellschaft einsetzen“

Studien aus den USA, Griechenland, Italien oder Frankreich zeigen vergleichbare Effekte zu den Befunden für Deutschland. Hierbei stehen zwar oft Proteste gegen Rechtsextremismus und weniger explizit antirassistische Proteste im Vordergrund. Die Ergebnisse der Studien deuten allerdings in dieselbe Richtung wie unsere: Proteste können die Wahlergebnisse der extremen Rechten schwächen und Wahlergebnisse von Parteien stärken, die sich explizit für eine offene Gesellschaft einsetzen. Protestieren ist



Düsseldorf, 27. Januar 2024. Mindestens 100.000 Menschen demonstrieren gegen die AfD. Foto: © Roland Geisheimer/attenzione/Agentur Focus, alle Rechte vorbehalten.

nicht nur ein Mittel zur Selbstdarstellung oder Selbstvergewisserung von Menschen, die ohnehin gleicher Meinung sind. Es mobilisiert tatsächlich Menschen, sich gegen Rassismus und

Rechtsextremismus zu positionieren. Diese Mobilisierung ist umso stärker, je öfter die Proteste stattfinden und je mehr Menschen auf die Straße gehen. ●

Literatur

Caren, Neal/Andrews, Kenneth T./Nelson, Micah H.: „Black Lives Matter Protests and the 2020 Presidential Election“. In: *Social Movement Studies*, 2023, Jg. 24, H. 3. DOI: 10.1080/14742837.2023.2216652.

Colombo, Francesco/Ferrara, Alessandro/Dinas, Elias/Vassou, Foteini-Maria/Bernardi, Fabrizio: „From the Streets to the Voting Booth: The Electoral Effect of Grassroots Mobilization Against the Far Right“. In: *Public Opinion Quarterly*, 2024, Jg. 88, H. 3. DOI: 10.2139/ssrn.3826965.

Ellinas, Antonis A./Lamprianou, Iasonas: „Movement Versus Party: The Electoral Effects of Anti-Far Right Protests in Greece“. In: *American Political Science Review*, 2024, Jg. 118, H. 2. DOI: 10.1017/S0003055423000588.

Lagios, Nicolas/Méon, Pierre-Guillaume/Tojerow, Ilan: „Media, Spillovers, and Social Norms: The Electoral Impact of Anti-Far Right Protests in the 2002 French Election“. In: *The Economic Journal*, 2025. DOI: 10.1093/ej/ueaf001.

Stephan, Meret/Schürmann, Lennart: *How Anti-Racist Protests Influence Pro- and Anti-Migration Voting Behavior: Evidence from National and European Elections*. WZB Discussion Paper ZZ 2025–601. Berlin: WZB 2025.

©/i Der Text ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Digitale Kontrolle

Biometrische Internetfahndung fordert die Demokratie heraus

Im September 2024 präsentierte die damalige Bundesregierung ein neues Sicherheitspaket. Es beinhaltete erweiterte Befugnisse für Behörden, biometrische Gesichtserkennung und strengere Asylregeln. Auch die neue Regierung plant Gesetze, die Maßnahmen zur Eingrenzung von Migration und innere Sicherheit verknüpfen. Unter dem Vorwand der Terrorabwehr rücken Überwachungstechnologien zunehmend ins Zentrum politischer Steuerung – eine Entwicklung mit weitreichenden Auswirkungen auf die demokratische Gesellschaft.

Alissa Theresa Steer

Am 23. August 2024 erschütterte ein Messerangriff in Solingen die Öffentlichkeit: Ein abgelehnter Asylbewerber tötete drei Menschen und verletzte acht weitere. Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ reklamierte die Tat für sich. In den Tagen danach überschlugen sich die politischen Reaktionen. Die Debatte wurde von Forderungen nach schnelleren Abschiebungen und einem härteren Vorgehen gegen sogenannte Gefährder und gegen den islamistischen Extremismus bestimmt.

In diesem aufgeheizten Klima präsentierte die Bundesregierung kurze Zeit später ihr neues Sicherheitspaket, bestehend aus zwei Gesetzentwürfen: einem zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems und einem zur Terrorismusbekämpfung. Beide Entwürfe beziehen sich explizit auf den Vorfall in Solingen; sie sehen weitreichende Verschärfungen vor. Schnellere Rückführungen an den Grenzen, die leichtere Aufhebung des Schutzstatus für anerkannte Geflüchtete, Kürzungen von Sozialleistungen für Schutzsuchende oder ein

strengeres Waffenrecht sind nur einige der Maßnahmen, die starke Kritik von Menschenrechtsorganisationen hervorbrachten.

Besonders umstritten ist die Einführung der biometrischen Internetfahndung bei Verdachtsfällen im Gesetzentwurf zur Terrorismusbekämpfung. Ermittlungsbehörden, Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sollen demnach künftig Gesichter und Stimmen aus dem Internet und sozialen Medien oder Nachrichtenportalen automatisiert mit bestehenden polizeilichen Datenbanken abgleichen können. Die Bundesregierung betont, die Maßnahmen seien mit dem EU-Recht zum Datenschutz und dem EU-Gesetz zu künstlicher Intelligenz (AI Act) vereinbar. So ist der Einsatz im öffentlichen Raum nur unter bestimmten Bedingungen erlaubt. Für Strafverfolgung und den Schutz der „nationalen Sicherheit“ gibt es aber explizite Ausnahmen.

Eine biometrische Internetfahndung in Deutschland bedeutet de facto, dass eine staat-

liche biometrische Datenbank aus allen öffentlich verfügbaren Gesichtern geschaffen wird, jedoch ohne Einwilligung der Betroffenen. Kritiker*innen warnen vor einer umfassenden Überwachungsinfrastruktur, die Grundrechte und demokratische Teilhabe massiv beeinträchtigen könnte. Deshalb haben sich verschiedene Organisationen in Deutschland zur Initiative „Gesichtserkennung Stoppen“ zusammengeschlossen. In ihrer Stellungnahme weisen sie darauf hin, dass der Einsatz solcher Technologien die informationelle Selbstbestimmung gefährde und ein hohes Missbrauchs- und Diskriminierungspotenzial berge – ganz abgesehen von der technischen Fehleranfälligkeit.

Solche digitalen Kontrolltechnologien sind keineswegs ein neues Instrument staatlicher Migrationssteuerung. Seit den Fluchtereignissen im Jahr 2015 greift der deutsche Staat vermehrt auf digitale Mittel zurück. Insbesondere in Asylverfahren kommen Systeme wie Gesichtserkennung und automatisierte Identifikation zum Einsatz – wie etwa testweise an den Grenzen bei Görlitz und Zittau. Dabei fungieren die Technologien nicht nur als Instrument der Steuerung, sondern auch als Mittel symbolischer Politik. Angesichts migrationsfeindlicher Diskurse und wachsender öffentlicher Skepsis über eine erodierende staatliche und behördliche Sicherheitsordnung setzen Regierungen auf digitale Systeme, um Handlungsfähigkeit und Kontrolle zu demonstrieren – nach innen wie nach außen. Es werden weniger konkrete Probleme gelöst als vielmehr staatliche Souveränität inszeniert: Der Einsatz solcher Technologien vermittelt das Gefühl, Migration sei umfassend kontrollierbar.

All dem geht eine diskursive Konstruktion von Grenzen voraus – zwischen „uns“ und „den Anderen“, zwischen dem vermeintlich geordneten „Innen“ und einem bedrohlich imaginierten „Außen“. Migration erscheint zunehmend als Störung einer homogenen gesellschaftlichen Ordnung. Der Schutz dieser Ordnung rechtfertigt restriktive Maßnahmen wie Identifikation von Menschen, Ausschluss und Rückführung. Digitale Technologien übernehmen dabei eine zentrale Rolle; sie suggerieren Effizienz, Objektivität und Alternativlosigkeit. Diese technisierte Form der Kontrolle verdeckt allerdings, dass technische Systeme keineswegs neutral sind, sondern aktiv zur



Alissa Theresa Steer ist Masterstudentin im Fach Medien und politische Kommunikation an der Freien Universität Berlin und als studentische Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung tätig. alissa.steer@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Reproduktion von Ungleichheit und Ausgrenzung beitragen.

In der Migrationsdebatte zeigt sich eine zentrale Spannung innerhalb liberaler Demokratien: Diese berufen sich normativ auf Werte wie Offenheit, Gleichheit und individuelle Freiheit, ihre politischen Praktiken beruhen aber auf Ausschlussmechanismen, die Zugehörigkeit und Ordnung sichern sollen. Migration kann so als Bedrohung gesehen werden, als ökonomischer Nutzen oder aber als moralische Verantwortung. Insbesondere dann, wenn Migration zur Gefahr für die nationale Sicherheit erklärt wird, verschiebt sich der Fokus von ethisch-rechtlichen Fragen hin zu sicherheitspolitischen Argumentationen.

Wie die Debatte um das Sicherheitspaket sichtbar macht, kann eine solche sicherheitszentrierte Perspektive tiefgreifende Eingriffe in die Grundrechte durch den Ausbau technischer Kontrollregime legitimieren. Der „illegale Migrant“ wird in solchen Diskursen zur unsichtbaren, potenziell gefährlichen Figur stilisiert, die mittels biometrischer Identifikationsverfahren, Datenbankvernetzungen und algorithmischer Überwachungssysteme kontrolliert werden soll. Diese Hilfsmittel versprechen einen Effizienzgewinn im administrativen Bereich – für Menschen auf der Flucht bergen sie enorme Gefahren, insbesondere an den europäischen Außengrenzen.

Emotion Joy (98%)

Dark Hair (87%)

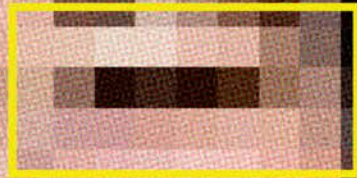
„Algorithmische Begegnungen“: Ein Kunstprojekt legt
KI-generierte Anmerkungen über Alltagsfotoserien – hier
„Gefühl: Freude“. Bild von Elise Racine / [https://betterima-
gesofai.org/](https://betterimagesofai.org/) / <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Right Eye (91%)



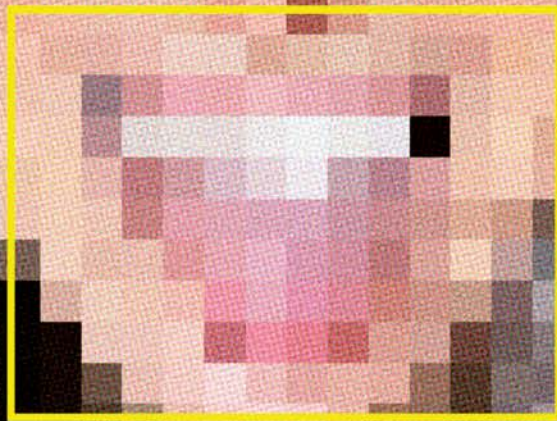
Left Eye (94%)



Ear (27%)



Mouth - Smiling (90%)



Uncertain Feature

Der Aufbau eines solchen Überwachungsökosystems ist als „Versicherheitlichung“ zu be- greifen. Forscher*innen der Internationalen Beziehungen beschreiben mit diesem Begriff einen Prozess, durch den bestimmte Themen oder Gruppen als existenzielle Bedrohungen konstruiert werden, um so besonders dringliche und außerordentliche Maßnahmen zu legiti- mieren. Vor diesem Hintergrund sind die geplanten Maßnahmen des Sicherheitspakets besonders brisant, da sie nicht nur einen natio- nalen Vorstoß darstellen, sondern auch den Weg zu einem EU-weiten Netzwerk von Ge- sichtsmerkungsdatenbanken ebnen können.

Nach den ersten Beratungen des neuen Si- cherheitspakets im Bundestag und den zu- ständigen Ausschüssen wurden einzelne Maß- nahmen abgeschwächt – etwa die ursprüng- lich weitreichend geplante biometrische Internetfahndung. Aufgrund verfassungs- rechtlicher Bedenken und anhaltender Kritik von Datenschützer*innen sowie zivilgesell- schaftlichen Organisationen wurde ihr Einsatz schließlich auf besonders schwere Straftaten beschränkt. Obwohl der Bundestag den Geset- zesvorhaben mit großer Mehrheit zustimmte, scheiterte das Gesetz zur Terrorismusbe- kämpfung im Bundesrat – allerdings nicht wegen Datenschutzbedenken, sondern weil

der CDU/CSU die Änderungen nicht weit ge- nug gingen.

Die Union fordert mittlerweile eine noch um- fassendere Ausweitung staatlicher Überwa- chungsbefugnisse, darunter auch die Vorrats- datenspeicherung. Die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat bereits angekündigt, noch im Jahr 2025 einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen. Umstrittene Instrumente wie die biometrische Internetfahndung könnten damit erneut auf die politische Agenda rücken.

Das deutsche Sicherheitspaket zeigt exempla- risch, wie sich unter dem Vorwand von Effizi- enz und Prävention das Verhältnis zwischen staatlicher Macht und Grundrechten ver- schiebt. Migration fungiert dabei als Projekti- onsfläche für sicherheitspolitische Ängste, während digitale Technologien eine zentrale – oft unsichtbare – Rolle in der Etablierung au- toritärer Steuerungsmechanismen einneh- men. In meiner Masterarbeit gehe ich der Frage nach, wie digitale autoritäre Instrumen- te in demokratischen Systemen legitimiert werden. Diese Entwicklung muss kritisch begleitet werden. Denn was heute an den Rändern der Gesellschaft erprobt wird, kann morgen zum politischen und gesellschaftli- chen Normalzustand werden. ●

Literatur

Bigo, Didier: „Security and Immigration: Toward a Critique of the Governmentality of Unease“. In: *Alternatives: Global, Local, Political*, 2002, Jg. 27, H. 1, S. 63–92. DOI: 10.1177/03043754020270S105.

Broeders, Dennis/Hampshire, James: „Dreaming of Seamless Borders: ICTs and the Pre-Emptive Govern- ance of Mobility in Europe“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 2013, Jg. 39, H. 8, S. 1201–1218. DOI: 10.1080/1369183X.2013.787512.

Buonfino, Alessandra: „Between Unity and Plurality: The Politicization and Securitization of the Discourse of Immigration in Europe“. In: *New Political Science*, 2004, Jg. 26, H. 1, S. 23–49. DOI: 10.1080/0739314042000185111.

Campbell, Zach/Jones, Chris: „Leaked Reports Show EU Police Are Planning a Pan-European Network of Facial Recognition Databases“. In: *The Intercept*, 1.02.2020. Online: <https://theintercept.com/2020/02/21/eu-facial-recognition-database/> (Stand 4.06.2025).

Molnar, Petra: *Technological Testing Grounds. Migration Management Experiments and Reflections from the Ground Up*. 2020. Online: <https://edri.org/wp-content/uploads/2020/11/Technological-Testing-Grounds.pdf> (Stand 2.06.2025).

Veranstaltungen

4. Juli 2025

Was wirklich hilft: Strategien der Zivilgesellschaft im Umgang mit der extremen Rechten

Diskussion

Die extreme Rechte stellt eine wachsende Bedrohung für unsere Demokratie dar, nicht nur durch öffentliche Hetzkampagnen und Gewalt, sondern auch durch gezielte Angriffe auf zivilgesellschaftliche Organisationen. Dies betrifft eine Vielzahl von Akteuren, von Sportvereinen über die freiwillige Feuerwehr bis hin zu Migrant*innen- und Umweltorganisationen. Umso wichtiger ist es, über Strategien nachzudenken, die tatsächlich wirksam sind. Im Rahmen unseres Forschungsprojekts „Wirksam gegen Rechtsaußen“ möchten wir zentrale Ergebnisse vorstellen und diese mit Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutieren. Gemeinsam werden wir ergründen, welche Handlungsansätze langfristig erfolgreich sind und welche politischen sowie institutionellen Rahmenbedingungen notwendig sind, um die Zivilgesellschaft zu stärken.

Das Programm umfasst neben einem einführenden Trickfilm und einem Input zu zentralen Forschungsbefunden eine Podiumsdiskussion. Ort: CELGARTEN, Schleusenufer 1, Berlin.

*Veranstalter*in: Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung, WZB und Freie Universität Berlin;*

Informationen bei: Dr. Teresa Völker,

E-Mail: teresavoelker@wzb.eu

July 9, 2025

Does the USA Really Need States?

Hybrid Book Talk

Professor Stephen E. Legomsky will present his controversial book “Reimagining the American Union: The Case for Abolishing State Government” (Cambridge University Press 2025). The

book argues that the U.S. states are the root cause of many of the gravest threats to American democracy, as well as a needless waste of taxpayer money. It goes on to examine every one of the offsetting benefits that federalism has ever been claimed to provide, concluding that each of those claimed benefits could be achieved at least as well, and usually better, by the tens of thousands of local governments. The first book ever to argue for abolishing the U.S. states, it concludes with a blueprint for a new, unitary American republic and a new meaning of “E Pluribus Unum.” The event will be moderated by Liav Orgad, Visiting Research Professor International Citizenship Law.

Organizer: Prof. Liav Orgad; information: Miriam-Hannah Emde, E-mail: miriam.emde@wzb.eu

September 15/16, 2025

re:constitution Rule of Law Conference 2025

Conference

Long held principles and views about the regulatory and guiding power of the law are put in question in and outside Europe. Re:constituting and upholding values of democracy, rule of law and human rights seems to be a central task beyond legal frameworks and political power dynamics. The conference brings together the re:constitution network with scholars and practitioners of the wider rule of law community in and around Europe to share questions, ideas and expertise on the state and future of democracy and the rule of law.

Organizer: Research Department Global Governance together with re:constitution – Exchange and Analysis on Democracy and the Rule of Law in Europe; information: Kristina Schoenfeldt, E-mail: kristina.schoenfeldt@wzb.eu; reconstitution@trafo-berlin.de

Mehr: www.wzb.eu/de/veranstaltungen

Personen

Gäste

Prof. **Stephen Benard** Ph.D. ist im Juni und Juli Gast der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. Er ist Associate Professor am Department of Sociology der Indiana University Bloomington und forscht zu Beziehungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen.

Prof. **Elizabeth Bruch** Ph.D. wird als Karl W. Deutsch-Gastprofessorin von August bis Dezember 2025 am WZB sein. Sie ist Associate Professor of Sociology and Complex Systems und Associate Research Professor am Institute for Social Research der University of Michigan sowie Associate Director des Michigan Institute for Data Science.

Prof. **Youngjoo Cha** Ph.D. ist im Juni und Juli Gastwissenschaftlerin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Sie ist Associate Professor of Sociology an der Indiana University Bloomington.

Prof. **Antonis A. Ellinas** ist im Juli 2025 Gastwissenschaftler am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er ist Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften und Bildung an der Universität Zypern und hat seinen Ph.D. an der Princeton University erworben.

Dominik Flügel, Doktorand an der Universität Genf, ist im Juli und August Gastwissenschaftler in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Seine aktuelle Forschung befasst sich mit den anhaltenden Auswirkungen der deutschen Antisozialistengesetze (1878-1890).

Roshan Kumar Pandian, Assistant Professor of Sociology an der Southern Methodist University (Dallas), wird von August bis November 2025 Gastwissenschaftler der Forschungsprofessur Global Sociology sein. Seine aktuelle Forschung befasst sich mit wirtschaftlicher Ungleichheit, Globalisierung und Geschlechterrollen.

Daniel López Roche, Mitglied der Abteilung für Angewandte Soziologie an der Universidad Complutense Madrid, ist im Juni und Juli Gast

am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er promoviert in Soziologie und Anthropologie über die Normalisierung der extremen Rechten.



Oscar Maria Stuhler, Assistant Professor of Sociology an der Northwestern University, wird bis September als Gastwissenschaftler in der Abteilung Global Governance sein. Er befasst sich mit politischen Diskursen populistischer und autoritärer Akteure.

Tong Wu, Doktorandin an der Shanghai Jiao Tong University, ist von September bis November 2025 Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Global Governance. Derzeit forscht sie zum Thema „The Exercise of Power, Governance Complexity and the Autonomy of International Organizations“.

Ehrungen / Preise

Prof. Dr. h.c. **Jutta Allmendinger** Ph.D. wurde mit dem August-Bebel-Preis ausgezeichnet. Der Preis würdigt ihr Eintreten für soziale Gerechtigkeit als Soziologin, Autorin, Forschungsmanagerin und politische Beraterin.

Dr. **Johannes Gerschewski** wurde in das Heisenberg-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) aufgenommen. In seinem auf fünf Jahre angelegten Forschungsprojekt „Democratic Self-Defense in Times of Autocratization“ untersucht er Strategien liberaler Demokratien, sich dem globalen Trend der Autokratisierung entgegenzustellen.

Promotionen

Carla Hornberg hat im April ihre Dissertation „Why Is Education Key? The Role of Labor Market Allocation for the Education-Training Relationship in International Comparison“ an der Freien Universität Berlin verteidigt. In ihrer Arbeit untersucht sie, warum die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung mit dem formalen Bildungsabschluss ansteigt.

Mitarbeitende

Dr. **Sabrina Apicella** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. Im Forschungsprojekt „Worker Voice at Amazon Warehouses“ forscht sie zum Thema Mitbestimmung im Unternehmen Amazon mit qualitativen Fallstudien aus den USA, Italien und Deutschland.

Greta Groß ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung und arbeitet im MOTRA-Projekt (WZB Protest-Monitoring). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der politischen Kommunikation, politischen Psychologie sowie Prozessen der (De-)Polarisierung.

Dr. **Tanja Herklotz LL.M.** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext Sozialer Ungleichheiten. Ihre Forschungsschwerpunkte sind öffentliches Recht, Sozialrecht, Rechtssoziologie und Rechtsvergleichung. In ihrem aktuellen Forschungsprojekt befasst sie sich damit, wie Verfassungssysteme weltweit das Thema Armut verhandeln.



Dr. **Naama Lutz** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung und arbeitet im MOTRA-Projekt zu Radikalisierung. Sie promovierte an der Hebrew University of Jerusalem zum Thema

„Naming and Shaming“ in der transnationalen Interessenvertretung mit Fokus auf die BDS-Bewegung. Am WZB untersucht sie die Schnittstellen von Antisemitismus, islamischem Radikalismus und Islamophobie.

Tae Kyeong Meixner-Yun ist seit Mai Postdoktorand in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Er ist Teil des Projekts „Unequal Trajectories: Spatial Dynamics in Refugees' Multidimensional Integration“. Zuvor arbeitete er am European University Institute (EUI).

Dr. **Marcus Kölling** ist seit dem 15. Mai 2025 der administrative Geschäftsführer des WZB. Er folgt



auf Ursula Noack und bildet gemeinsam mit WZB-Präsidentin Nicola Fuchs-Schündeln die Geschäftsführung des Instituts. Der

Wirtschaftswissenschaftler bringt langjährige Erfahrungen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Hochschulmanagement mit. Von 2021 bis 2025 war er Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Instituts (HPI) in Potsdam und zuvor Kanzler und kaufmännischer Geschäftsführer der HHL Leipzig Graduate School of Management. „Das WZB steht für exzellente sozialwissenschaftliche Forschung, die weit über die Wissenschaft hinauswirkt. Ich freue mich sehr darauf, die organisatorische und strategische Weiterentwicklung des Instituts mit zu verantworten“, sagt Marcus Kölling.

Alexander Pries ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Promotionsstudent am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Seine Forschungsinteressen sind die Mobilisierung neuer politischer Identitäten und die Rolle der Zivilgesellschaft in der Neusortierung der sozialen und politischen Landschaft in Europa.

Claudia Roth, stellvertretende Leiterin der Abteilung Kommunikation, verlässt das WZB nach 21 Jahren. Ab Juli leitet sie den Bereich Wissenschaftsunterstützung und Kommunikation am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner.

Adam Schmeckthal ist seit April Vorsitzender des Betriebsrats am WZB. Er ist Mitarbeiter der Abteilung Wissenschaftliche Information und folgt auf **Udo Borchert**, der von 2014 bis 2025 Vorsitzender des Betriebsrats war.

Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Daten und Werte

Lea Schneidemesser, Florian Butollo

Vom „Öl des 21. Jahrhunderts“ wird gesprochen, wenn es um Daten geht. Internet und KI haben die „vierte industrielle Revolution“ eingeleitet, zentral für die Wertschöpfung sind jetzt immense Mengen an Daten. Welche Rolle genau spielen diese Datenströme? Und vor allem: Führen sie tatsächlich zu einer Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen einiger weniger Monopolisten? 88 Interviews mit Praktikern und Expertinnen geben eher eine vorsichtige Entwarnung: Die Schaffung immaterieller Werte in der Datenindustrie ist eine Fortschreibung der alten Wertschöpfungsketten. Dabei spielen viele unterschiedliche Akteure auf unterschiedlichen Ebenen eine Rolle, es zeigt sich das Bild einer kompetitiven Arbeitsteilung.

Lea Schneidemesser/Florian Butollo: „Unraveling the Role of Data in Industrial Value Chains“. In: Review of Political Economy, 2025. DOI: 10.1080/09538259.2024.2431504.

Wer wählt die AfD in den Städten?

Katja Salomo, Marcel Helbig, Susanne Marquardt

Die Frage, warum und in welchen Wohngebieten die Alternative für Deutschland bei Wahlen erfolgreich ist, hat nichts an Dringlichkeit verloren, seit die Partei im Jahr 2017 erstmals in den Deutschen Bundestag einzog. Katja Salomo, Marcel Helbig und Susanne Marquardt haben Daten der Bundestagswahlen von 2014 und 2017 aus 34 der größten deutschen Städte betrachtet. Eindeutig ist, dass wirtschaftliche Armut die Zuwendung zur AfD begünstigt, während mehr Kontakt zwischen verschiedenen Ethnien, also ein höherer Anteil von Ausländer*innen in einer Wohngegend, AfD-Stimmen

reduziert. Wie aber die wirtschaftliche Situation und das Zuwanderungsgeschehen in einer Nachbarschaft zusammenwirken, hängt von verschiedenen Faktoren ab, etwa davon, wie viele Migrant*innen oder Geflüchtete ursprünglich dort ansässig waren oder ob die Stadt als ganze eher stark von Segregation geprägt ist.

Katja Salomo/Marcel Helbig/Susanne Marquardt: „Radical Right–Wing Support among Urban Voters in Germany: Disentangling the Roles of Immigration, Immigration History, Segregation, and Poverty in the Neighborhood“. In: Journal of Urban Affairs, 2023, 47, H. 4, S. 1–18. DOI: 10.1080/07352166.2023.2224020.

Definiere: Arbeitskampf

Gesine Höltmann, Endre Borbáth, Swen Hutter

Wer bei „Gewerkschaft“ als erstes an „Streik“ denkt, ist nicht ganz auf der Höhe der Zeit. Daten aus 27 europäischen Ländern für die Jahre 2020 und 2021 zeigen: Die Interessenvertretungen von Arbeitnehmer*innen engagieren sich häufig auch außerhalb der Betriebe für soziale oder politische Belange – hinter einem stolzen Drittel aller Protestereignisse stehen Gewerkschaften. In der globalisierten Wirtschaftswelt des 21. Jahrhunderts sind Gewerkschaften also immer noch wichtige Akteure. Oder ist ihr gesellschaftliches Engagement Zeichen einer abnehmenden institutionellen Macht als Tarifpartner? Diese Frage werfen die Autor*innen für weitere Untersuchungen auf.

Gesine Höltmann/Endre Borbáth/Swen Hutter: „Varieties of Trade Union Protest“. In: Socio-Economic Review, 2025, Jg. 23, H. 1, S. 75–96. DOI: 10.1093/ser/mwae056.

Voraussetzungen schaffen

Johannes Sonnenholzner

Software ist für die Arbeit moderner Organisationen von zentraler Bedeutung. Unternehmen können entweder ihre eigene individuelle Software entwickeln oder auf eine Standardsoftware zurückgreifen. Doch wie wird branchenspezifische Software gestaltet? In seiner Dissertation untersucht Johannes Sonnenholzner den Arbeitsprozess der Softwaregestaltung, bei dem die technischen Möglichkeiten mit den organisationsspezifischen Anforderungen abgeglichen werden. Anhand von sieben Fallbeispielen aus der Energiewirtschaft zeigt er, welche Formen dieser Arbeitsprozess haben kann und welche Folgen sich daraus ergeben.

Johannes Sonnenholzner: Formen und Folgen der Softwaregestaltung. Digitale Transformation am Beispiel der deutschen Energiewirtschaft. Bielefeld: transcript Verlag 2025.

Bildung gerechter gestalten

Melinda Erdmann, Juliana Schneider,
Irena Pietrzyk, Marcel Helbig, Marita Jacob

Bildungschancen in Deutschland hängen stark von der sozialen Herkunft ab. Wer keine Akademikereltern hat, entscheidet sich nach dem Abitur eher für eine Ausbildung. Mit Förderprogrammen soll jungen Menschen aus benachteiligten Familien in Nordrhein-Westfalen der Zugang zur Hochschule erleichtert werden. Wie sie wirken, haben Wissenschaftler*innen in einem gemeinsamen Forschungsprojekt analysiert. Die auch für andere Bundesländer relevanten Ergebnisse wurden nun in einem Band veröffentlicht. Weil Programme wie das „NRW-Talentscouting“ auf individuelle Unterstützung, vertrauensvolle Beratung und enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Berater*innen und Institutionen setzen, gelingt es, Vertrauen zu den Schüler*innen aufzubauen. Mit Erfolg: Die Forschung zeigt, dass solche Programme nicht nur die Studienaufnahme erhöhen, sondern auch die Wahl gender-untypischer Studienfächer fördern.

Melinda Erdmann/Juliana Schneider/Irena Pietrzyk/Marcel Helbig/Marita Jacob (Hg.): Auf dem Weg zur Hochschulbildung: Beiträge aus Wissenschaft und Praxis aus NRW. Münster/New York: Waxmann Verlag 2025.

Europäischer Pragmatismus

Bernhard Weßels, Richard Rose

Wirtschaftliche Umwälzungen, Kriege, Klimakrise – die gegenwärtigen Bedrohungen sind vielfältig, und sie betreffen nicht nur individuelle Existenzen, sondern die nationale Sicherheit aller Staaten. Wie schätzen einzelne Bürgerinnen und Bürger diese Situation ein? Was wünschen sie sich von ihren Regierungen: eigenständige Anstrengungen oder Allianzen auf der Ebene von EU, Nato oder den Vereinten Nationen? In ihrem Beitrag zur Buchserie „Palgrave Studies in European Union Politics“ werten Bernhard Weßels und Richard Rose Daten des „European Security Survey“ aus, für den mehr als 12.000 Menschen in 8 europäischen Ländern befragt wurden. Sie finden einen weit verbreiteten Pragmatismus, der von Fall zu Fall Nützlichkeitsüberlegungen über gemeinsame Werte oder das Ideal der europäischen Integration stellt.

Bernhard Weßels/Richard Rose: European Public Opinion about Security. Who Can Help Us in a Threatening World? Palgrave Studies in European Union Politics. Cham: Palgrave Macmillan Cham 2025.

Nachlese

Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer und Kerstin Schneider

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Konferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch on- und offline. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Aktives Erinnern

Durchs WZB lief eine kleine Erschütterung, als bekannt wurde, dass Margot Friedländer gestorben war, die uns im Januar 2024 einen unvergesslichen Besuch abgestattet hatte. Wie kann die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen wachgehalten werden, wenn die letzten Zeitzeug*innen sterben? Gedenkstätten, Museen und Archive setzen auf partizipative und digitale Formate. Die WZB-Forscherin Berenike Firestone hat mit Ruth Ditlmann und Oguzhan Turkoglu von der Hertie School ein Projekt genauer untersucht: Unter dem Titel #everynamecounts digitalisieren Freiwillige Originaldokumente aus der NS-Zeit, die bei den Arolsen Archives lagern. Die Befragung von 1.500 der Freiwilligen zeigt, dass aktive Erinnerungsarbeit der reinen Informationsvermittlung klar überlegen ist. Eigenes Engagement motiviert Menschen, sich über das konkrete Projekt hinaus für Gedenkarbeit und Demokratie zu engagieren.

Vorlese

Im nächsten Heft greifen wir etwas auf, was es vielleicht schon nicht mehr gibt, was aber dennoch in aller Munde ist. „Weltordnung“ heißt das Schwerpunktthema für die Septembernummer. Hätten wir „Weltordnungen“ sagen sollen? Oder gleich: „Weltunordnung“?

Emotionen I

Ermutigend war es nicht gerade, was die beiden großen Gefühlsforscher*innen mitzuteilen hatten. Eva Illouz, französisch-israelische Bestsellerautorin und Forschungsprofessorin am WZB, traf am 7. April auf Hartmut Rosa, nicht minder gelesener Zeitdiagnostiker und Soziologe an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Der emotionale Haushalt unserer Gesellschaft sei gestört, erklärten die beiden; Rosa sprach von einem kollektiven Burnout, weil die Ver-

bindung zwischen Situation und Aktion gekappt sei. Wut und Streit haben Einzug in die politische Arena gehalten. Freude, so führte Eva Illouz am Beispiel der Kampagne von Kamala Harris aus, bringe Menschen nicht an die Wahlurne – Empörung wirke viel besser. Aufgeben allerdings wollen beide nicht. Gefühle sind wichtig, war zu lernen, zu mobilisieren sind Zusammenhalt und soziale Energie.

Emotionen II

Drei Wochen später das nächste hochrangige Podium. Was ist aus dem Documenta-Skandal vom Sommer 2022 zu lernen? Darüber debattierten WZB-Emeritus Michael Hutter und Heinz Bude, Emeritus der Universität Kassel und Gründer des dortigen documenta Instituts. Beide haben je ein Buch zu den Folgen des Streits über indonesische Protestkunst geschrieben, in der manche antisemitische Stereotype sahen. Als „respektvolle Uneinigkeit“ beschrieb die „Welt“ den Grundton des Abends, aber die Wellen schlugen bisweilen hoch. Wo Hutter einen „konservativen Backlash“ ausmachte, der die Freiheit der Kunst aus politischen Gründen beschneidet, sah Bude eher den Niedergang einer Orthodoxie, „das Ende eines durchgehenden Kunstsprechs“.

Exzellente Forschung

Alle sieben Jahre ist es so weit, und doch wird es nie ganz zur Routine: Das WZB bekommt Besuch von Gutachterinnen und Gutachtern aus der Leibniz-Gemeinschaft. Die Evaluierung bedeutet einen Kraftakt fürs ganze Haus – Themen, Thesen und Kennziffern werden zusammengestellt, Präsentationen geprobt, Alleinstellungsmerkmale identifiziert. Wir sind guter Dinge. Der Bericht aber wird erst im Herbst übermittelt.

Exzellente Cluster

In Sparzeiten ist diese Nachricht bemerkenswert. Die Forschungsnetzwerke „Contestations of the Liberal Script“ (SCRIPTS) und MATH+ werden für sieben weitere Jahre über die Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder gefördert. SCRIPTS untersucht die autoritären Kräfte, die weltweit liberale Gesellschaften unter Druck setzen, MATH+ erforscht neue Ansätze in der anwendungsorientierten Mathematik. An beiden Exzellenzclustern sind Forschende des WZB beteiligt. Wir gratulieren!

Wissenschaft unter Druck

Sie befasse sich derzeit überwiegend mit Methoden, erzählte eine Demokratieforscherin. Die Inhalte ihrer Forschung, also die angeschlagenen demokratischen Systeme weltweit, seien zu schwer zu ertragen, um sich damit den ganzen Tag zu beschäftigen. Die Verunsicherung ist groß, und das auf mehreren Ebenen. Nicht nur der Gegenstand macht unruhig, auch die Rahmenbedingungen. Der Rechtfertigungsdruck steigt, Finanzierungssorgen wachsen, nicht nur Reisen sind schwerer zu planen, sondern auch die berufliche Zukunft. „Wissenschaftsfreiheit unter Druck“ war der Titel eines ersten WZB-weiten Townhall Meetings Ende April. Interne und öffentliche Foren des Austauschs werden folgen. Spätestens die Entwicklungen in den USA zeigen, wie kostbar Räume für Forschung und Diskurs sind. Sie müssen bespielt und verteidigt werden.

Das Auge denkt mit

10 Jahre VISOP: Visual Society Program. Auf 40 gemeinsame Projekte kann die Zusammenarbeit von Universität der Künste (UdK) und WZB zurückblicken. Wenn das kein Grund zum Feiern ist. Junge Künstler*innen nehmen sich in Tandems mit Forschenden des WZB ein sozialwissenschaftliches Thema vor. Was dann passiert, ist mehr als Illustration: Die Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen verändert die Perspektiven, neue Ausdrucksformen und neue Zugänge entstehen. Die Initiatoren David Skopcevic von der UdK und Jutta Allmendinger vom WZB ließen bei einer Podiumsdiskussion im Juni die Anfänge von VISOP Revue passieren, anwesend waren viele Alumni. Die Kirsche auf der Torte: Die Kooperation ist für die nächsten Jahre gesichert. Mehr zur Jubiläumsfeier und zu konkreten Projekten finden Sie in den nächsten Ausgaben der WZB-Mitteilungen.

Impressum

WZB-Mitteilungen, ISSN 0174-3120

Heft 188, Juni 2025

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Nicola Fuchs-Schündeln Ph.D.

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin

Telefon 030-25 491-0, Telefax 030-25 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich.

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann, Gabriele Kammerer

Redaktion

Kerstin Schneider, Dr. Katrin Schwenk, Kathrin Kliss

Redaktionsassistentz

Lisa Heinig

Übersetzung

Gabriele Kammerer (S. 15–18, 26–34)

Bildredaktion

Gesine Born, www.bilderinstitut.de

Auflage

7.700

Foto S. 3: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung

neues handeln AG, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Datenschutzhinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter: <https://www.wzb.eu/de/datenschutz>.

Urheber- und Nutzungsrechte:

Die WZB-Mitteilungen sind eine Open-Access-Zeitschrift. Sie ist kostenlos zu beziehen und online unter <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen> frei zugänglich. Die einzelnen Beiträge werden zugleich in der WZB-Sammlung im Repositorium EconStor veröffentlicht und langzeitarchiviert (www.econstor.eu). Das Urheberrecht für alle Inhalte verbleibt bei den jeweiligen Autor*innen. Sämtliche Beiträge stehen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International zur Nachnutzung zur Verfügung: (CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Sie dürfen unter Voraussetzung der Namensnennung der Autor*innen sowie unter Angabe der Quelle und oben genannter Lizenz frei bearbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Für Abbildungen Dritter gelten die jeweils angegebenen Urheber- und Nutzungsrechtshinweise.



Zu guter Letzt:

Arbeit neu denken Die Verbesserung der Welt muss bei uns selbst beginnen

Marie-Simone Kadurira

An Universitäten, in Forschungseinrichtungen und im Feld der internationalen Entwicklung widmen wir uns der Untersuchung von Ungleichheiten. Wir wollen eine bessere Zukunft gestalten. Doch die Systeme, in denen wir arbeiten – unsere Prozesse, unsere Strukturen, unsere Routinen –, sind oft von genau den Hierarchien durchdrungen, die wir abbauen wollen. Geschlecht zum Beispiel ist nicht nur eine Identität oder eine demografische Variable. Es ist eine tief verwurzelte Praxis, die in die Struktur unserer Institutionen eingewoben ist und darüber entscheidet, wessen Arbeit wahrgenommen wird, wessen Stimme Vorrang hat und welche Arbeitsweisen anerkannt werden.

Bestimmte Haltungen, die traditionell als männlich gelten, werden hoch geschätzt. Bürokratie, starre Fristen, Leistungsmessung, abstrakte Planung – all dies gilt als Zeichen von Seriosität, Strenge und professioneller Exzellenz. Doch gerade diese Praktiken erschöpfen oft die Menschen, die die Arbeit verrichten. Sie lassen wenig Raum für Träume, für Fragen oder für echte, von der Gemeinschaft getragene Erkenntnisse. Diese Praktiken belohnen Zurückgenommenheit und Distanz, nicht Reflexion oder Reaktionsfähigkeit.

Im Gegensatz dazu werden eher Frauen zugeschriebene Praktiken wie Fürsorge, Sanftheit, tiefes Zuhören als Luxus angesehen. Sie sind Zusätze, keine Grundsätze. Wir behandeln emotionale Arbeit als optional, obwohl wir wissen, dass gerade sie Beziehungen, Vertrauen und damit langfristige Zusammenarbeit aufrechterhält. Wir bezeichnen diese Art von Arbeit als „unterstützend“, obwohl sie in Wirklichkeit strategisch ist. Und die Menschen, die diese Arbeit leisten, werden dafür selten in sinnvoller Weise entlohnt oder gewürdigt. Was für eine Ironie: Wir verlassen uns für unsere Arbeit auf Fürsorge, doch wir weigern uns, sie in den Mittelpunkt zu stellen.

Das Problem sind nicht die Prozesse selbst. Das Problem ist, dass wir manche Prinzipien weit über andere stellen. Es ist ja nicht grundsätzlich falsch, Zeitpläne zu erstellen oder einzuhalten. Aber wenn diese Zeitpläne nicht mehr verhandelbar sind, auch wenn andere Bedürfnisse auftauchen, oder wenn sie keine Zeit für Reflexion und Fürsorge lassen, müssen wir uns fragen: Wem dienen wir wirklich? Welche Werte liegen unseren Arbeitsabläufen zugrunde? Wie beeinflusst das die Ergebnisse unserer Arbeit?

Ich spreche aus Erfahrung. Seit Jahren arbeite ich in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Viele, die ich kenne, sind in diesem Bereich tätig, um das Patriarchat zu überwinden – sei es direkt durch Programme zur Geschlechtergerechtigkeit oder indirekt durch wirtschaftliches Empowerment, durch die Arbeit mit Jugendlichen oder Projekte, die das Gemeinwesen stärken. Und doch wird gerade jenes Engagement als hochrangig und wichtig angesehen, das in Sitzungssälen auf oberen Etagen stattfindet. Dort treffen sich vielbeschäftigte Menschen, die in technokratischer Fachsprache sprechen. Am Ende wird kaum jemals hinterfragt, ob der Prozess der Mission gedient hat. Diese Zusammenkünfte fühlen sich oft eher an wie das pflichtschuldige Abhaken von Kästchen und nicht wie eine produktive Zusammenarbeit. Sie sind professionell, leistungsorientiert – und letztlich realitätsfern.

Die Basisarbeit, als das, wo Beziehungen aufgebaut werden, wo Menschen mit Würde begegnet wird, wo echte Veränderung stattfindet, wird demgegenüber unterschätzt. Sie gilt als im Einzelfall nett, als informell, vor allem aber als ergänzend. Dabei erfordert gerade diese Arbeit Weitblick, Geduld, Demut und Sorgfalt. Ist

es ein Zufall, dass gerade die Basisarbeit, die traditionell mit weiblichen Eigenschaften in Verbindung gebracht wird, in Berichten und Budgets oft außer Acht gelassen wird? In unseren Nichtregierungsorganisationen und Bündnissen fordern wir systemische Veränderungen, bemerken aber nicht, wie unsere eigenen Systeme genau die Dynamiken reproduzieren, die wir kritisieren.

Um die Architektur unserer Arbeit neu zu gestalten, müssen wir zunächst schwierige Fragen stellen: Wer bestimmt das Tempo? Wer definiert, was effizient ist oder professionell? Wer hat die Macht, Nein zu sagen? Wer kann mehr Zeit verlangen? Wann gilt Präsenz mehr als das Produkt? Und vor allem: Wie könnte sich unsere Arbeit verändern, wenn wir Fürsorge über alles stellen würden?

Dies ist nicht nur ein Aufruf, Raum für Fürsorge und Wohlergehen zu schaffen. Es geht vielmehr darum, diese Werte als strukturierende Prinzipien anzuerkennen. Zu verstehen, dass Ruhe nicht das Gegenteil von Produktivität ist. Dass Sanftheit keine Belastung ist. Dass ein Prozess sowohl streng als auch freundlich sein kann. Dass Verantwortlichkeit und Empathie nebeneinander existieren können.

Und das ist nicht nur Theorie. Jede und jeder von uns kann im Alltag etwas bewegen: indem wir angesichts von Dringlichkeit Langsamkeit wertschätzen, indem wir vor Besprechungen Raum schaffen für Fragen nach der Befindlichkeit, indem wir emotionale Arbeit vergüten, indem wir die Definition von „Ergebnis“ hinterfragen. Diese Schritte mögen klein erscheinen, aber sie sind es, die Kulturen verändern. Sie sind stille Revolutionen. So können Institutionen von innen heraus neu gestaltet werden.



Marie-Simone Kadurira ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion und Kommunikationsmanagerin im Fairwork Projekt. Sie engagiert sich für Geschlechtergleichstellung, strategische Kommunikation und feministische Forschung und arbeitet dafür mit NGOs wie UN Women, Equal Measures 2030 oder Fondation Botnar zusammen. Sie ist die Gründerin von Vasikana Vedu, einer gemeinnützigen Organisation, die sich der Aufklärung über und dem Zugang zu Menstruationsgesundheit widmet.

simone.kadurira@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

Wir können nicht für Gerechtigkeit kämpfen, wenn wir gleichzeitig in unseren eigenen Systemen Ungerechtigkeit reproduzieren. Wir können nicht von anderen Mut verlangen, wenn wir gleichzeitig Zurückhaltung belohnen. Es geht nicht nur um das, was wir tun, sondern auch darum, wie wir es tun. Nicht nur das Ziel der Arbeit darf Gerechtigkeit sein, auch der Weg dahin muss gerecht sein. Denn die Methoden, die wir wählen, werden immer die Welt prägen, die wir bauen. ●



Man muss schon genau hingucken – oder eine gute Linse mitbringen. Dann aber ist beachtlich, was sich alles im Rasen des WZB findet: Gänseblümchen und Weichkäfer zum Beispiel, ein Dolden-Milchstern, Raues Vergissmeinnicht und Gamander-Ehrenpreis (auf den Fotos von links oben nach rechts unten). Die zarte Vielfalt ist keine Überraschung. Vor gut einem Jahr, im April 2024, kamen Haupt- und Ehrenamtliche der Stiftung Naturschutz Berlin und pflanzten 600 Setzlinge verschiedener Wildpflanzenarten auf den westlichsten Zipfel des WZB-Geländes, also kurz vor dem Shell-Haus. Einen „artenreichen Magerrasen mit jahreszeitlich wechselnden Blühaspekten“ kündigte unsere Pressemitteilung vollmundig an, einen Beitrag zur Biodiversität in der Stadt. Es hat sich gelohnt. Bei ihrem Besuch nach einem Jahr entdeckten die Profis einige ihrer Pflänzchen wieder, die inzwischen fröhlich am Reichpietschufer wurzeln.

Das kommt:
„Welt-
ordnung“
3|25

Fotos: © Johann Herrmann/Stiftung Naturschutz Berlin (1, 4),
Alexander Stier/Stiftung Naturschutz Berlin (2, 3),
alle Rechte vorbehalten.